



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, VERKEHR,
LANDWIRTSCHAFT
UND WEINBAU

AGRARBERICHT 2016



Herausgeber

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz (MWVLW-RLP)
Stiftsstraße 9
55116 Mainz

Bearbeitung

Abteilung Agrarpolitik, Agrarförderung, Ländliche Entwicklung
in Zusammenarbeit mit Abteilung Weinbau und Landwirtschaft

Layout/Umschlag

W. Maier (MWVLW-RLP)

Fotos/Umschlag: fotolia

August 2016

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Ergebnis der Landtagswahl vom 13. März 2016 haben die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz erstmals eine Regierungskoalition aus SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Flächenland ermöglicht. Auf der Basis verlässlicher, transparenter Rahmenbedingungen und verantwortungsvollen Umgangs mit den verfügbaren Ressourcen wird die neue Landesregierung unser schönes Bundesland in das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts führen. Rheinland-Pfalz ist von seinen vielfältigen ländlichen Räumen geprägt! Diese Vielfalt ist unmittelbar abhängig von einer abwechslungsreichen und nachhaltigen Landwirtschaft. Dafür stehen unsere bäuerlichen Betriebe mit ihren verschiedenen Betriebsformen und unser Weinbau in den sechs Anbaugebieten von der Pfalz im Süden bis zu den weltbekannten Steillagen an der Ahr.



Im Rahmen der Ressortbildung war es mir ein besonderes Anliegen, Landwirtschaft und Weinbau wieder in das Wirtschaftsministerium zu überführen, weil sie eine Säule des rheinland-pfälzischen Mittelstands sind. Ohne Landwirte, Gärtner und Winzer gibt es keine Wertschöpfung im ländlichen Raum! Als verantwortlicher Ressortminister für die „Wirtschaft“ verfüge ich mit den „Agrar- und den Wirtschaftsfonds“ über wirksame Instrumente, um eine Strukturpolitik für Landwirtschaft, Weinbau, ländliche Räume - aber auch für die vor- und nachgelagerten Bereiche - aus einem Guss zu machen. Eine starke Landwirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstandes im ländlichen Raum, z. B. im Verbund mit dem Tourismus. Nur mit einer wirtschaftlich starken Land- und Weinwirtschaft als Kern der Ernährungswirtschaft können wir die vielfältigen Herausforderungen dieses Jahrhunderts meistern.

Die Landesregierung steht an der Seite der Landwirtschaft und des Weinbaus. Rheinland-Pfalz braucht auch in Zukunft eine hochwertige Lebensmittelproduktion vor Ort. Die Landwirte bieten Arbeitsplätze – vor allem im ländlichen Raum – und sie tragen entscheidend zur Biodiversität bei, was sich insbesondere aus der breiten Beteiligung an den Agrar-Umwelt- und Klimamaßnahmen ergibt. Landwirte, Gärtner und Winzer können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung sich auf Bundes- und EU-Ebene für ihre Interessen einsetzen wird. Die Landesregierung wird eine Landwirtschaftspolitik mit schlüssigem Gesamtkonzept gestalten.

Die Landwirtschaft befindet sich in einer bislang kaum dagewesenen ruinösen Erzeugerpreiskrise über nahezu alle Betriebsformen hinweg, das gilt besonders für die Milchvieh- und Schweinehalter. Eine schwache Konjunktur auf den internationalen Märkten, begleitet von politischen Einflüssen und Krisen vom russischen Lebensmittel-Importembargo bis hin zum BREXIT hat in den Wirtschaftsjahren 2014/15 und 2015/16 für einen massiven Verfall von Erzeugerpreisen und Einkommen gesorgt. Defizite und Ungleichgewichte in der Vermarktungsstruktur verschärfen den wirtschaftlichen Druck weiter. Es geht nicht mehr nur um Strukturwandel, der mit bis zu 5 Prozent Betriebsaufgaben eine selten dagewesene Größenordnung erreicht hat; große Teile der Landwirtschaft stellen sich vielmehr die Existenzfrage – vor allem auch solche Betriebe, die modern aufgestellt sind und investiert

haben, die unter „normalen“ Bedingungen uneingeschränkt zukunftsfähig wären. Junglandwirtinnen und Junglandwirte zögern bei der Übernahme elterlicher Betriebe. Die Frage der Hofnachfolge stellt sich neu.

Gleichzeitig sehen wir die gesellschaftliche Haltung im Umbruch. Noch nie war der Gegensatz zwischen der öffentlichen und politischen Diskussion um eine Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft und der Realität der Märkte so groß wie in diesen Tagen. Handlungsbedarf besteht an vielen Stellen. Es ist höchste Zeit, Gesellschaft und Marktpartner, aber auch die zuständigen Institutionen in die Verantwortung zu nehmen.

Zukunft sichern heißt: Landwirtschaft und Weinbau stärken! Der Öffentlichkeit muss der Stellenwert einer nachhaltigen, bäuerlich-unternehmerischen - einer leistungsfähigen - Landwirtschaft für unsere Gesellschaft erklärt werden. Zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Landwirte und Winzer und durchdachte Konzepte will ich „nach vorne bringen“. Sachliche, „zu Ende gedachte Konzepte“ sparen Zeit und sind Voraussetzung für Ressourceneinsparung, für Nachhaltigkeit und für eine zukunftsorientierte Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP)!

Wir müssen die Herausforderungen in den einzelnen Markt Bereichen mit den geeigneten Instrumenten bewältigen. Dann birgt die Krise auch eine Chance, jede Herausforderung bietet eine günstige Gelegenheit zur Besserung der Lage! Die agrarpolitisch wichtigste Herausforderung sehe ich darin, die Landwirte und Winzer dabei zu unterstützen, noch wettbewerbsfähiger zu werden und dabei zugleich anerkannte Allgemeingüter wie Klimaschutz, Landschaftspflege, biologische Vielfalt, Bodenschutz und Wasserqualität zu erbringen. Wertschöpfung und effizienter Ressourceneinsatz sind zwei Seiten einer Medaille, zugleich Voraussetzung unseres Wohlstandes und guter Umweltbedingungen.

Die Agrarpolitik muss dafür den Rahmen setzen. Und zwar derart, dass den Landwirten die Freiheit bleibt, selbst zu entscheiden, wie - konventionell oder ökologisch -, was und wie viel sie produzieren wollen. Aber sie kann auch dabei behilflich sein, neu entstandenen Absatzmärkten, wie zum Beispiel der Erzeugung erneuerbarer Energien, Raum zu geben. Besondere Herausforderungen sehe ich in der Notwendigkeit, praktikable Risikomanagementstrategien für den Umgang mit zunehmend volatilen Agrarmärkten, für eine resiliente Landwirtschaft voranzubringen.

Mir ist es auch ein wichtiges Anliegen, die Landwirte und Winzer von der Hyperbürokratie zu entlasten und vor einem allzu strengen ordnungsrechtlichen Rahmen zu bewahren, der sie von jeglicher Entwicklungsperspektive, Motivation und Mut sowie weiterer Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit abschneidet. In den wenigen Tagen meiner Amtszeit – auch und insbesondere im Kontext der vielen „Milchgipfelgespräche“ - habe ich festgestellt, dass erhebliche strategische Defizite in der deutschen Agrarpolitik bestehen. Es fehlt ein schlüssiges Konzept für eine Landwirtschaft, die gleichermaßen international wettbewerbsfähig, ökonomisch und ökologisch nachhaltig sowie gesellschaftlich akzeptiert ist.

Deshalb müssen wir auf Verbraucher und Gesellschaft zugehen. Aktuelle Studien belegen: Der Verbraucher steht auf der Seite der Landwirte. Rheinland-Pfalz ist ein - im positiven Sinne - ländlich geprägtes Bundesland mit vielen (Standort-)Vorteilen. Damit dies auch künftig so bleibt, werden wir Landwirtschaft, Wein- und Gartenbau bei der Bewältigung ihrer

zahlreichen Herausforderungen im Rahmen unserer finanziellen Gestaltungs- und institutionellen Einflussmöglichkeiten unterstützen. Das gilt kurzfristig besonders für die Bewältigung der ruinösen Agrarmarktkrisen und die schwierige Einkommenslage der Landwirtschaft – wie der vorliegende Agrarbericht nachweist!

Um es klar zu betonen: In diese Krise ist die Landwirtschaft infolge geopolitischer Auseinandersetzungen und abflauernder Nachfrage in Mittel- und Fernost, nicht aber durch eigenes Fehlverhalten, hineingeraten. Es ist unstrittig, dass wir aus vielen guten Gründen eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft gerade auch in unserem hochindustrialisierten Land benötigen. Landwirtschaft ist eine innovative und nachhaltige Zukunftsbranche!

Alle Maßnahmen müssen sich daran messen lassen, ob sie den Landwirt, den Winzer oder Gärtner in die Lage versetzen, erfolgreich unter den genannten Bedingungen am Markt zu agieren – egal, ob er sich für Direktvermarktung oder Fassweinerzeugung entscheidet, ob er im Pflanzenbau oder in der Tierhaltung sein Glück sucht, ob er ökologisch oder konventionell wirtschaften will. Die langfristige Sicherung einer zukunftsorientierten Landwirtschaft und unseres bundesweiten Alleinstellungsmerkmals – unseres vielfältigen Qualitätsweinbaus - erfordert unser aller Anstrengung!

Agrarpolitische Themen mit allen ihren Verästelungen und Vernetzungen von der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und ihrer Mitverantwortung für die Erhaltung der Biodiversität bis hin zur Ernährung, zu Klima- und Verbraucherschutz sowie erneuerbaren Energien sind Themen, die die Öffentlichkeit überdurchschnittlich interessieren. Deshalb möchte ich auch unter meiner Verantwortlichkeit für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Räume die jährliche Vorlage eines Agrarberichts beibehalten. Gerade in schwierigen Zeiten, die unsere Bäuerinnen und Bauern zu bewältigen habe, halte ich dies für wichtig.

Die seit Herbst 2014 bestehende Agrarmarktkrise „muss“ deshalb im Blickpunkt des rheinland-pfälzischen Agrarberichts 2016 stehen. Ich empfehle ihn gern Ihrer Aufmerksamkeit.

Ihr



Dr. Volker Wissing
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Inhaltsverzeichnis		Seite
Zusammenfassung		
1.	Die Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz	1
1.1	Situation und Herausforderungen des Agrarsektors	2
1.1.1	Einkommenslage und struktureller Wandel in Deutschland und Rheinland-Pfalz	2
1.1.2	Weinmarkt	12
1.1.3	Obstbau	14
1.1.4	Ackerbau	14
1.1.5	Milchmarkt	24
1.1.6	Sonstiger Futterbau	27
1.1.7	Gemischtbetriebe	29
1.1.8	Veredlungssektor	29
1.1.9	Gartenbau	30
1.1.10	Ökologischer Wein- und Landbau	31
2.	Agrarmarktkrise	35
2.1	Agrarmarktkrise seit 2014	35
2.2	Maßnahmen zur Krisenbewältigung	41
3.	Agrarpolitischer Ausblick	45
3.1	EULLE-Umsetzung	45
3.1.1	Definition des ländlichen Raums für EULLE	47
3.1.2	Durchführung in den Jahren 2014-15	48
3.1.3	LEADER-Ansatz im Entwicklungsprogramm EULLE	49
3.2	Novellierung der EU-Öko-Verordnung und der Dünge-Verordnung	51
3.3	Bürokratieabbau (GAP 2014-2020)	53
4.	Anhang	55
4.1	Verzeichnis der Abkürzungen	55
4.2	Literatur- und Quellenverzeichnis	56
4.3	Tabellen und Übersichten	57

Zusammenfassung

- Der Agrarbericht 2016 wird kurz nach Beginn der 17. rheinland-pfälzischen Legislaturperiode vorgelegt; er bezieht sich auf das Wirtschaftsjahr 2014/15 in Landwirtschaft und Weinbau, das mit einem Minus von 20 % einen Wendepunkt in der landwirtschaftlichen Einkommensentwicklung im Vergleich zu den vorausgegangenen fünf Wirtschaftsjahren dokumentiert. Lediglich der Markt für ökologisch wirtschaftende Betriebe ist von stabilen Erzeugerpreisen und wachsender Nachfrage gezeichnet.
- Die Agrar- und Ernährungsbranche steht mit voranschreitendem Strukturwandel zunehmend im Fokus der gesellschaftlichen Diskussion. Eine sachliche Auseinandersetzung wird aus vielerlei Gründen erschwert. Vor diesem Hintergrund steht die Lebensmittelwirtschaft spürbar unter Druck.
- Die bäuerliche Land- und Weinwirtschaft mit allen ihren neuen Herausforderungen von der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Tierschutz und ihrer Mitverantwortung für die Erhaltung der Biodiversität bis hin zu qualitativ hochwertiger Ernährung, zu Klima- und Verbraucherschutz sowie erneuerbaren Energien sind Themen, die die Öffentlichkeit besonders interessieren. Entsprechend wuchs auch die ökologisch bewirtschaftete Agrar- und Rebfläche in Rheinland-Pfalz.
- Die Landesregierung setzt sich deshalb mit großem Engagement für die Belange des Sektors ein. Sie hält eine flächendeckende, leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft für unverzichtbar, um die Vielfalt unseres Bundeslandes dauerhaft zu sichern und die vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu meistern.
- Die seit Ende 2014 bestehende Krise auf den Agrarmärkten steht im Blickpunkt dieses Agrarberichts. Mehrere Hilfspakete der EU sollen insbesondere den schwer getroffenen Milchviehbetrieben über die ruinöse Agrarmarktkrise hinweghelfen. Aber auch auf nationaler sowie auf der Landesebene wurden in vielen Initiativen, Fachministerkonferenzen und „Runden Tischen“ auf die Agrarmarktkrise eingegangen und Hilfen mit differenzierten Maßnahmen angeboten – von sozialpolitischen über steuerliche Maßnahmen bis hin zur Gestattung der Nutzung von „Ökologischen Vorrangflächen“ für die Futternutzung.
- Auch das Wirtschaftsjahr 2015/16 wird mit einem erneuten deutlichen „Minus“ in der Einkommenslage von etwa 15 v. H. im Durchschnitt der Betriebe abschließen.
- Als besondere Schwerpunkte des Berichtes werden die Milchmarktkrise und die begleitenden Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Überwindung der Krise ebenso dargelegt wie die Besonderheit des Jahres 2015 als vollumfänglicher Einstieg in die Umsetzung der GAP-Reform 2014 bis 2020.
- Wegen seiner besonderen Bedeutung wird dabei auch auf das rheinland-pfälzische ländliche Entwicklungsprogramm EULLE eingegangen (am 26. Mai 2015 von der Europäischen Kommission genehmigt) und die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume mit einer vielfältigen Maßnahmenzusammensetzung unterstützen soll.

1 Die Agrar- und Ernährungswirtschaft Rheinland-Pfalz

Die Agrar- und Ernährungsbranche¹ steht mit voranschreitendem Strukturwandel zunehmend im Fokus der gesellschaftlichen Debatte. Hierbei stehen die Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte wie auch die Anforderungen der Gesellschaft im Mittelpunkt. Eine breit geführte, sachliche Debatte muss genutzt werden, um die Leistungen der Landwirtschaft – insbesondere der bäuerlichen Familienbetriebe - in den Mittelpunkt zu rücken und damit das Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln wieder zu stärken. Der Anteil der unmittelbar in der landwirtschaftlichen Praxis Tätigen liegt bei unter 1 v. H. der Bevölkerung, d. h. 99 v. H. der Gesamtbevölkerung nicht oder nur wenig mit den tagtäglichen, vielfältigen Herausforderungen und Belastungen eines landwirtschaftlichen Betriebes – „der Realität“ – konfrontiert. Gleichzeitig sind der gesellschaftliche Anspruch und die objektiven Handlungsbedarfe an ressourceneffizientem, klimaschonendem, nachhaltigem Wirtschaften, am Schutz unserer natürlichen Ressourcen und unserer Kulturlandschaften - wie in allen Wirtschaftszweigen - deutlich gestiegen. Die stetig wachsende Nachfrage nach ökologisch produzierten, aber vergleichsweise teuren Nahrungsmitteln zeigt, dass viele Menschen bereit sind, besondere Leistungen für unsere öffentlichen Güter auch finanziell zu honorieren. Gleichzeitig zeigt der teils ruinöse Trend bei landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen, dass einer breiten Mehrheit der Bevölkerung diese Leistungen und damit der Wert, den Landwirte für unsere Gesellschaft erbringen, noch deutlich näher gebracht werden muss. Denn die Erfüllung des gesellschaftlichen Anspruchs erfordert eine Mehrarbeit, deren Kosten zum einen durch Subventionen teils kompensiert werden, zum anderen aber an der Ladentheke vom Verbraucher getragen werden müssen.

Hier muss eine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit auf schwierigem Terrain geleistet werden. In diesem Rahmen will auch der vorliegende Bericht einen Sachbeitrag zur aktuellen Sektorsituation leisten.

Ein weiterer Gesichtspunkt betrifft die wirtschaftliche Gesamtsituation der Agrar- und Ernährungsbranche, die gerade in der augenblicklichen Phase deutlich wird: Sinkende Verkaufspreise gefährden die Innovationskraft der Branche und damit mittelfristig ihre regionale, nationale und internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sowie bei einem fortschreitenden Strukturwandel auch die Nachhaltigkeit. Vor diesem Hintergrund steht die Ernährungsbranche in Deutschland insgesamt massiv unter Druck.

- Bürokratie, Dokumentationspflichten und Ordnungsrecht engen den unternehmerischen Entscheidungsspielraum im Bereich Landwirtschaft und Weinbau zunehmend ein².

¹ Die Ernährungswirtschaft wurde im Lichte eines „Clusters“ in quantitativer Hinsicht in den Agrar- und Ernährungsberichten 2013 bis 2015 bereits näher dargestellt; deshalb wird ergänzend auf diese Vorgängerberichte verwiesen:

<https://mwvfw.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Landwirtschaft/Agrar- und Ernährungsbericht 2015.pdf>

<https://mueef.rlp.de/fileadmin/mulewf/.../Agrar- und Ernährungsbericht 2014.pdf>

<https://mwvfw.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Landwirtschaft/Agrar- und Ernährungsbericht 2013.pdf>

² Vgl. auch Hilgers, Hans Josef, Megatrends in der Landwirtschaft aus Sicht der Agrarhandelsunternehmen, Köln 2015. Vortrag anlässlich der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz am 18.11.2015, Bad Kreuznach

- Die Erzeugerpreisschwankungen auf den Agrarmärkten machen deutlich, dass die europäische Landwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit erhöhen und ihr Risikomanagement verbessern muss, um langfristig zu überleben. Hierzu kann auch die weitere Stärkung der regionalen Vermarktung einen wichtigen Beitrag leisten.

1.1 Situation und Herausforderungen des Agrarsektors

Im vorliegenden Agrarbericht 2016 steht das Wirtschaftsjahr 2014/15 im Blickpunkt. Es markiert einen Wendepunkt und stellt einen tiefen Einschnitt in die bäuerliche Einkommenslage und eine Krise auf nahezu allen Agrarmärkten dar. Seit Herbst 2014 befindet sich die Landwirtschaft in allen EU-Mitgliedstaaten unter erheblichem ökonomischem Druck, der sich bis heute über zwei Jahre hinweg verstärkt hat. Die derzeitige wirtschaftliche Situation auf vielen Betrieben ist besorgniserregend. Zahlreiche Betriebe, die unter „normalen“ Bedingungen überlebensfähig gewesen wären, haben bereits ihre Produktion eingestellt. Der Strukturwandel hat sich auf bis zu 5 v. H. deutlich beschleunigt – eine Größenordnung, die letztmals vor Jahrzehnten erreicht worden war.

Die Ursachen dieser volatilen und ruinösen Baisse sind vielfältig und komplexer Natur.

Das seit dem 6. August 2014 bestehende und inzwischen bis Ende 2017 verlängerte Lebensmittel-Einfuhreembargo Russlands, das Auslaufen der Milchquote zum 31.03.2015, nachlassende Nachfrage aus Mittel- und Fernost nach EU-Agrarprodukten, rückläufige Ölpreise und damit weniger Kaufkraft sowie die Kohärenz der Agrar-Commodities zur Ölpreisentwicklung auf der einen Seite und eine produktionsstimulierende, gute Futtermittelversorgung aus der Ernte 2014 mit der Folge teils expansiver Produktionsausdehnung haben zu Überschussproduktion und massiven Erzeugerpreiseinbrüchen bei Milch, Schweinefleisch, Obst und Gemüse, Getreide, Zucker und Wein geführt (s. auch Kapitel 2.). Im Sommer 2015 hatten weite Teile Europas zusätzlich unter einer außergewöhnlichen Hitze und Dürre zu leiden, die vor allem die tierhaltenden Betriebe traf.

1.1.1 Einkommenslage und struktureller Wandel in Deutschland und Rheinland-Pfalz

Rückläufige Preise für eine Reihe wichtiger Agrarerzeugnisse führten im Wirtschaftsjahr 2014/15³ zu einer Trendwende bei den Einkommen in der Landwirtschaft. Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland hat sich deutlich verschlechtert. Das Einkommen ist im Durchschnitt aller Rechts- und Bewirtschaftungsformen im WJ 2014/15 um 20 % auf rd. 28.100 € je Arbeitskraft (AK) deutlich gesunken. Allerdings hatten sich in den vier vorhergehenden Wirtschaftsjahren die Unternehmensergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe verbessert und in den beiden Vorjahren mit rd. 35.000 € pro AK ein vergleichsweise gutes Niveau erreicht.⁴

³ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse WJ 2014/15, Berlin/Bonn 2016.

⁴ Vgl. hierzu BMEL: Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, WJ 2014/15, Berlin/Bonn 2016. Die nachfolgenden Erläuterungen beruhen auf den Ergebnissen

Eine grundsätzliche Erholung der Märkte ist gleichwohl bis zum Spätsommer 2016 – somit über zwei Jahre hinweg - noch nicht in Sicht. Deshalb sind auch für das jüngst (30.06.2016) zu Ende gegangene Wirtschaftsjahr 2015/16 erneut Einbußen im zweistelligen Prozentbereich zu erwarten. Damit droht den Betrieben der Verlust der Hälfte ihres Einkommens binnen zwei Jahren, je nach Betriebsform, Größe, Region und individueller (Investitions- und Finanzierungs-) Situation auch deutlich darüber hinaus bis zu zwei Dritteln. Auch für die Ernährungsindustrie fällt die Bilanz für das Jahr 2015 ernüchternd aus: Die Branche musste einen Umsatzrückgang von mehr als zwei Prozent verkraften - das schlechteste Ergebnis der letzten vier Jahre. Das Klima wird rauer. Dies bestätigen die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) und das Beratungsunternehmen Ebner Stolz Management Consultants in ihrer aktuellen Studie "Wetterwechsel. Steigender Ertragsdruck in der Ernährungsindustrie - Herausforderungen und Strategien".

60 % der befragten Unternehmen sind unzufrieden mit der aktuellen Ergebnislage. Eine Trendwende ist nicht in Sicht: 61 % der befragten Top-Entscheider erwarten, dass sich diese Entwicklung sogar in den kommenden drei Jahren fortsetzen wird. Diese Situation ist nicht auf einige wenige Probleme zurückzuführen. Vielmehr sind die Unternehmen mit komplexen Herausforderungen konfrontiert:

Verändertes Verbraucherverhalten, steigende Beschaffungsrisiken, zunehmende Komplexität der Märkte und Prozesse, Konsolidierungs- und Internationalisierungsdruck, wachsende Handelsmacht, gering ausgeprägtes Kooperationsverhalten und wenig Innovationschancen.

Auf der einen Seite machen die Kunden Druck:

Die Verbraucher achten nicht nur auf den Preis, sondern mehr auf individuelle Qualitäts- und Konsummerkmale; ferner nimmt der Handel zunehmend Einfluss auf das Angebot. Das Marktvolumen im Heimatmarkt ist damit für viele Hersteller begrenzt. Auf der anderen Seite stehen den schrumpfenden Umsätzen steigende und volatile Kosten für Löhne, Energie und Rohstoffe gegenüber. Und diese Preisveränderungen müssen erst einmal die Hersteller tragen: 96 % der Studienteilnehmer konstatieren, dass sie Kostensteigerungen nicht sofort an die Abnehmer weitergeben können. In diesem Markt mit einer fragmentierten Anbieterstruktur wird der Wettbewerb härter und der Konsolidierungsdruck gleichzeitig größer.

Angesichts der Vielzahl an Herausforderungen braucht es mehr als *eine* Lösung. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen ist gefragt. Die aktuelle Lage fordert eine klare Strategie sowie eine durchdachte Programmatik, um das einzelne Unternehmen wetterfest zu machen und weiteres profitables Wachstum realisieren zu können.

Unter anderem sind Produktinnovationen auch im ernährungswirtschaftlichen Bereich ein wesentlicher Hebel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. 81 % der befragten

Entscheider sind der Meinung, dass sie ein Schlüssel für künftige Profitabilität sind. Daher müssen Unternehmen der Ernährungsindustrie ein Klima für Innovationen schaffen. Was es dafür braucht: Vor allem eine Optimierung der Produktentwicklungsprozesse, die auch die Lieferanten berücksichtigen (72 %). Aber auch die Digitalisierung -Stichwort Industrie 4.0- wird nach Meinung von 55 % der Befragten die Unternehmen nachhaltig verändern.

Um neues, signifikantes Wachstum zu erzielen, müssten die Unternehmen noch viel stärker als bisher neue Absatzmärkte im Ausland erschließen. 78 % der Befragten sehen hier besonders den Vertrieb im Fokus. Doch der hohe Ressourcenaufwand erschwert den Gang ins Ausland. Statt diese Arbeit alleine zu stemmen, könnten die Unternehmen den Schulterschluss mit anderen suchen. Ob bei der Internationalisierung, bei Innovationen oder bei der Integration vor- und nachgeschalteter Wertschöpfungsstufen: Bündnisse - Allianzen, Fusionen oder Zukäufe - können die eigene strategische Position nachhaltig verbessern. Doch diese Chance von Partnerschaften erkennen bisher nur 47 % der Studienteilnehmer.

Angesichts dieser Vielzahl an Möglichkeiten wird deutlich: Die Unternehmen müssen die aktuell schwierige Situation nicht hinnehmen, sondern können sie gestalten. Dafür ist aber vor allem eines gefragt: Entschlossenheit. Die Unternehmen dürfen nicht abwarten, sondern sie brauchen eine klare Zukunftsstrategie. Sie müssen jetzt aktiv und effizient handeln. Nur so können sie langfristig dem Ertragsdruck standhalten. Flankierende Unterstützung durch die öffentliche Hand, beispielsweise durch Exportförderung, kann zudem wesentliche Impulse setzen und damit auch der Erzeugungsebene – den bäuerlichen Betrieben – zugutekommen.

Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Deutschland

Bei den Haupterwerbsbetrieben kam es im Wirtschaftsjahr 2014/15 bei den Einkommen gegenüber dem Vorjahr (WJ 2013/14) zu einem Rückgang von fast 25 % auf nunmehr rd. 27.400 € je Arbeitskraft. Die Gewinne je Unternehmen gingen um fast 32 % auf knapp 43.300 € zurück. Der Vergleich allein mit dem Vorjahr gibt aber nur ein unvollständiges Bild über die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Der Einkommensverlauf der letzten zehn Jahre macht deutlich, dass jährliche Einkommensschwankungen in der Landwirtschaft aus verschiedenen Gründen nicht nur nicht ungewöhnlich sind, sondern künftig häufiger auftreten werden. Bezeichnend für das WJ 2014/15 ist jedoch das Zusammentreffen mehrerer negativer Faktoren. Sowohl bei pflanzlichen als auch bei tierischen Produkten war die Preisentwicklung negativ. Hervorzuheben sind die ausgeprägten Preistäler bei Milch und Schweinen. Stabilisierend auf die angespannte Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe im WJ 2014/15 wirkten dagegen die staatlichen unternehmensbezogenen Direktzahlungen und Zuschüsse. Im Durchschnitt erhielt jeder Haupterwerbsbetrieb fast 31.000 €. Diese Transferzahlungen machen etwa 70 % des Gewinns aus und haben somit erheblichen Anteil an der Absicherung der Existenzen in schwierigen Jahren.

Die Einkommensentwicklung der wichtigsten Betriebsformen ist nachfolgend kurz skizziert. Weitere Einzelheiten enthalten die Übersichten zu Gewinn und Einkommen im Anhang.

- ▶ Die **Weinbaubetriebe** gehörten im Wirtschaftsjahr 2014/15 zu den wenigen Betriebsgruppen mit verbesserten Betriebsergebnissen. Die Gewinne je Unternehmen stiegen im Durchschnitt um rd. 5 % auf gut 63.300 €. Das Einkommen je AK nahm um knapp 7 % auf 28.900 € zu. Infolge der im Vergleich zum Vorjahr größeren Weinmosternte 2014 hat sich die Ertragslage der Winzergenossenschaftsbetriebe im WJ 2014/15 wieder verbessert. Positiv verlief das vergangene Wirtschaftsjahr auch für die Flaschenweinbetriebe.
In der Gesamtschau der Weinbaubetriebe und in Abhängigkeit von der Vermarktungsform endete das WJ 2014/15 für Betriebe mit Fassweinvermarktung am ungünstigsten.
- ▶ Wie bereits im Vorjahr reichten auch im Erntejahr 2014 die überdurchschnittlich hohen Erträge bei Getreide und Zuckerrüben nicht aus, um den Rückgang der Preise auszugleichen. In den **Ackerbaubetrieben** gingen das Einkommen je AK auf 39.400 € und der Gewinn je Unternehmen auf 67.700 € im WJ 2014/15 nochmals deutlich um 19 % bzw. 25 % zurück. Dennoch lag das Einkommen dieser Gruppe im Vergleich aller Betriebsformen weiterhin mit an der Spitze.
- ▶ Nach dem extrem guten Vorjahr mussten die spezialisierten **Milchviehbetriebe** im WJ 2014/15 nun den stärksten Einkommensrückgang verkraften. Die Buchführungsergebnisse weisen ein deutliches Minus von rd. 43 % beim Unternehmensgewinn auf 36.600 € und 38 % beim Gewinn plus Personalaufwand je AK aus (24.700 €). Wesentliche Ursache hierfür war der deutliche Rückgang der Auszahlungspreise für konventionelle Milch auf rd. 30 Ct/kg Rohmilch, der sich allerdings im Wirtschaftsjahr 2015/16 noch weiter fortsetzte. Da die Preise für „Ökomilch“ stabil geblieben sind bei rd. 48 Ct/kg geblieben sind, haben sich die ökologisch wirtschaftenden Milchbetriebe der Abwärtsbewegung der Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2014/15 entziehen können.

Die wirtschaftliche Situation für die deutschen Milcherzeuger hat sich im Zuge der schwachen Milchpreise 2015 deutlich zugespitzt. Auf der Erlösseite haben sich im vergangenen Jahr im Wesentlichen die deutlich abgeschwächten Milchpreise, die ca. 90% der Gesamterlöse in der Milchproduktion ausmachen, negativ auf das Ergebnis ausgewirkt. Bei den variablen Kosten hat sich die Lage für die Erzeuger im Jahresverlauf 2015 leicht entspannt. Dies konnte die Verluste bei den Erlösen jedoch nicht annähernd kompensieren.

- ▶ Bei den **sonstigen Futterbaubetrieben**, die zwar als Schwerpunkt Rindermast und Rinderaufzucht betreiben, zum Teil auch Milch erzeugen, allerdings in kleineren Beständen als die spezialisierten Milchviehbetriebe, hat sich die Einkommenslage – nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr – nun wieder stark verschlechtert. Der Unternehmensgewinn sank im Durchschnitt um 25 % auf 28.000 € und der Gewinn plus Personalaufwand je AK verringerte sich um 20 % auf knapp 21.000 €.

- ▶ In den nicht **spezialisierten Gemischtbetrieben** resultiert der Gewinnrückgang 2014/15 um rd. 32 % auf 36.800 € aus einem Mix der unterschiedlichen Erlösentwicklungen in einzelnen Produktionszweigen.
- ▶ Nach mehreren Jahren mit zum Teil deutlichen Einkommenszuwächsen verzeichneten die **Veredlungsbetriebe** (Schweine- und Geflügelhaltung) im WJ 2014/15 ebenfalls einen starken Einbruch bei Gewinn (- 34,4 %) auf 45.200 € und Einkommen je AK (- 30,2 %) auf 29.500 €. Die weit unter Vorjahresniveau gefallen Preise für Mastschweine (1,30 €/kg Schlachtgewicht) und Ferkel (35 €/Tier) waren hierfür ausschlaggebend.
- ▶ Im **Produktionsgartenbau** (Gemüseanbau, Obstbau, Zierpflanzen und Baumschulen) hat sich im abgelaufenen WJ 2015/15 die Ertragslage nicht gravierend verändert. Im Durchschnitt aller Betriebe der gesamten Sparte ging zwar der Gewinn je Unternehmen um 3,8 % auf 50.660 € zurück, das Einkommen je AK stieg jedoch um etwa 3 % auf 25.200 €. In den jeweiligen Sparten verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Ertragslage der Betriebe mit überwiegend Gemüsebau hat sich tendenziell etwas verschlechtert. Im Durchschnitt der Zierpflanzenbetriebe sind die Gewinne je Unternehmen leicht gestiegen. Auch die im Rahmen der Testbetriebsbuchführung ausgewerteten Baumschulbetriebe konnten ihre Ertragslage verbessern.
Für die Obstbaubetriebe zeigten die Betriebsergebnisse im Zeitablauf ein - für diese Betriebsform typisches - Auf und Ab. Starken Rückgängen folgten deutliche Einkommenssprünge nach oben. Für das WJ 2014/15 traf dies jedoch nicht zu. Nachdem im Vorjahr die Unternehmensgewinne um fast 29 % gesunken waren, schloss auch das Jahr 2014/15 mit einem deutlichen Rückgang ab. Der Unternehmensgewinn sank um 43 % auf 32.900 € und der Gewinn plus Personalaufwand je AK verringerte sich um 21 % auf 20.600 €.

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus

Die Einkommensentwicklung der ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau und Dauerkulturbetriebe) war im WJ 2014/15 besser als in den konventionellen Betrieben. Die Unternehmen des ökologischen Landbaus konnten im Durchschnitt die Unternehmensgewinne mit knapp 56.500 € und das Einkommen je AK mit 34.700 € nahezu auf dem Niveau des Vorjahres halten.

Im Bundesdurchschnitt lagen die Gewinne in den Ökobetrieben mit absolut 56.331 Euro über dem Durchschnitt der konventionell wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe mit durchschnittlich 41.130 Euro. Die Einkommensentwicklung der ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau und Dauerkulturbetriebe) war im Wirtschaftsjahr 2014/15 besser als in den konventionellen Betrieben. Die Verhältnisse zwischen Öko- und konventionell wirtschaftenden Betrieben haben sich damit umgekehrt.⁵

Die deutliche Abwärtsbewegung der Preise bei einer Vielzahl landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat die Verkaufspreise in den Ökobetrieben – mit Ausnahme bei Kartoffeln – nicht tangiert. Die Umsatzerlöse stiegen teilweise sogar. Durch den gleichzeitigen erhöhten Betriebsmittelaufwand blieb die Ertragslage unter dem Strich unverändert.

Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2014/15

Die Bildung von Eigenkapital ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, um einen Betrieb nachhaltig zu führen, zu erhalten und weiterentwickeln zu können. Eigenkapital dient einerseits als Inflationsausgleich im Rahmen der Ersatzbeschaffung von Wirtschaftsgütern. Dieser Ausgleich ist erforderlich, weil vom Anschaffungswert – und nicht vom Wiederbeschaffungswert abgeschrieben wird. Die Ersatzinvestition ist im Regelfalle teurer. Andererseits sind Wachstumsschritte erforderlich, die ebenfalls finanziert werden müssen. Je höher die Eigenkapitalbildung ist, desto stabiler ist das Unternehmen. Die Eigenkapitalveränderung des Unternehmens wird anhand der Bilanz berechnet. Der Wert ermöglicht eine Aussage darüber, inwieweit das im Unternehmen in dem jeweiligen Jahr erwirtschaftete und dort verbleibende Eigenkapital bereits eine ausreichende Grundlage zur Finanzierung von Nettoinvestitionen darstellt.⁶

Die Eigenkapitalbildung betrug im WJ 2014/15 im Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe mit 142 Euro je Unternehmen nur etwa 1 v. H. des Betrages der beiden Vorjahre. Die höchste Eigenkapitalbildung hatten die Weinbau-, gefolgt von den Ackerbaubetrieben. Nach Betriebsgröße geschichtet wird deutlich, dass im WJ 2014/15 – im Gegensatz zu den Jahren vorher – kleinere Betriebe im Durchschnitt deutlich mehr Eigenkapital als größere Betriebe bilden konnten.

⁵ Vgl. BMEL: Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, WJ 2014/15, aaO, S. 24.

⁶ Vgl. ebenda, S. 41.

Die Eigenkapitalbildung der Haupterwerbsbetriebe wies auch im Wirtschaftsjahr 2014/15 eine breite Streuung auf. Rund 56 % (Vorjahr 40 %) der Betriebe hatten eine negative Eigenkapitalveränderung, darunter 25,8 % (17,3 %) eine Verringerung des Eigenkapitals von mehr als 400 € je ha. Dagegen erreichten fast 20 % (30 %) der Betriebe eine Erhöhung ihres Eigenkapitals von mehr als 400 € je ha. Die Betriebe mit negativer Eigenkapitalveränderung sind gekennzeichnet durch hohe und meist zunehmende Verbindlichkeiten, vergleichsweise geringe Nettoinvestitionen und negative Rentabilitätsmerkmale.

Gewinnentwicklung der Haupterwerbsbetriebe in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz war mit 879 Betrieben an der Auswertung des BMEL-Testbetriebsnetzes (von insgesamt 9129 Betrieben) beteiligt. Die Betriebe hatten insgesamt einen Gewinnrückgang von 70.281 Euro auf 51.571 Euro zu verzeichnen (-27%). Die Einkommensentwicklung rheinland-pfälzischer Betriebe wird im Wesentlichen durch die Entwicklung im Weinbau, in der Milchviehhaltung (Futterbaubetriebe) sowie den Gemischtbetrieben (Ackerbau/Schweinemast) bestimmt. Eine besondere Bedeutung kommt nach wie vor den staatlichen Transferzahlungen zu; die sog. Direktzahlungen aus der 1. Säule der GAP stellen dabei mit Abstand den größten Anteil dar. Der Anteil der Transferzahlungen am Einkommen schwankt – wie unten erläutert - je nach Betriebsform erheblich.

Die große wirtschaftliche, ja existentielle Bedeutung der Ausgleichszahlungen für die meisten landwirtschaftlichen Betriebe kommt bei einem Vergleich mit den Unternehmensergebnissen insgesamt zum Ausdruck.

Im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe stammten 87 % der Unternehmensergebnisse aus staatlichen Transferzahlungen. Die Veredlungsbetriebe lagen in diesem -wirtschaftlich schlechten- Jahr 2014/15 bei einer Quote von 72,3 %, die Dauerkulturbetriebe hingegen bei unter 7 %. Ruft man sich ins Gedächtnis, dass die Unternehmensergebnisse eine große Streuung aufweisen, kann festgestellt werden, dass bei der Gruppe mit den höheren Unternehmensergebnissen der Anteil der staatlichen Transferzahlungen am Unternehmensergebnis abnimmt bzw. umgekehrt bei den Betrieben mit den niedrigen Unternehmensergebnissen der Anteil der direkten staatlichen Transfers noch deutlich höher liegt als dies in der nachstehenden Übersicht bei den hier dargestellten Mittelwerten der Fall ist. Dies ist insofern besonders bedeutsam, weil die staatlichen Transferzahlungen aufgrund der derzeit geltenden Regelungen „Richtung“ bundeseinheitliche Flächenzahlungen ab dem Antragsjahr 2019 die Direktzahlungen in der Basisprämie in einigen Jahren niedriger sein werden als heute. Dies gilt allerdings nicht für Rheinland-Pfalz. Die „Bundeseinheitlichkeit“ der Basisprämie führt dazu, dass die Direktzahlungen hier von 188 Mio. € im Jahr 2015 auf fast 210 Mio. € im Jahr 2019 ansteigen.

Tabelle 1: **Ausgleichszahlungen in Relation zu den Unternehmensergebnissen**⁷

	Unternehmens-ergebnisse in €	Ausgleichszahlungen in €	Anteil in %
Landwirtschaft ¹	39.658	34.514	87,0
Ackerbau	38.908	35.371	90,9
Futterbau	38.311	32.055	83,7
Veredlung	39.805	28.763	72,3
Verbund	42.009	37.743	89,8
Dauerkulturweinbau	78.500	5139	6,5
Weinbau spezialisiert	74.187	3100	4,2
Ökobetriebe ²	51.401	30.704	59,7

¹ ohne Dauerkultur- und spezialisierte Weinbaubetriebe;

² Betriebe der Landwirtschaft und des Weinbaus

Mit einem durchschnittlichen Gewinn von 51.571 Euro verfehlten auch die rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetriebe das Ergebnis des Vorjahres (70.281 Euro) deutlich. Der Vergleich zu den Vorjahren zeigt zudem den Einfluss, den volatile Agrarmärkte mit stärkeren Preisschwankungen auf die Unternehmensergebnisse haben.

In den einzelnen Betriebsformen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

- ▶ Die auf den **Weinbau** ausgerichteten Dauerkulturbetriebe verzeichneten eine kleine Verbesserung ihres Unternehmensergebnisses (Gewinn je Unternehmen), von 68.467 Euro auf 70.578 Euro (+ 3 %). Das Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand) stieg ebenfalls von 28.238 Euro auf 29.739 Euro (+ 5 %).
- ▶ Die **Ackerbaubetriebe** in Rheinland-Pfalz haben sich von 76.055 Unternehmensgewinn auf 35.937 € verschlechtert (- 53 %). Das Einkommen pro AK verringerte sich ebenfalls um 44 % von 40.223 € auf 22.355.
- ▶ Die Unternehmensgewinne in den auf **Milchvieh** spezialisierten Futterbaubetrieben sanken von 73.634 € auf 31.856(- 57 %). Das Einkommen je AK sank ebenso von 42.373 € auf 19.798 € (- 53 %).
- ▶ Die Betriebe mit **sonstigem Futterbau** verzeichnen einen Gewinn von 26.676 € gegenüber 31.358 € im Vorjahr. Dies sind 15 % Verlust. Das Einkommen sank ebenfalls von 16.911 € auf 14.926 €(- 12 %).

⁷ Quelle: Testbuchführung Rheinland-Pfalz, LWK, identische Haupterwerbsbetriebe

- ▶ **Gemischtbetriebe** haben ihren Gewinn von 70.772 € auf 38.815 € verringert (- 45 %). Das Einkommen je AK sank um 37 % von 31.335 € auf 19.621 €.
- ▶ Bei den **Veredlungsbetrieben** verschlechterte sich das Unternehmensergebnis von 62.479 € auf 36.267 € (- 42 %). Das Einkommen pro AK sank von 29.539 € auf 20.217 € (- 32 %).
- ▶ Die Betriebe des **Gartenbaus** erwirtschafteten einen Gewinn von 27.958 € gegenüber 101.709 € im Vorjahr (- 73 %). Das Einkommen verkleinerte sich von 25.418 € auf 14.454 € (- 43 %).

Fortschreitender Strukturwandel in Deutschland

In Deutschland setzte sich in den letzten Jahren der Prozess zu weniger, aber größeren Betrieben über alle Betriebsformen hinweg – auch in den Sonder- und Dauerkulturen - fort.⁸

Betriebe mit einer Flächenausstattung von über 100 ha LF bewirtschaften mittlerweile weit mehr als die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Ursachen des Strukturwandels sind vielschichtig und umfassen beispielsweise die Hofnachfolgeproblematik ebenso wie technische und organisatorische Fortschritte sowie die bereits eingangs erwähnten Änderungen in den agrarpolitischen Rahmenbedingungen bis hin zu spezifischen Krisensituationen, wie die Jahre 2015/2016 sie darstellen. Die sogenannte Wachstumsschwelle der Betriebe – die Betriebsgröße, oberhalb derer die Anzahl der Betriebe zunimmt – liegt derzeit in der Größenklasse 100 ha LF und mehr. Im Ergebnis des strukturellen Wandels zeigt sich eine höchst differenzierte Landwirtschaft in Deutschland.

Zur Agrarstruktur in Deutschland gibt es seit der letzten Agrarstrukturerhebung 2013 zwar keine aktuelleren Daten. Die Agrarstrukturerhebung 2016 wurde in der ersten Jahreshälfte durchgeführt, aber noch nicht ausgewertet. Nachfolgend wird daher auch auf Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen.⁹

Im Jahr 2015 haben insgesamt 280.000 Betriebe in Deutschland eine landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) von 16,731 Mio. ha bewirtschaftet. Damit ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber der Landwirtschaftszählung 2010 erneut um über 6,5 % zurückgegangen. Die LF blieb hingegen annähernd gleich. Die durchschnittliche Betriebsgröße wuchs von 56 auf knapp 60 ha LF je Betrieb.

Laut Statistischem Bundesamt wurden im Rahmen der Agrarstrukturerhebung 2013 rund 80.000 landwirtschaftliche Betriebe unter anderem zu ihren Produktionsgrundlagen und zur Beschäftigtenstruktur befragt. Es zeigte sich, dass nach wie vor die Familienbetriebe dominieren; sie hatten 2013 einen Anteil von 90 % an allen erfassten Höfen und bewirtschafteten 65 % der gesamten LF. Von den 256.000 Familienbetrieben wurden allerdings 52 % im Nebenerwerb und 48 v. H. im Haupterwerb geführt. Diese Relation gilt auch für Rheinland-Pfalz.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ist gegenüber 2010 weiter gesunken, und zwar um 6 % auf rund 1 Million. Davon waren mit 506.000 Personen knapp die Hälfte

⁸ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Agrarstrukturen in Deutschland, Einheit in Vielfalt, Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, Stuttgart 2011, S. 10.

⁹ Vgl. www.destatis.de

Familienarbeitskräfte. Darüber hinaus arbeiteten zum Zeitpunkt der Erhebung 201.000 ständig Beschäftigte und 314.000 Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft, so dass die Saisonarbeitskräfte immerhin rund ein Drittel der Arbeitskräfte umfassen.

In etwa 200.000 Betrieben wurden zum Stichtag 1. März 2013 Tiere gehalten; insgesamt waren es rund 12,4 Mio. Rinder, 28,7 Mio. Schweine, 1,9 Mio. Schafe und 130.000 Ziegen sowie 177,3 Mio. Stück Geflügel.

Die Zahl der Betriebe mit ökologischem Landbau erhöhte sich im Jahre 2015 gegenüber dem Vorjahr um 5,7 % auf 24.736; das waren 5,7% mehr als im Vorjahr (2014: 23.398). Der Anteil der Betriebe mit ökologischem Landbau an allen landwirtschaftlichen Betrieben erhöhte sich damit auf 8,7 % (2014: 8,3%). Die ökologisch bewirtschaftete Fläche stieg gegenüber dem Vorjahr bundesweit gleichzeitig um 3,9 % auf 1.088.838 ha LF. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche erfuhr im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 3,9% (2014: 1.047.633 ha).

Insgesamt waren 2015 im Bio-Sektor 38.259 Erzeuger, Verarbeiter/Aufbereiter, Importeure und Handelsunternehmen tätig. Die Zahl der Betriebe und der Fläche im Ökolandbau steigen stabil. Auch der Markt wächst, 2015 erwirtschaftete der Biomarkt in Deutschland mehr als acht Milliarden Euro Umsatz, Tendenz stark steigend. Diese Zahlen zeigen: Bio wird bei Verbrauchern immer beliebter, der Ökolandbau ist neben dem konventionellen Landbau inzwischen eine wichtige Säule der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft. Der Ökolandbau ist inzwischen eine feste Größe in der deutschen Landwirtschaft, die es weiter voranzubringen gilt. Auch aus diesem Grund ist die Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau des Bundes zu begrüßen.

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auch in Rheinland-Pfalz weiter rückläufig¹⁰

Die Betriebsgrößenstruktur der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft ist durch den Weinbau geprägt. Fast ein Viertel der rund 18.100 landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten 2015 nach Angaben des Statistischen Landesamtes weniger als fünf Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. In diesem Segment sind vor allem Weinbaubetriebe zu finden, die zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Einkommens wegen der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit eine kleinere Flächenausstattung als z. B. die Futterbaubetriebe oder Getreideerzeuger benötigen. Im Jahr 2016 wird die Grenze von 18.000 Betrieben in Rheinland-Pfalz erstmals unterschritten.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche betrug im Jahr 2015 rd. 705.400 ha. Die durchschnittliche Betriebsgröße über alle Betriebe lag bei 39 ha LF, mithin knapp 21 ha LF unter dem Bundesdurchschnitt.

Die ökologische Bewirtschaftungsweise gewinnt –ähnlich wie auf der oben bereits erwähnten Entwicklung auf Bundesebene– auch in Rheinland-Pfalz immer mehr an Bedeutung. Seit Jahren ist eine Zunahme des ökologischen Landbaus in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. 2015 waren es bereits 1400 Betriebe, die nach ökologischen Grundsätzen wirtschafteten. Sie verfügten insgesamt über eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rd. 56.000 ha LF. Das sind ca. 8 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes.

¹⁰ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2014.

Umgekehrt verläuft dagegen die Entwicklung in der Viehhaltung: Die Schweinehaltung verliert in Rheinland-Pfalz immer mehr an Bedeutung. Die Zahl der Schweine, die in knapp 300 Betrieben standen, sank nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems von November 2014 bis November 2015 um 6 v. H. auf 192.000 Tiere. Ursächlich für diesen Rückgang sind die für eine wirtschaftliche Schweinehaltung zu geringen Erlöse. Der Schweinebestand in Deutschland nahm binnen eines Jahres um zwei Prozent auf 27,5 Millionen Tiere ab. Der rheinland-pfälzische Anteil lag bei nur noch 0,7 %.

Im November 2015 wurden in Rheinland-Pfalz noch knapp 5.400 Rinderhaltungen mit 359.600 Tieren registriert. Das bedeutet gegenüber der Erhebung im November 2014 eine Abnahme bei den Haltungen von 1,7 % und beim Bestand von 2,4 %. Bundesweit war im gleichen Zeitraum eine Abnahme des Rinderbestandes um 0,8 % auf gut 12,6 Millionen Tiere festzustellen, die in 151.200 Haltungen standen (minus 2,4 %). Der rheinland-pfälzische Anteil am deutschen Rinderbestand belief sich auf 2,8 %. Im November 2015 entfiel ein Drittel des Rinderbestandes auf Milchkühe (118.100 Tiere). Im Vorjahresvergleich sank ihre Zahl um 1,5 %. Der Bestand der sonstigen Kühe, z. B. Ammen- und Mutterkühe, nahm um 1,5 % auf 39.800 Tiere ab. Ein weiteres Viertel (27 %) des Rinderbestandes stellten die Kälber und Jungrinder mit einem Alter bis zu einem Jahr. Auf die Altersklasse zwischen einem Jahr und zwei Jahren entfielen 21 % des Bestandes.

Für die Erhaltung ökologisch wertvoller Flächen besonders bedeutsam sind die kleinen Wiederkäuer (Schafe und Ziegen). Der in gut 500 Betrieben gehaltene Schafbestand nahm um fünf Prozent auf 66.200 Tiere zu. Ein Teil dieser Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass der Berichtskreis auf Grund einer Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier vervollständigt werden konnte. Bundesweit gab es bei den Schafen eine Abnahme von 1,8 % auf knapp 1,6 Millionen Tiere. Rheinland-Pfalz kam damit auf einen Anteil von 4,2 %.

1.1.2 Weinmarkt

Deutschland ist Standort der nördlichsten zusammenhängenden Weinanbaugebiete der Welt. Von den 100.000 ha Rebfläche (RF) liegen rund zwei Drittel in Rheinland-Pfalz – verteilt auf sechs sehr unterschiedlich flächenstarke und topografische Anbaugebiete.

Die Internationale Organisation für Rebe und Wein (OIV) schätzt für 2015 eine Weltweinproduktion von 276 Mio. hl, die global nur geringfügig über dem Vorjahresniveau liegt. Bei einem erwartetem Gesamtverbrauch von ca. 270 Mio. hl (240 Mio. hl Trinkweinverbrauch und 30 Mio. hl industrielle Verwertung von Wein für Brandy, Essig etc.) liegt die Weinerzeugung zwar über dem Verbrauch, aber die Fassweinspreise für international gehandelte Weinkategorien zeigen noch keine Tendenzen von Überschussproblemen.

Der Weinmarkt in Europa verlief 2015 relativ ruhig, nachdem die großen Preisschwankungen aus den Jahren 2013/14 überwunden sind und sich die Erzeugung (2015 mit 171 Mio. hl., mit dem Gesamtverbrauch (2015 mit ca. 158 Mio. hl) und Außenhandelsaldo (von +7 Mio. hl) nahezu angleichen. Der Rückzug der europäischen Weinmarktpolitik aus staatlicher Marktintervention zwingt die Weinwirtschaft zur konsequenten Marktanpassung durch

verbesserten Weinausbau und Exportorientierung. Die Konsumzuwächse der letzten Jahrzehnte in Großbritannien, Deutschland und Nordwesteuropa sind auch weitgehend zum Erliegen gekommen, weswegen auch die Konsumrückgänge in Südeuropa höchstens durch die Zuwächse im Norden noch kompensiert werden. Auch die industrielle Verwertung und Veredelung von einfachen Weinen über die Herstellung von Brandy, Cognac, Wermut und moderne Weinmischgetränke schafft keine neuen Wachstumsimpulse, weil diese Getränke zumeist als Substitute zu einfachen Weinen konsumiert werden.

Die europäische Weinbaupolitik war im Jahr 2015 wie auch schon 2014 von zwei zentralen Themen bestimmt: Zum einen gibt es in den Ländern die Diskussion, wie die Neuregelung der Reben-Pflanzrechte mit dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Autorisierungssystem und den beabsichtigten Kontingenterweiterungen verwaltungsmäßig umgesetzt werden soll. Hier wird von vielen Weinbauverbänden die mögliche Flächenerweiterung als große Gefährdung der wirtschaftlichen Lage angesehen, weil mit der Liberalisierung eine schnelle Produktionsausweitung und damit Preiseinbrüche befürchtet werden. Zum anderen wird über mögliche Auswirkungen eines TTIP-Abkommens mit den USA diskutiert.

Weinpolitisch war das Jahr 2015 von der Umsetzung der neuen EU-Regularien zur Verwaltung der Rebflächen in dem neuen Autorisierungssystem bestimmt. Die neuen Regelungen sind für die meisten Rebflächen nahezu unbedeutend, weil die Rodung und Wiederbepflanzung mit wenigen Meldungen erfolgen können. Schwieriger werden die neuen Formalitäten bei Flurbereinigungen und Rebflächenübergängen von Pächtern zu Eigentümern, wenn Rodungen erfolgen und neue Eigentümer oder Pächter wieder Reben anpflanzen wollen. Die von den Weinbauverbänden erreichte sehr geringe Quote der Rebflächen-Neuanpflanzungen von nur 0,3 % der bisherigen Rebfläche in Deutschland erschwert deren Verteilung und behindert die Flexibilisierung des Strukturwandels.

Die neueren Weinmarktentwicklungen mit dem Verbrauchsrückgang haben dazu die passenden Argumente geliefert.

Ausblick

Aufgrund der Witterungsbedingungen fiel die Ernte 2015 mit rund 5,9 Mio. Hektoliter gegenüber dem langjährigen Mittelwert (6,4 Mio. Hektoliter) um rund 8 % niedriger aus.¹¹ Der trockene und zum Teil heiße Sommer ließ kaum Schäden durch Pilzerreger und Insekten an den Reben auftreten.

Das Marktgeschehen insbesondere an den Fassweinemärkten war bereits im Vorherbstgeschäft in Erwartung höherer Preise aufgrund der absehbar niedrigeren Erntemenge verhalten. Weiterhin rückläufige Exporte und ein Rückgang des Inlandskonsums verschärften die zwischenzeitlich die Marktsituation. Teilweise dramatische Preiseinbrüche bei Fassweinen und eine kaum vorhandene Nachfrage sorgten in der Folge für eine bedrohliche Situation in den Erzeugerbetrieben. Zwischenzeitlich hat sich die Lage durch

¹¹ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Pressemeldung, Bad Ems 2016.

eine Belebung des Fassweingeschäfts und der Preis wieder etwas entspannt. Dennoch dürfte die demografische Entwicklung der Bevölkerung im Inland, ein generell rückläufiger Konsum alkoholischer Getränke und deutliche Anzeichen einer Marktsättigung sowie der preisgeführte harte internationale Wettbewerb auf längere Sicht die Herausforderungen im Weinmarkt dominieren. Hinzu kommen Aspekte, wie die zunehmende Konzentration im Lebensmittelhandel und deren Auswirkungen auf die Sortimentspolitik und Auslistungen von Produkten heimischer Weinkellereien aufgrund erzeugerseitig mangelhafter Lieferkontinuität. Der Aufwand in der Weinbergsbewirtschaftung und der Weinerzeugung steigen weiterhin moderat. Das Jahr 2016 wird jedoch aufgrund des witterungsbedingten höheren Pflanzenschutzaufwandes inflationsbereinigt seit Jahrzehnten zu deutlich höheren Kosten führen.

Da die Preise für Fassweine auf einem niedrigen Niveau tendieren und im Flaschenweinabsatz an Endverbraucher höhere Preise ebenfalls wenig realisierbar erscheinen, ist von einer Verschlechterung der Betriebsergebnisse und damit der Einkommenssituation im Jahr 2016 auszugehen.

1.1.3 Obstbau

Die Obsternte 2014 hat mit 1,48 Mio. t alle Erwartungen sowie die bisherige Spitzenernte 2009 übertroffen (im Anhang können Sie hierzu Statistiken einsehen). Die hohen Ernteerträge nahezu aller Sonderkulturarten übten im Sommer und Herbst 2014 Druck auf die Erzeugerpreise aus, der durch das Russland-Embargo weiter verschärft wurde. Insbesondere die große Apfelernte ließ im Herbst 2014 im Zusammenspiel mit dem Wegfall der Russlandexporte die Erzeugerpreise stark fallen. Auch die Marktsegmente, die aufgrund unbedeutender Exportaktivitäten nicht direkt vom Embargo betroffen waren, blieben von dessen Auswirkungen nicht verschont.

So erlebten die deutschen Birnenproduzenten einen steigenden Preisdruck durch die starke Konkurrenz aus großen europäischen Anbaugebieten wie Italien und Spanien, deren Waren auf den deutschen Markt drängten. Trotz der weiterhin geschlossenen russischen Grenzen haben die EU-Obst- und Gemüseexporte in Drittlandstaaten im Zeitraum von April 2014 bis April 2015 dank der Erschließung alternativer Absatzmärkte wie des nordafrikanischen Raums sowie des Mittleren und Nahen Ostens mengenmäßig um 5 % im Vergleich zu den letzten drei Jahren zugelegt; der Wert der Exporte ist im gleichen Zeitraum allerdings um 6 % gesunken.

1.1.4 Ackerbau

Getreidemarkt

Nach dem Rekordjahr 2014 (ca. 2,5 Mrd. Tonnen) konnte 2015 weltweit mit rund 2,47 Mrd. Tonnen erneut eine umfangreiche Ernte erzielt werden. Die Lagerbestände wurden weiter aufgebaut und die weltweite Versorgungslage ist günstig. Durch die seit einigen Jahren

größten Endbestände nach den Ernten 2014 und 2015 bewegte sich die Preiskurve nach unten. Die Entwicklung der Getreideanbauflächen folgte in den zurückliegenden Jahren konsequent den jeweils vorhandenen Preissignalen im Markt. Die USA dominieren den weltweiten Getreidehandel.

Die **EU-Getreideanbaufläche** wurde mit 57,5 Mio. ha (Vorjahr 58,1 Mio. ha) gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,5 Mio. Hektar reduziert, der Ertrag lag mit geschätzt 311,38 Mio. t um etwa 6 % unter dem Vorjahresergebnis (332,14 Mio. Tonnen). Trotz anhaltender Trockenperioden wurde noch eine relativ gute Getreideernte erzielt. Erhebliche Einbrüche gab es bei den Sommerungen (u.a. Mais), durch die Ausweitung der Anbaufläche und gute Erträge bei Winterweizen wurde bei Weichweizen ein um 1 Mio. Tonnen höherer Ertrag in der EU erzielt. In der Fütterung wurde Mais teilweise durch Getreide ersetzt. Die EU blieb bei Getreide Nettoexporteur (mit 23 Mio. t, im Vorjahr mit 29,6 Mio. t) und spielte bei Weizen, insbesondere hochwertigem Brotweizen, weiterhin weltweit eine wichtige Rolle. Die wichtigsten Weizenexporteure in der EU sind Frankreich und Deutschland. Während der Export von Frankreich 2015 zurückging, konnte in Deutschland zunächst ein Zuwachs verzeichnet werden. Aufgrund der komfortablen Versorgungslage auf den globalen Märkten verliefen die EU-Exporte jedoch nach der Ernte 2015 schleppend und blieben deutlich hinter den Vorjahrsergebnissen zurück. Ende des Jahres stieg der Export auch aufgrund des schwachen Euro gegenüber dem Dollar an.

In Deutschland wurde 2015 auf etwa 11,85 Mio. ha Ackerland rund 6,5 Millionen ha Getreide angebaut (55 % der Ackerfläche). Mit 48,8 Mio. Tonnen wurde eine niedrigere Ernte gegenüber dem Rekord aus dem Vorjahr eingefahren, dennoch überschreitet das Ergebnis das langjährige Mittel. Besonders beim Mais lag die Ernte deutlich unter dem Vorjahresertrag (um 26% niedriger). Einzelne Bestände mussten aufgrund besonders heißer Tage im Juli vorzeitig wegen Notreife gedroschen werden. In anderen Regionen verzögerte sich die Ernte wegen Regen. Dies führte zu sehr heterogenen Qualitätsergebnissen.

Die **Öko-Getreideernte** ist in Deutschland 2015 zwar kleiner ausgefallen als im Vorjahr, aber deutlich besser als nach der Frühjahrstrockenheit erwartet. Weizen erreichte überraschend gute Qualitäten. Aufgrund der komfortablen Versorgungslage aus dem Rekordjahr 2014 und einer verhaltenen Nachfrage waren die Erzeugerpreise für konventionelle Ware niedrig und nur bei Mais und im Futtergetreidebereich etwas höher. Die Preise bewegten sich lange seitwärts, die Erzeuger hielten ihre Ware aufgrund dieser unbefriedigenden Preisentwicklung zurück und verkauften nur aus Liquiditätsgründen. Auch Kontrakte für die Ernte 2016 wurden in deutlich geringerem Umfang abgeschlossen. Für Ökogetreide konnte mehr als der doppelte Preis erzielt werden. Verbandsware erhielt deutliche Zuschläge.

In **Rheinland-Pfalz** wurde 2014/2015 Getreide auf 233.600 Hektar angebaut. Die Fläche lag etwa auf dem Vorjahresniveau. In 2015 wurde knapp 1,6 Millionen Tonnen Getreide geerntet. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr, in dem eine gute Ernte eingebracht wurde, eine Zunahme von etwa 4 % dar und ist – trotz der Trockenheit und Hitzerekorden im Juli eine deutliche Steigerung gegenüber dem Mittelwert der vergangenen Jahre.

Der durchschnittliche Getreideertrag betrug rund 6,8 Tonnen je Hektar, im vergangenen Jahr waren es 6,6 Tonnen. Die wichtigste Getreideart ist weiterhin Winterweizen mit 115.100 Hektar. Die geschätzte Erntemenge umfasst etwa 854.500 Tonnen. Etwa 54 % der Getreideernte entfiel auf Winterweizen. Der Hektarertrag lag mit 7,4 Tonnen fast drei % über dem Vorjahreswert. Gegenüber dem langjährigen Durchschnittsertrag (7,0 Tonnen je Hektar) beträgt der Zuwachs fast sechs Prozent Sommergerste, die im rheinland-pfälzischen Getreideanbau mit 42.400 Hektar eine größere Bedeutung hat, lag mit 5,6 Tonnen je Hektar auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erntemenge erreichte mit 235.600 Tonnen auf Grund der etwas geringen Anbaufläche nicht den Vorjahreswert. Wintergerste verzeichnet mit 37.200 Hektar im Vergleich zum Vorjahr eine Ausdehnung der Anbaufläche um fünf Prozent. Der Ertrag beträgt 7,2 Tonnen je Hektar und übertrifft damit das langjährige Mittel um mehr als 17%. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Zuwachs 11%. Die für Wintergerste geschätzte Erntemenge beläuft sich auf 268.200 Tonnen. Damit haben sich die Befürchtungen, dass die seit Februar 2015 unterdurchschnittlichen Niederschläge zu großflächigen Ernteaussfällen bei Getreide führen, nicht bestätigt.

Seit dem Jahre 2012 sind die Weizenkurse zwischen 30 und 40 % gefallen. Im Jahresdurchschnitt 2015 gaben die Notierungen um 15 % nach. Die schwachen Preise durch eine gute Versorgungslage, die verhaltene Nachfrage der Abnehmer und die mäßigen Exportchancen bekamen auch die rheinland-pfälzischen Landwirte zu spüren.

Ausblick Getreidemarkt

Für die Saison 2016 wird trotz etwas kleinerer Ernten eine üppige globale Versorgung mit Weizen vorhergesagt. Die Bestände werden aufgrund des nachfrageübersteigenden Angebots voraussichtlich auf ein Rekordniveau anwachsen. Gleichzeitig ist aber aufgrund des großen Angebots und der gedrückten Preise weltweit mit einer Zunahme des Getreideverbrauchs in 2016/17 zu rechnen.

Auch in der EU wird trotz einer voraussichtlich kleineren Weizenernte in 2016 für die kommende Saison eine komfortable Versorgung bestehen.

Deutschland als eines der Hauptexportländer für Weizen, wird 2016/17 einer absehbar geringeren Nachfrage am Weltmarkt gegenüber stehen. Der Konkurrenzkampf unter den exportorientierten Ländern wird weiter zunehmen.

Für gute Qualitäten werden zwar immer wieder Absatzmöglichkeiten bestehen, die Prognosen für eine erneut große globale Getreideernte heben jedoch nicht gerade die gedrückte Stimmung in der Landwirtschaft. Aufgrund der zu erwartenden hohen Nachfrage für Speise- und Futtergetreide, werden für den Ökobereich stabile Preise prognostiziert.

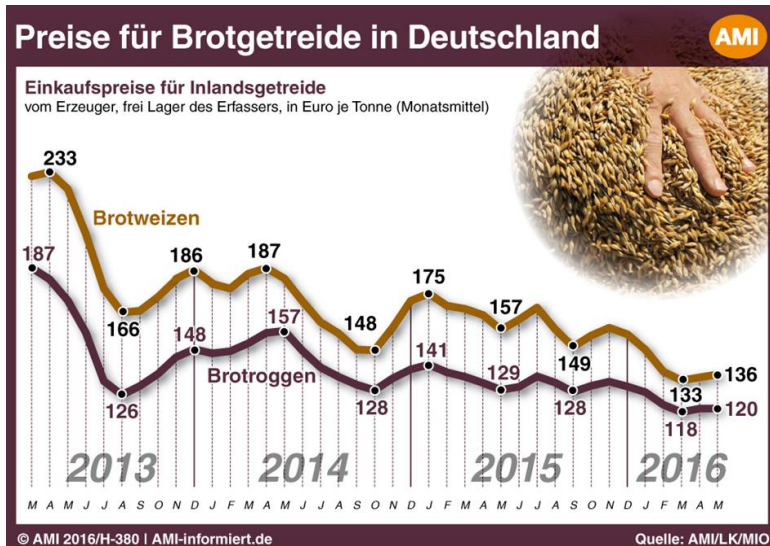


Abbildung 1: Einkaufspreise Inlandsgetreide

Ölsaatenmarkt

Nach Schätzungen des USDA für das Wirtschaftsjahr 2015/16 (Prognose Juni 2016) wird die weltweite Ölsaatenproduktion auf etwa 519,1 Millionen Tonnen sinken. Das sind etwa 18 Millionen Tonnen oder gut 3 % weniger als im Vorjahr.

Mit rund 107 Millionen Tonnen ist die USA der größte Sojabohnenerzeuger. Weltweit wird die Produktion im Wirtschaftsjahr 2015/16 auf rund 313 Millionen Tonnen geschätzt. Die Ölsaatenpreise werden stark von der Entwicklung auf dem Sojamarkt und vom Dollarkurs beeinflusst. China spielt als weltweit bedeutendster Importeur für Soja ebenfalls eine große Rolle.

Aufgrund des Erzeugungszuwachses in den vergangenen Jahren wurden in den USA die Bestände erhöht und die Preise stagnierten im Sommer 2015 und gerieten unter Druck, trotz weiter steigender Nachfrage. Hinzu kam eine mangelnde Nachfrage nach Biodiesel aufgrund einer geringen Konkurrenzfähigkeit durch die niedrigen Mineralölpreise.

Der **Anbau von Sojabohnen** spielt in der EU mit einem Flächenanteil von 799.000 ha und einer Ernte von 2,175 Mio. Tonnen nur eine untergeordnete Rolle. Die bedeutendste Ölsaatenart in der EU ist der Raps gefolgt von Sonnenblumen. In der EU wurde 2015 auf etwa 6,3 Mio. Hektar Raps und auf 4,3 Mio. Hektar Sonnenblumen angebaut. Bei einer Anbaufläche von zusammen etwa 11,4 Mio. ha für Raps, Sonnenblumen und Sojabohnen wird die gesamte Ölsaatenproduktion auf rund 30,7 Mio. t veranschlagt. Im Jahr 2015 wurde mit 21,5 Mio. Tonnen eine um 12% niedrigere Rapsernte gegenüber der Rekordernte im Jahr 2014 eingefahren. Die Durchschnittserträge lagen in 2015 ebenfalls deutlich niedriger. Der größte Rapserzeuger in der EU ist Frankreich.

Die **Anbaufläche von Raps und Rüben** umfasste in Deutschland zur Ernte 2015 mit knapp 1,3 Mio. ha und lag damit um etwa 7% unter dem Vorjahresniveau und erreichte auch nicht den Anbauumfang in 2010.

5 Mio. Tonnen Raps wurden in 2015 geerntet, etwa ein Fünftel weniger als im Vorjahr. Das Ertragsniveau lag zwar nahe zum dem langjährigen Mittel, war aber erheblich geringer als 2014.

In Rheinland-Pfalz wurde der Winterraps 2015 um knapp 5 % auf 43.100 Hektar eingeschränkt. Die Erntemenge umfasste 2015 rund 171.400 Tonnen und blieb damit um etwa 12% hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Die Raps verarbeitende Ölmühle Cargill hat angekündigt ihr Werk in Mainz-Mombach zu schließen. Damit fällt ein bedeutender Handelspartner nicht nur für rheinland-pfälzische sondern auch für hessische Rapslieferanten weg und andere Vermarktungswege müssen eingeschlagen werden.

Ausblick Ölsaaten

Die aktuelle Schätzung des US-Landwirtschaftsministeriums im Juni 2016 geht von sinkenden US-Sojabohnenvorräten zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres 2015/16 aus. Dennoch werden die Vorräte immer noch fast doppelt so hoch wie im Zeitraum 2014/15 eingeschätzt.

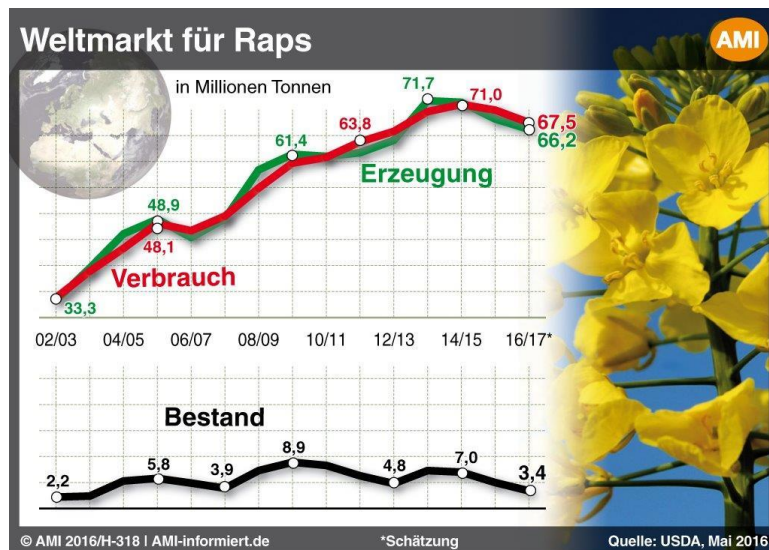


Abbildung 2: Weltmarkt für Raps

Die globalen Sojavorräte 2015/16 wurden gegenüber dem Vorjahr niedriger prognostiziert und die Versorgung mit Sojabohnen 2016/17 soll knapper ausfallen. Für 2016 wird zwar mit einer höheren Erzeugung als in 2015 gerechnet, der Anstieg des Verbrauchs soll jedoch diesen Zuwachs übersteigen. Dies würde dann erneut zu Lasten der Vorräte gehen. Gleichzeitig wird auf ein geringeres Rapsangebot in der EU-28 spekuliert.

Dies könnte zu höheren Notierungen für Ölsaaten und zu einer stärkeren Vorzüglichkeit von Raps gegenüber von Weizen führen.

Eiweißpflanzen

Im Bereich der Eiweißpflanzen gehören die Leguminosen zu den bekanntesten pflanzlichen Eiweißquellen. Dabei kommt ihnen besonders im ökologischen Landbau eine wichtige Rolle als Stickstoffproduzenten und Bodenverbesserer zu.

Die EU-Hülsenfrüchteerzeugung 2015 (bestehend aus Futtererbsen, Ackerbohnen und Süßlupinen) belief sich nach Einschätzung der Europäischen Kommission im Juli 2015 auf voraussichtlich rd. 3 Mill. t (gegenüber rd. 2,7 Mill. t im Vorjahr). Ursächlich hierfür ist vor allem eine um rd. 170.000 ha (bzw. 17,6 %) größere Anbaufläche, insbesondere bei Futtererbsen.

Auch in Deutschland erfolgte eine starke Anbauausweitung. Die Anbaufläche von Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung (Ackerbohnen, Futtererbsen, Lupinen und sonstige Hülsenfrüchte, ohne Sojabohnen) erreichte 2015 etwa 160.600 ha, eine erhebliche Steigerung gegenüber 2014 insbesondere bei Erbsen. Der Anbau von Süßlupinen wurde von 21.400 ha auf 29 800 ha (+39 %) ausgeweitet.

Ebenso führte bei den Hülsenfrüchten die diesjährige Trockenheit in regional unterschiedlichem Ausmaß zu Ertragseinbußen. Aufgrund der Flächenausweitung liegt die gesamte Erntemenge jedoch deutlich höher als in früheren Jahren. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz: Der Anbau von Hülsenfrüchten (Erbsen, Ackerbohnen, Süßlupinen, einschließlich zur Saatgutgewinnung) hat im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 deutlich zugenommen. Zwar wurde die Anbaufläche für Ackerbohnen reduziert, dafür wurden jedoch vermehrt Erbsen angebaut.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Eiweißstrategie des Bundeslandwirtschaftsministeriums und das „Greening“ im Rahmen der reformierten GAP 2014 bis 2020 positive Auswirkungen auf die Anbauausdehnung von Leguminosen hatte.

Ausblick Eiweißpflanzen

Überwiegend werden Körnerleguminosen innerbetrieblich verwertet und nur in geringem Umfang gehandelt. Möglicherweise kann in kommenden Jahren das größere Angebot dazu beitragen, die Versorgungsengpässe der viehhaltenden Betriebe bei Eiweißpflanzen etwas zu lindern.

Zuckermarkt

Zucker ist ein wichtiges Welthandelsprodukt. In klimatisch gemäßigten Ländern – vor allem in West-, Mittel- und Osteuropa sowie in den Vereinigten Staaten, China und Japan – wird der Zucker aus Zuckerrüben gewonnen, in tropischen und subtropischen Anbaugebieten dagegen aus Zuckerrohr. Die wichtigsten Zuckerrohrproduzenten sind: Brasilien, Indien, China, Thailand, USA, Mexiko, Kuba und Australien. Im Wirtschaftsjahr 2014/15 betrug der Anteil des Rohrzuckers an der Gesamtzuckererzeugung rund 78 % und der des Rübenzuckers 22 %. Rund zwei Drittel des weltweit erzeugten Zuckers werden direkt in den

Erzeugerländern verbraucht. Nur ein Drittel des Zuckers wird auf dem so genannten Weltmarkt gehandelt.

Da Zucker lange lagerfähig ist und sich die Vorratsmengen von Jahr zu Jahr ändern, wird mit Zucker als Rohstoff spekuliert. Hauptbörsenplätze sind London und New York. Der Weltmarktpreis für Zucker ist einer der am stärksten schwankenden Notierungen für Rohstoffe allgemein und für Agrarprodukte im Speziellen. Er orientiert sich nach wie vor weitgehend an der Erzeugung und dem Verbrauch. Die Produktionsmengen sind in erster Linie von Fundamentaldaten abhängig (Niederschlag, Hitze, „El Nino“, Exporte aus Brasilien, Indien, Thailand, Aufbau von Vorräten weltweit etc...). Aber auch Währungsschwankungen (z.B. beim brasilianischen Real) und Rohölpreise spielen eine Rolle.

Die Weltzuckererzeugung lag im Wirtschaftsjahr 2014/15 nur geringfügig über dem Vorjahr. Aufgrund der relativ komfortablen Anfangsbestände war der Welthandel mit Zucker in 2014/15 durch relativ niedrige Zuckerpreise und eine steigende Wirtschaftskraft in Entwicklungs- und Schwellenländern gekennzeichnet. Beispielsweise ist in USA und Europa der Verbrauch geringfügig zurückgegangen, beispielsweise in Asien und Afrika dagegen angestiegen.

Tabelle 2: Weltzuckererzeugung

Weltzuckererzeugung - in 1 000 t Rw -			
	2013/14	2014/15	2015/16
EU	17 101	19 061	14 957
Europa	27 647	30 294	25 923
Nordamerika	22 172	22 664	22 622
Südamerika	47 398	43 088	46 853
Amerika	69 570	65 752	69 475
Asien	68 503	69 107	64 844
Afrika	11 325	11 206	11 569
Ozeanien	4 302	5 370	45 092
Insgesamt	181 347	181 729	176 903

Quelle: F.O. Licht
Rw = Rohwert

Tabelle 3: Weltzuckerbilanz

Weltzuckerbilanz - in 1 000 t Rw -			
	2013/14	2014/15	2015/16
Anfangsbestände	72 787	77 491	78 444
Erzeugung	181 348	181 730	176 904
Einfuhren	63 851	63 096	64 276
Ausfuhren	64 498	65 021	66 012
Absatz	175 997	178 852	181 658
Endbestände	77 491	78 444	71 954
Endbestände in % des Absatzes	44,03	43,86	39,61

Quelle: F.O. Licht
Rw = Rohwert

Die Preisschwankungen am Weltzuckermarkt haben stark spekulativen Charakter und die Volatilität der Zuckernotierungen hat deutlich zugenommen.

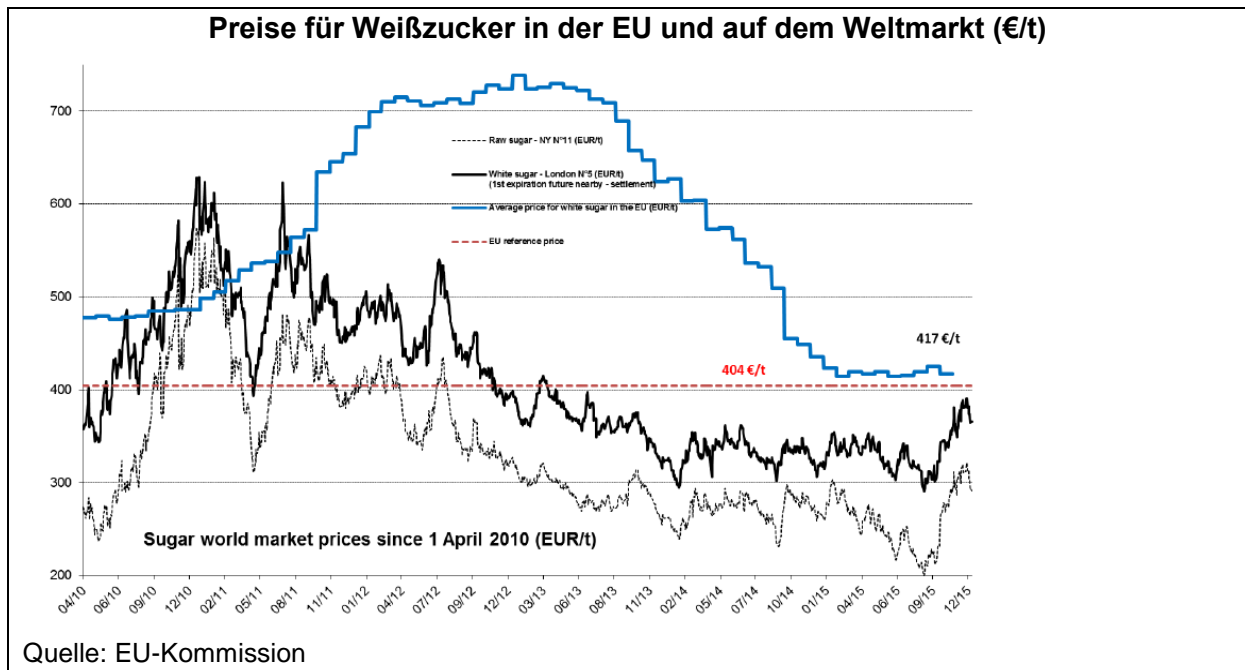


Abbildung 3: Preise Weißzucker (EU/Welt)

Die Europäische Union ist der weltweit größte Produzent von Rübenzucker (etwa 50 % der Rübenzuckererzeugung) und Hauptimporteur von Rohrohrzucker für die Raffination. Die europäische Rüben- und Zuckererzeugung war bisher in erster Linie auf den heimischen Bedarf ausgerichtet mit einem stark begrenzten Export. Im Rahmen der jüngsten GAP-Reform wurde die Abschaffung der Quotenregelung beschlossen. Der Europäische Zuckermarkt war bisher durch Produktionsquoten, einen garantierten Mindestpreis für Landwirte (Grundreferenzpreis) und handelspolitische Maßnahmen und Abkommen (z.B. für den zollfreien Import von Rohrohrzucker) geregelt. Seit der Reform der Zuckermarktordnung im Jahr 2006 ist die EU zu einem Nettoimporteur von Zucker geworden.

In Europa wurde 2015 auf etwa 1,3 Mio. Hektar Zuckerrüben angebaut und 14,0 Mio. Tonnen Zucker (Weißzuckerwert) erzeugt. Frankreich, Deutschland und Polen sind mit Abstand die größten Zuckerrübenerzeuger in der EU.

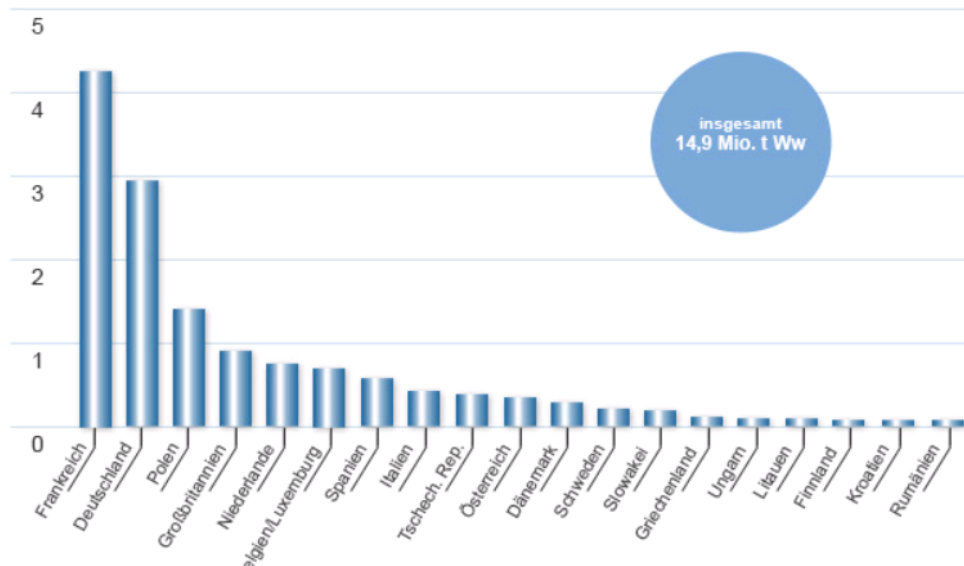
Am 30. September 2017 läuft die EU-Quotenregelung aus. Ab diesem Zeitpunkt entfällt die Mindestpreisregelung, EU-Zucker kann frei auf den Weltmarkt exportiert werden. Die Ernte 2016 ist das letzte Jahr des seit etwa einem halben Jahrhundert bestehenden Marktordnungssystems. Bereits diese Ernte kann ohne die bisherigen Exportrestriktionen auf dem Weltmarkt angeboten werden.

Die Vermarktung der Ernte 2015 erfolgte auf relativ niedrigem Preis-Niveau. Der EU-Marktpreis lag nur geringfügig über dem Mindestpreis für EU-Quotenzucker (404 €/t). Die

Preise für raffinierten Zucker sind zwischen 2013 und 2015 um etwa 40% gefallen und schmälerten die Einkommen der Zuckererzeuger und die Gewinne der Zuckerverarbeiter.

Zuckererzeugung in der Europäischen Union 2015/16

- in Mio. t Ww -



Quelle: Wirtschaftliche Vereinigung Zucker Ww= Weißzuckerwert)

Abbildung 4: Zuckererzeugung in der EU 2015/16

In **Deutschland** wurden zur Ernte 2015 in 29.508 landwirtschaftlichen Betrieben Zuckerrüben angebaut, die in 20 Zuckerfabriken zu Zucker verarbeitet wurden. Bei deutlich kürzerer Kampagnendauer und einer reduzierten Anbaufläche von 254.483 ha – eine Verringerung von etwa 25 % im Vergleich zur Ernte 2014 - wurden insgesamt 18,2 Mio.Tonnen Rüben verarbeitet. Dies entspricht einem Rückgang von 37 % im Vergleich zum Vorjahr.

Tabelle 4: Rübenverarbeitung und Zuckererzeugung D

Rübenverarbeitung und Zuckererzeugung in Deutschland			
	2013/14	2014/15	2015/16
Anbaufläche in ha	315 548	339 041	254 483
Anzahl der Rübenanbauer	30 663	30 231	29 508
Durchschnittliche Anbaufläche eines Rübenanbauers in ha	10,3	11,2	8,6
Rübenanlieferung in t	21 274 127	28 901 424	18 220 313
Rübenertrag in t/ha	67,4	85,2	71,6
Zuckergehalt in %	17,7	17,3	18,0
Zuckerertrag in t/ha	10,9	13,3	11,6
Zuckererzeugung in t Ww	3 428 298	4 491 076	2 942 281

Ww = Weißzuckerwert

Der überwiegende Anteil an Zucker wird an die verarbeitende Industrie und das Handwerk sowie an die chemische Industrie bzw. Fermentationsindustrie abgesetzt. Im Wirtschaftsjahr 2014/15 wurden etwa 11 % als Haushaltszucker in Form von Raffinade, Puder-, Würfelzucker, Kandis und anderen Sorten vorwiegend über Discountmärkte und den Lebensmittelhandel verkauft. Laut nationaler Verzehrstudie II (NVS II) des bundeseigenen Max Rubner-Institut (MRI) werden pro Kopf und Jahr insgesamt circa 18 bis 20 Kilogramm Haushaltszucker (Saccharose) konsumiert.

Bezogen auf den Anteil an der Ackerfläche spielt der Zuckerrübenanbau insbesondere in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt mit rund 5% eine wichtige Rolle.

In **Rheinland-Pfalz** werden Zuckerrüben in erster Linie in landwirtschaftlichen Familienbetrieben angebaut. Die Erzeugung erfolgt unter relativ guten Rahmenbedingungen: Der Zuckerrübenanbau ist weitgehend auf die Gunststandorte konzentriert und in der Nähe einer Verarbeitungsstätte (Zuckerfabrik in Offstein). Bei den Ernte- und Transportverfahren wie auch bei den Zuckererträgen wurden in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt. Im Vergleich zu anderen Regionen in der Welt (z.B. Indien und Brasilien) wird Zucker in Rheinland-Pfalz sozial gerechter, wirtschaftlich stark und ökologisch verantwortlich erzeugt. Insgesamt hat sich der Zuckerrübenanbau in Rheinland-Pfalz durch Reduzierung des Stickstoff- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes und die Erkenntnisse aus dem Projekt „Zukunft Zuckerrübe“ nachhaltig entwickelt. In Rheinland-Pfalz konnte zur Ernte 2014 ein Rekordertrag von etwa 87 Tonnen je Hektar erzielt und insgesamt etwa 1,84 Mio. t Zuckerrüben erzeugt werden.

Wegen der starken Überlieferung in 2014 und der niedrigen Preise wurde die Anbaufläche für Zuckerrüben im Jahr 2015 deutlich eingeschränkt und umfasste etwa 17 000 Hektar. Durch die Trockenheit im Sommer 2015 fiel die Ernte unterdurchschnittlich aus und belief sich im Schnitt auf 63 Tonnen je Hektar. Dagegen konnten jedoch weit überdurchschnittliche Zuckergehalte (von etwa 18,7 %) erzielt werden. Auch der Anbau von Nematoden toleranten Sorten hat dazu beigetragen, dass letztendlich die Zuckerrübenkampagne 2015 doch noch mit einem unerwartet guten Durchschnittsergebnis abgeschlossen werden konnte.

Ausblick

Nach dem Ende der Quotenregelung am 30.09.2017 werden sich die marktpolitischen Rahmenbedingungen stark ändern. Mit einer größeren Volatilität der Preise und Mengen ist auch auf dem Binnenmarkt zu rechnen und der Wettbewerb und die Konzentration im Zuckersektor werden stark zunehmen. Ohne die stabilisierende Quotenregelung werden die Zuckererzeugung und der EU-Zuckersektor vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Die Zuckerindustrie wird auf eine effiziente Produktions- und Kostenstruktur achten um bei relativ niedrigen Weltmarktpreisen ihre Exportmöglichkeiten zu nutzen. Der Anbau von Zuckerrüben in der EU und Deutschland wird hauptsächlich von folgenden, schwer vorhersehbaren Faktoren bestimmt sein: dem Weltmarktpreis für Zucker, den Deckungsbeiträgen von

Konkurrenzulturen (z.B. Getreide, Raps und Biogasmis), der Wettbewerbsfähigkeit der Zuckerindustrie. Auch die Entwicklung bei anderen Süßungsmitteln (Isoglucose, Stevia) und deren Konkurrenzkraft wird eine Rolle spielen.

In Rheinland-Pfalz gilt es daher, den Zuckerrübenanbau weiter in seiner Wettbewerbskraft zu stärken und die Umwelt- und Qualitätsausrichtung weiter voranzutreiben.

1.1.5 Milchmarkt

In Folge der hohen Milchmengen im europäischen Umfeld und der anhaltend angespannten Lage am Weltmarkt standen die Preise im Jahr 2015 am deutschen Milchmarkt stark unter Druck. Im Jahresverlauf sind die Auszahlungsleistungen für Milch, abgesehen von einer kurzfristigen Erholung im 1. Quartal, bis in den Herbst hinein weiter gesunken. Zum Jahresende zeigte sich dann erneut eine leichte Befestigung, die sich jedoch nicht als nachhaltig erweisen konnte. Im gesamten Jahresverlauf war eine starke regionale Spreizung der Auszahlungsleistungen zu beobachten. Im Süden wurden deutlich höhere Milchpreise gezahlt als im Rest der Bundesrepublik. Am niedrigsten war das Milchgeld im Norden Deutschlands, allen voran in Schleswig Holstein. Laut amtlicher Statistik wurde für konventionelle Kuhmilch mit 4,0% Fett und 3,4% Eiweiß inklusive Nachzahlungen ein Durchschnittspreis von ca. 29,1 Ct/kg ausgezahlt. Damit liegt das Milchgeld um knapp ein Viertel niedriger als 2013 und 2014.

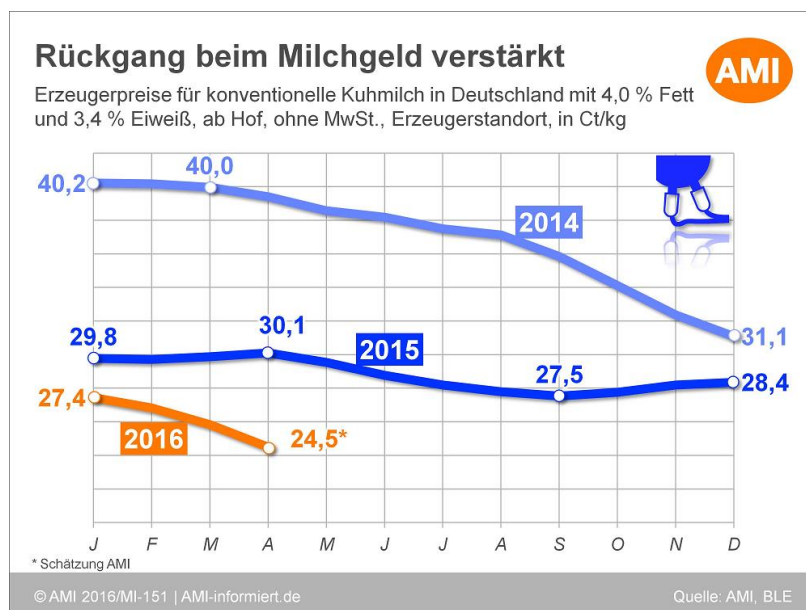


Abbildung 5: Erzeugerpreise Kuhmilch in D

Die Milcherzeugungskosten entwickelten sich in 2015 für die Milcherzeuger negativ.

Es zeigten sich zwar geringere Kosten beim Futter, wobei die deutlichsten Rückgänge die Zukauffuttermittel mit Sojekomponenten aufwiesen. Zudem sind mit dem Auslaufen der Milchquote die Kosten für den Kauf oder die Pacht von Lieferrechten weggefallen.

Aber neben den geringeren Erlösen wirkten sich die letztmals zu leistende Superabgabe sowie die Steuerzahlungen für die Vorjahre deutlich negativ auf die Liquidität in den Betrieben aus. Die Marge aus Erlösen und variablen Kosten war 2015 mit rund 388 Euro/Kuh (Milchleistung von 8.500 kg/Jahr unterstellt) die zweitniedrigste in den vergangenen 9 Jahren. Lediglich 2009 fiel das Ergebnis noch niedriger aus als im vergangenen Jahr. Aus der dargestellten Marge zwischen Erlösen und variablen Kosten hatten die Betriebe noch die Kosten für Arbeitserledigung, die Gebäudekosten sowie die sonstigen festen Kosten zu decken.

Insgesamt dürften aber im vergangenen Jahr die Gesamtkosten in weiten Teilen nicht von den Erlösen gedeckt worden sein. Damit ist die Milcherzeugung zu einem harten Verlustgeschäft geworden mit einzelbetrieblich gravierenden Folgen – bis hin zur Existenzgefährdung bzw. Betriebsaufgabe.

Im Jahr 2015 hat sich der Bestand an Milchkühen in Deutschland mit der zunehmenden Abschwächung der Marktsituation wieder verringert, nachdem die Jahre zuvor im Zuge der hohen Milchpreise eine Aufstockung zu verzeichnen war. Im November 2015 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bundesweit ca. 4,3 Mio. Milchkühe gehalten. Damit ist der Milchkuhbestand im Vergleich zum Vorjahr erstmals seit 2009 wieder gesunken. Der Rückgang betrug im Bundesdurchschnitt ca. 0,3%.

Auch in Rheinland-Pfalz sind die Milchviehbestände von 2014 zu 2015 dem Bundestrend folgend auf 118.100 Milchkühe (2014: 119.900) gesunken. Die Milchleistung je Kuh stieg gegenüber dem Vorjahr in Rheinland-Pfalz jedoch um 1,6 % auf 7.358 kg/Jahr. Die Zahl der Milchviehhalter ist auf 2.100 gesunken, so dass heute etwa 57 Milchkühe je Betrieb gehalten werden.

Die Milchanlieferung hat in Deutschland im vergangenen Jahr, gegen den Trend, der in anderen EU-Staaten nach dem Quotenende zu verzeichnen war, in überschaubarem Umfang zugenommen. Bundesweit wurden 2015 ca. 31,5 Mio. t Rohmilch an die Molkereien geliefert. Mit einem Anstieg von 0,3% gegenüber dem Vorjahr konnte damit erneut ein Anlieferungsrekord verzeichnet werden.

In den ersten 4 Monaten von 2015 war das Milchaufkommen im Zuge der Bremsmanöver wegen der hohen Überlieferung zum Ende des letzten Quotenjahres geringer als im Jahr zuvor. Die Überlieferung im Milchwirtschaftsjahr 2014/2015 summierte sich auf 1,11 Mio. t. Die zu entrichtende Superabgabe belief sich auf 309 Mio. €, was eine Belastung von 21,99 Ct/kg überlieferter Milch bedeutete.

Ab Mai bewegte sich die angelieferte Menge dann leicht über dem Vorjahresniveau, bevor die Zuwachsraten zum Jahresende deutlich zunahmen. Insgesamt gab es in Deutschland nach dem Quotenende somit keine Überraschungen, vielmehr zeigte sich hinsichtlich der Anlieferung in weiten Teilen ein jahreszeitlich normaler Verlauf.

Anders hingegen in der EU. Seit 2013 ist die Milchlieferung, einhergehend mit nahezu flächendeckend aufgestockten Milchkuhbeständen, deutlich gestiegen. Insgesamt wurde in der EU im Jahr 2015 2,2 % mehr Milch an die Molkereien geliefert. Am deutlichsten ist das Milchaufkommen dabei in den Niederlanden, Irland und dem Vereinigten Königreich angestiegen.

Die Entwicklungen des Milcherzeugerpreises machen auch nicht vor den rheinland-pfälzischen Genossenschaften halt: die Erzeugerpreise lagen zwar mit 1 Ct/kg über dem Bundesdurchschnitt und konnten die 30 Ct/kg-Marke knapp behaupten, aber sie mussten einen Rückgang um 8,3 Ct/kg verzeichnen.

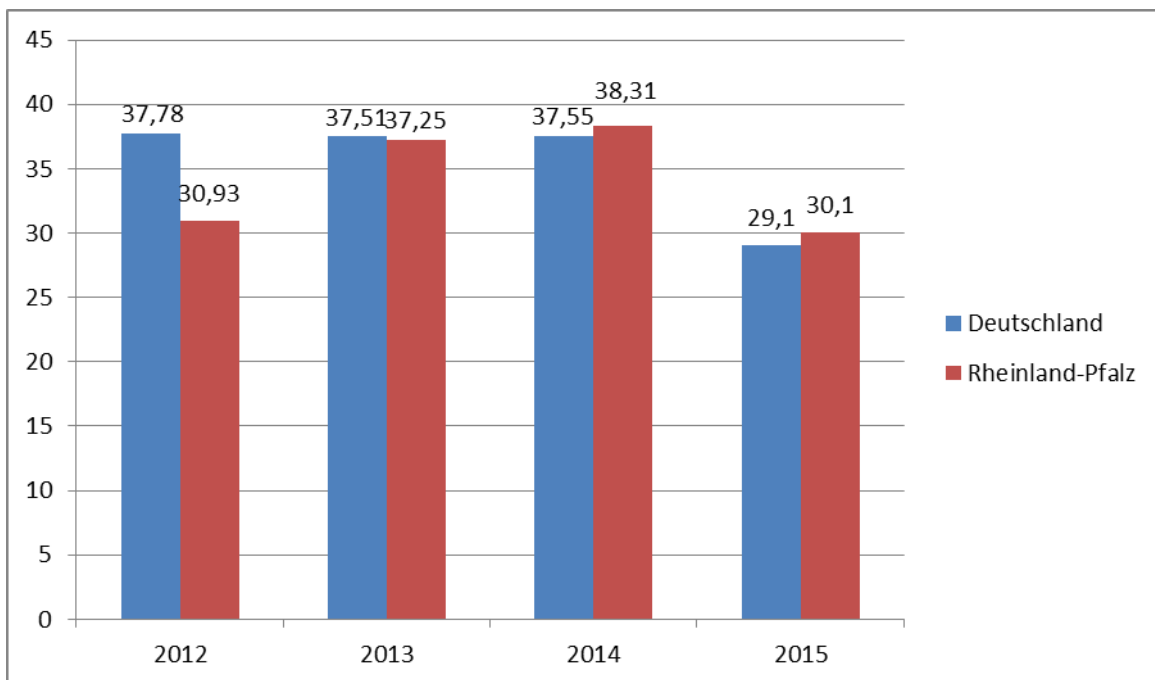


Abbildung 6: Erzeugerpreise für konventionelle Kuhmilch in EUR/100kg bei standardisierten Inhaltsstoffen 2012-2015¹²

Die Ursache für die anhaltend schwierige Lage liegt nach wie vor in dem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Auf der Nachfrageseite sind wichtige Märkte wie China und Russland weggebrochen. Der Importstopp für den russischen Markt wurde jüngst um sechs weitere Monate verlängert. Einher geht in den letzten Monaten ein deutlicher Verfall des Rubels. Der sinkende Ölpreis lässt die Kaufkraft in zahlreichen Ländern zudem sinken.

Ausblick

Nach der leichten Erholung Ende 2015 drehte sich die Preisschraube für Milch und Milchprodukte zu Jahresbeginn auf allen Verarbeitungsstufen weiter nach unten. Der deutsche Milchmarkt ist schwach ins Jahr 2016 gestartet. Einer anhaltend ruhigen Nachfrage steht ein hohes Angebot gegenüber.

¹² Standardisierte Inhaltsstoffe von 4,0 % Fett und 3,4 % Eiweiß, ab Hof, ohne MwSt., einschließlich Nachzahlungen, Durchschnitt aller Güteklassen

Die Aussichten für den weiteren Jahresverlauf 2016 lassen für die Erzeuger erst zum 4. Quartal 2016 spürbare positive Tendenzen erkennen. Der Kieler Rohstoffwert ist nach monatelanger Talfahrt seit Mai 2016 drei Monate in Folge gestiegen und lag Ende Juli 2016 mit 25,1 Ct/kg Rohmilch seit Langem erstmals wieder über der „25-Ct-Marke“. Auf den Spotmärkten sind im 3. Quartal steigende Preise zu erzielen. Fraglich ist, ob sich diese Tendenzen als nachhaltig erweisen.

Trotz des Wegfalls der EU-Milchquotenregelung werden die Milchmengen jedoch nicht unbegrenzt wachsen. Begrenzende Faktoren wie Regelungen zum Viehbesatz, die Düngeverordnung, der Rückgang bei der Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen wie auch die Kostensituationen in den Betrieben werden die Rahmenbedingungen für die Entwicklungsmöglichkeiten vorgeben.

1.1.6 Futterbau

Entwicklung des Rindfleischmarktes

Der deutsche Rindfleischmarkt war im Jahr 2015 relativ ausgeglichen. Nachdem die Rinderbestände in den vergangenen Jahren leicht gestiegen sind, ergab die Viehzählung im November 2015 einen leichten Rückgang. Deutschlandweit wurden noch gut 12,6 Mio. Rinder gehalten. Auch die Zahl der Rinderhalter sank erneut deutlich und ging gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % auf nun 151.200 Betriebe zurück. Die Rindfleischproduktion liegt mit 3,2 Mio. geschlachteten Rindern leicht unter der Vorjahreslinie. Aufgrund des Anstiegs im Schlachtgewicht nahm die produzierte Menge an Rindfleisch aber nur um 0,9 % ab. Der Selbstversorgungsgrad ist leicht gesunken und liegt 2015 bei 107 % (2014: 110%).

Der Rindfleischverzehr je Kopf ist in Deutschland von 2014 auf 2015 erstmals seit 2011 wieder auf 9,2 kg leicht angestiegen. Gründe hierfür sind zum einen der steigende Anteil ausländischer Bürger, die kein Schweinefleisch verzehren und der gestiegene Außer-Haus-Konsum. Die erhöhte inländische Nachfrage mündet trotz einer behaupteten Fleischproduktion und eines spürbar geringeren Exports in einen stabilen Importbedarf.

Der durchschnittliche Erzeugerpreis für die Hauptkategorie Jungbullen der Handelsklasse R3 erreichte 2015 3,79 €/kg Schlachtgewicht (Rheinland-Pfalz: 3,70 €/kg Schlachtgewicht) und lag somit 18 Ct/kg bzw. 5 % höher als der Vergleichswert von 2014.

In Rheinland-Pfalz gibt es wenige Betriebe, die ihren Schwerpunkt auf die Rindfleischerzeugung ausgerichtet haben. Vielmehr ist die heimische Rindfleischproduktion ein Koppelprodukt der Milcherzeugung (Selektionstiere aus der Färsenaufzucht und abgängige Milchkühe). Daher haben die Schlachtkuhpreise für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft eine einkommenswirksamere Bedeutung.

Die Schlachtgewichtspreise der Kühe in der Handelsklasse O3 stiegen in Rheinland-Pfalz von 2014 auf 2015 um 0,13 €/kg auf 2,82 €/kg an. Dahingegen lagen die

bundesdurchschnittlichen Schlachtgewichtspreise der Kühe in der Handelsklasse O3 um 10 Ct/kg Schlachtgewicht höher bei 2,82 €/kg. Dies dürfte in erster Linie auf die ungünstigen Vermarktungsstrukturen in Rheinland-Pfalz zurückzuführen sein, denn die Schlachtierqualitäten sind mit denen auf Bundesebene vergleichbar.

Tabelle 5: Schlachtungen von Rindern in Rheinland-Pfalz (2000-2015)

Kategorie	Jahr	Summe
Rinder insgesamt (ohne Kälber)	2000	116.951
	2001	111.973
	2002	116.318
	2003	109.997
	2004	111.502
	2005	104.102
	2006	105.717
	2007	100.446
	2008	101.826
	2009	97.334
	2010	93.349
	2011	91.163
	2012	80.200
	2013	74.400
	2014	77.400
2015	79.896	

Wie die Tabelle zeigt, hat sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der Rinderschlachtungen in 2015 gegenüber dem Vorjahr auf 79.896 erhöht. Das entsprach einer Schlachtmenge von 24.025 Tonnen. Davon wurden 99,1% Rinder gewerblich geschlachtet. Darunter befanden sich 53.258 Rinder bzw. ca. 67 %, die in den fünf größeren Schlachtbetrieben (mindestens durchschnittlich 75 Rinderschlachtungen/Woche) geschlachtet wurden.

Ausblick

Auch 2016 wird sich der Strukturwandel im Rindviehbereich weiter fortsetzen. Auf der Kostenseite erschweren weiterhin hohe und steigende Pachtpreise die Wirtschaftlichkeit der Rinderhalter. Zugleich steht der Milchmarkt stark unter Druck, sodass viele Halter ihre Bestände abstocken werden.

Im Außenhandel ist eher nicht zu befürchten, dass südamerikanische Importe den Rindfleischmarkt unter Druck setzen. Die Einfuhren werden in etwa auf unverändertem Niveau bleiben. Der sehr niedrige Euro-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar verteuert zudem die Rindfleischimporte. Andererseits ist Rindfleisch im Welthandel rege gefragt, da viele Regionen in Asien einen großen Importbedarf haben. Für exportorientierte Vermarkter wird die mögliche Erschließung neuer Exportmärkte der Wertschöpfung zugutekommen.

1.1.7 Gemischtbetriebe

Die Gemischtbetriebe haben in der derzeitigen Agrarmarktkrise die beste Risikoverteilung aller Betriebsformen in ihrem „Portfolio“. Sie konnten sich aber dennoch angesichts der Bandbreite der Erzeugerpreis-Baisse den eingangs bereits dargelegten Einkommensrückgängen nicht entziehen.

1.1.8 Veredlungssektor

Entwicklung des Schlachtschweinemarktes

Neben der stockenden Fleischnachfrage und den phasenweise schwierigen Exportgeschäften belastet im Jahr 2015 insbesondere auch das umfangreiche Angebot an Schlachtschweinen die deutschen und europäischen Schlachtschweinmärkte. Der leichte Anstieg der Mastschweinebestände einerseits und die stabilen Einfuhren an Lebewieh andererseits, resultierten in einem über weite Strecken recht umfangreichen Angebot. Bis Jahresende lag die Zahl der bundesweiten Schlachtungen mit 59,4 Mio. Stück knapp 1 % über den Werten des Vorjahres. Damit lag die Schweinefleischerzeugung bei rd. 5,6 Mio. t.

In Deutschland ist der Pro-Kopf-Verzehr an Schweinefleisch in 2015 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 1,2 kg auf 37,3 kg gesunken. Gründe hierfür sind zum einen die steigende Zahl der älteren Bevölkerung, Flüchtlinge mit anderen Konsumgewohnheiten und die Tendenz zu anderen Verzehrsgewohnheiten wie vegetarisch und vegan. Die Bruttoinlandserzeugung stieg leicht auf 5,10 Mio. t, wobei auch der Selbstversorgungsgrad auf 120 % stieg. Der Erzeugerpreis je kg Schlachtgewicht erreichte 2015 im Mittel aller Handelsklassen 1,41 €/kg und lag somit um 15 Ct/kg unter dem Niveau von 2014 und sogar um 30 Ct/kg unter dem Niveau von 2013. Damit lagen die Schlachtschweinepreise ganzjährig unter Druck.

Insgesamt verliert die rheinland-pfälzische Schweinehaltung immer mehr an Bedeutung: In 300 Betrieben standen 192.000 Tiere. Die seit 2003 tendenziell steigenden Schweineschlachtungen erreichten 2015 rd. 1,22 Mio. Stück (vgl. Tabelle). Damit ist die Zahl der Schlachtungen in Rheinland-Pfalz um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Nur ca. 0,1% davon sind Hausschlachtungen. Diese sind in den letzten Jahren im Wesentlichen aus Kostengründen weiter rückläufig.

Die Zahl der Schlachtungen in den meldepflichtigen Betrieben in Rheinland-Pfalz (Betriebe mit mehr als durchschnittlich 200 Schweineschlachtungen/Woche) ist auf etwa 1.218.000 Stück gestiegen. Ihr Anteil steigt kontinuierlich und macht rund 99% der Schweineschlachtungen aus. Diese Unternehmen haben das stark rückläufige heimische Schlachtschweineangebot durch überregionale Zufuhren überkompensiert, um ihre im Durchschnitt unzureichend genutzten Schlachtkapazitäten besser auszulasten. Diese Ferntransporte sind unter Tierschutzgesichtspunkten nicht unproblematisch.

Die Bruttomarge (Erlös minus Aufwand (Futter und Ferkel), die sich in den vergangenen drei Jahren bei 0,14 €/kg Schlachtgewicht konstant gehalten hatte, ist auf 0,11 €/kg

Schlachtgewicht gesunken. Das macht die wirtschaftlich angespannte Lage der Schweinehalter deutlich. Auch die Ferkelerzeugung ist 2015 aufgrund der anhaltenden Probleme am Schlachtschweinemarkt nicht kostendeckend.

Die Schlachthofkonzentration auf dem Schweinesektor steigt weiter an. So haben die TOP 3 der Branche über die Hälfte der Schweine geschlachtet. Unangetasteter Marktführer mit einem Anteil von 26,5% ist die Tönnies Gruppe.

Tabelle 6: Schweineschlachtungen in Rheinland-Pfalz (2000-2015)

Kategorie	Jahr	Summe
Schweine insgesamt	2000	1.164.873
	2001	1.080.393
	2002	995.822
	2003	1.005.408
	2004	1.048.484
	2005	1.035.223
	2006	1.060.694
	2007	1.081.575
	2008	1.070.652
	2009	1.052.315
	2010	1.065.372
	2011	1.129.366
	2012	1.166.414
	2013	1.144.414
	2014	1.187.330
	2015	1.219.255

Ausblick

Nahmen die Schlachtungen 2015 deutlich zu, dürften die leicht rückläufigen Sauenbestände für das Jahr 2016 auf eine kleine Trendwende in Deutschland hinweisen. So lagen die Schlachtungen im 1. Quartal 2016 fast durchweg unter dem Vorjahresniveau.

Der Außenhandel könnte nach wie vor schwierig verlaufen. Der Absatzmarkt Russland ist nach einer weiteren Verlängerung des Importstopps um 6 Monate weggebrochen. In China muss die nach der seuchenbedingt rückläufigen Eigenproduktion die Entwicklung abgewartet werden.

Die Inlandsnachfrage steht zunehmend unter Druck und von einer Belebung ist nicht auszugehen. In der Summe ist daher auch für 2016 kaum mit einer Entlastung der Schweinemäste und Sauenhalter zu rechnen. Die rückläufigen Stückzahlen dürften zwar einen Preis leicht über dem Niveau von 2015 ermöglichen, aber einen Anstieg um mehr als ein paar Cent erscheint unwahrscheinlich.

1.1. 9 Gartenbaubetriebe

Im Produktionsgartenbau (Gemüseanbau, Obstbau, Zierpflanzen und Baumschulen) hat sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2014/15 die Ertragslage nicht gravierend verändert. Im Durchschnitt aller Betriebe der gesamten Sparte ging zwar der Gewinn je Unternehmen um 3,8 % auf 50.660 € zurück, das Einkommen je AK stieg jedoch um etwa 3 %. In den

jeweiligen Sparten verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Ertragslage der Betriebe mit überwiegend Gemüsebau hat sich tendenziell etwas verschlechtert.

Im Durchschnitt der Zierpflanzenbetriebe sind die Gewinne je Unternehmen leicht gestiegen. Auch die im Rahmen der Testbetriebsbuchführung ausgewerteten Baumschulbetriebe konnten ihre Ertragslage verbessern.

1.1.10 Ökologischer Wein- und Landbau

Entwicklung des Öko-Weinbaus

Rheinland-Pfalz bleibt das „Bio-Weinland-Nummer 1“ in Deutschland.

Die ökologisch bewirtschaftete Rebfläche hat sich in den letzten 5 Jahren weltweit nahezu verdreifacht. Im Jahr 2014 wurden auf rund 320.000 Hektar Rebfläche (Weinreben, Tafeltrauben und Rosinen) mit weiterhin steigender Tendenz nach ökologischen Grundsätzen bewirtschaftet. Dies entspricht ca. 4,6% der weltweiten Traubenanbaufläche. Gerade der Anbau von Tafeltrauben und Rosinen spielt in vielen Ländern eine wichtigere Rolle als Weintraubenanbau z.B. Türkei, Iran und Afghanistan. Von den 320.000 ha Öko-Rebfläche im Jahr 2014 weltweit werden allein 266.000 ha in Europa bewirtschaftet. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 6,8% an der europäischen Rebfläche.

Im Jahr 2015 bewirtschafteten in Rheinland-Pfalz 418 Betriebe eine Rebfläche von 5.410 ha nach ökologischen Grundsätzen, das entspricht über 65% der deutschen Öko-Rebfläche und unterstreicht die Bedeutung des Landes im Ökoweinbau. Die jährliche Zuwachsrate an ökologisch bewirtschafteter Rebfläche seit 2011 beträgt durchschnittlich 8% bei einer Flächenzunahme zwischen 200 und 350 ha.

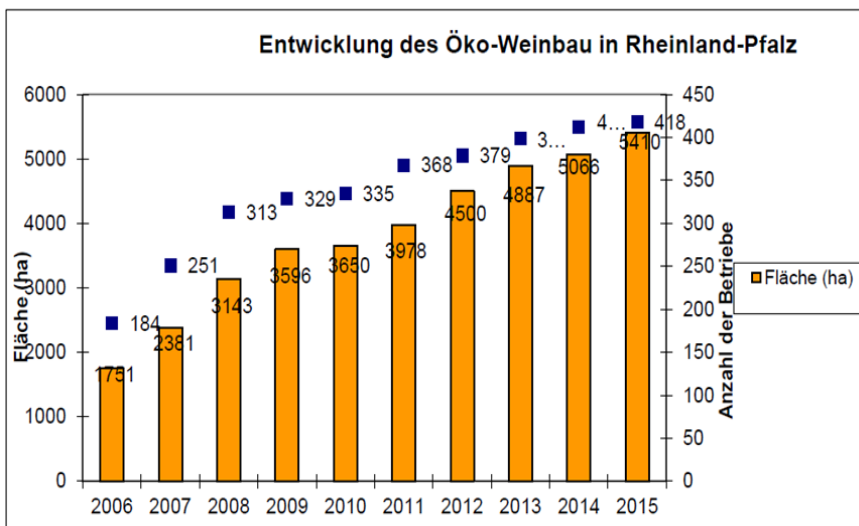


Abbildung 7: Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Rebfläche und Betriebe in RLP

Wie im Ackerbau- und Grünlandbereich, liegt die durchschnittliche Rebfläche der ökologisch wirtschaftenden Betriebe mit 10,6 ha deutlich über der der konventionellen Weinbaubetriebe (6,4 ha). Wie im konventionellen Weinbau gibt es jedoch regionale Unterschiede.

So sind in Rheinhessen und der Pfalz die Betriebseinheiten in der Regel größer als in den nördlichen Regionen des Landes, wo der Weinbau auch in Steillagen angesiedelt ist. Hinsichtlich der Flächenausstattung kann daher bei ökologisch wirtschaftenden Weinbaubetrieben von einer mindestens vergleichbaren Wettbewerbsfähigkeit und einer guten Basis zur Einkommenserzielung ausgegangen werden.

Verteilung der Ökoweinbaubaufläche in Rheinland-Pfalz 2015

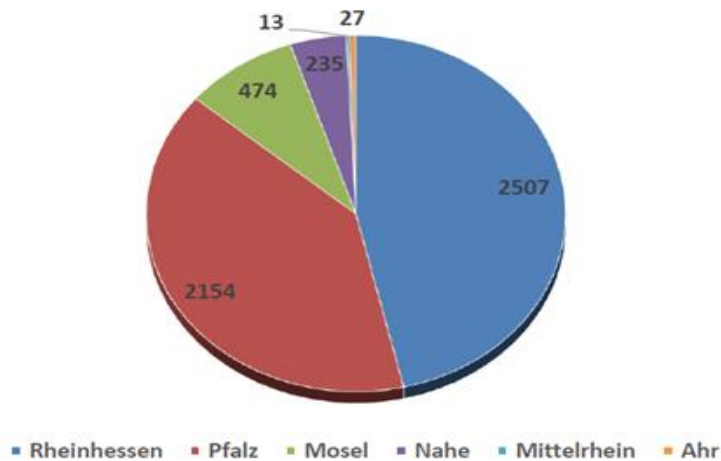


Abbildung 8: Ökologisch bewirtschaftete Rebfläche in RLP nach Anbaugesamten

Tabelle 7: Anzahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und Flächen getrennt nach Anbaugesamt

Betriebe					
Rheinhessen	Pfalz	Mosel	Nahe	Mittelrhein	Ahr
166	148	76	15	7	6
Hektar					
Rheinhessen	Pfalz	Mosel	Nahe	Mittelrhein	Ahr
2.507	2.154	474	235	13	27

Mit 48% findet etwa die Hälfte der ökologischen Traubenerzeugung im Anbaugesamt Rheinhessen statt, gefolgt von der Pfalz mit 38%. Dies kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass es den Betrieben unter Direktzugbedingungen eher gelingt, dem Kosten- und Wettbewerbsdruck im Weinmarkt zu begegnen. Die deutlichen Zuwachsraten der ökologischen Rebflächen in Rheinland-Pfalz finden in diesen beiden Anbaugesamten statt.

In Rheinhessen werden auf 2.507 ha (entspricht 11% der Gesamtrebfläche) ökologischer Weinbau betrieben, gefolgt von der Pfalz mit 2154 ha, der Mosel mit 474 ha, der Nahe mit 235 ha sowie Mittelrhein mit 13 und der Ahr mit 27 ha. Wie schon bei den Flächenanteilen haben die meisten ökologisch wirtschaftenden Betriebe ihren Sitz in Rheinhessen und der Pfalz. Mit lediglich 10% der landesweiten Ökoflächen sind an der Mosel jedoch 20% der rheinland-pfälzischen Öko-Betriebe angesiedelt, in der Regel mit vergleichsweise deutlich kleineren Betriebsflächen. In diesem Punkt unterscheidet sich die Struktur der ökologischen

Produktion an der Mosel im Vergleich zu anderen Anbaugebieten nur unwesentlich von der konventionellen Traubenerzeugung.

Sämtliche Betriebe wirtschaften nach den Vorschriften der EU-Öko-Verordnungen. Über die Hälfte der Betriebe sind den nachfolgenden Öko-Verbänden angeschlossen, deren Produktionsauflagen und Zertifizierungsrichtlinien zum Teil deutlich strenger als die EU-Vorgaben sind. Dies betrifft vor allem die Gesamtbetriebsumstellung sowie die Verwendung von zugelassenen Pflanzenschutz- und Düngemitteln.

Wie im konventionellen Bereich schwanken auch die Fassweinpreise im ökologischen Weinbau. Die hohen Fassweinpreise 2013 und 2014 von teilweise über 1,50 € je Liter⁷ für Öko-Weine haben die Umstellungsentwicklung beflügelt, wobei die in den Jahren 2007/2008 erzielten Fassweinpreise von bis zu 2,00 €/l nicht mehr erreicht werden. Im Jahr 2015 konnten die Fassweinpreise auf dem Niveau von 2014 mit 1,30 – 1,50 € / l weitgehend gehalten werden. In der Direktvermarktung können durch teilweise höhere Preise die Erzeugungsnachteile, insbesondere der geringere Ertrag besser kompensiert werden und die Verbraucher gleichzeitig ihrem Wunsch nach Regionalität nachkommen und direkt beim Winzer einkaufen. Darüber hinaus kann dem Kunden bei der Direktvermarktung leichter der Zusatzwert der ökologischen Produkte vermittelt werden.

Durch die Ausweitung der Anbaufläche für die ökologische Weinerzeugung, ist die ökologische Produktionsbasis gegenwärtig so angewachsen, dass der Lebensmittelhandel kontinuierlich mit unterschiedlichen Rebsorten und Weinarten aus regionaler Herkunft bedient werden kann. Aus diesem Grunde haben sich in den letzten Jahren verstärkt Kellereien und Genossenschaften auf dem Markt für ökologischen Wein etabliert und bieten entsprechende Mengen für den Lebensmitteleinzelhandel an. Hinzu kommt, wie auch im konventionellen Bereich, das große internationale Angebot vor allem aus Italien, Frankreich und Spanien und damit eine Zunahme des Wettbewerbs im deutschen Weinmarkt.

Entwicklung des Öko-Landbaus

EU

Die Öko-Fläche innerhalb der EU betrug in 2013 rd. 10,2 Mio. Hektar. Dies entspricht einem Anteil von 5,9% an der gesamten LF in Europa. Der Umsatz belief sich auf ca. 23,5 Mrd. €; die Zahl der Öko-Landwirte betrug ca. 190.000.

Deutschland

2015 wurden rd. 1,089 Mio. Hektar LF von insgesamt 24.343 landwirtschaftlichen Betrieben ökologisch bewirtschaftet. Dies entspricht einem Anteil von 6,51 % an der gesamten LF in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Fläche damit um 3,9 % ausgedehnt; die Anzahl der Betriebe nahm um 5,7% zu. In der Relation zu allen landwirtschaftlichen Betrieben haben die ökologisch arbeitenden landwirtschaftlichen Unternehmen einen Anteil von 8,7 % erreicht.

Der Umsatz mit Ökolebensmitteln und Getränken ist im Jahr 2015 in Deutschland um 11% auf 8,62 Mrd. EUR gestiegen. Die Umsatzsteigerung wurde in erster Linie durch größere Verkaufsmengen erzielt. Einzig bei Kartoffeln und teilweise bei Gemüse kann das Umsatzwachstum vorrangig auf Preiserhöhungen zurückgeführt werden.

Rheinland-Pfalz

Die ökologisch bewirtschafteten Flächen wurden in Rheinland-Pfalz von 37.733 ha im Jahr 2010 auf 56.767 ha im Jahr 2015 ausgedehnt. Dies entsprach einer Flächenzunahme von 47,6% in diesem 5-Jahreszeitraum. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2015 rd. 8%. Im Jahr 2015 wirtschafteten etwa 1.312 landwirtschaftliche Betriebe nach den Kriterien des ökologischen Landbaus. Dies entsprach ca. 7,2% der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz.

Der Flächenzuwachs in 2015 ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass extensive Rinderhalter sich für die Umstellung auf ökologischen Landbau entschieden haben. Die Prämienhöhe spielt zwar eine Rolle, jedoch setzten einige Betriebe auch aufgrund ihrer Qualitäts- und Marketingstrategie auf die ökologische Wirtschaftsweise, z.B. verschiedene renommierte Weingüter.

Ausblick

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die EU Förderperiode 2014 bis 2020 erfährt der ökologische Landbau eine weitere Aufwertung in Anerkennung seiner gesellschaftlichen Umweltleistungen. Danach sind alle Landwirte die den ökologischen Anbau praktizieren, „green by definition“, d.h. sie erfüllen per se die Voraussetzungen, um den 30-prozentigen Anteil der Direktzahlungen zu erhalten, der auf die Ökologisierungskomponente dieser Zahlungen aus der 1. Säule entfällt (Artikel 43 Ziffer 11 der Direktzahlungsverordnung VO (EU) Nr. 1307/2013 vom 17. Dezember 2013).

Politisch setzt sich die Landesregierung unter anderem für einen verlässlichen Rechtsrahmen ein. Die Europäische Kommission hat am 24. März 2014 einen Vorschlag für eine neue EU-Ökoverordnung vorgelegt, der allerdings bis Mitte des Jahres 2016 – und entgegen den Zielen der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2016 – noch nicht verabschiedet werden konnte.

Die Landesregierung hält eine Totalrevision der EU-Ökoverordnung nicht für zielführend und in der vorliegenden Form hinsichtlich der gewünschten Weiterentwicklung des Ökolandbaus für bedenklich. Insbesondere die vorgesehene Einführung gesonderter Schwellenwerte für Rückstände, die undifferenzierte Abschaffung fast aller Ausnahmeregelungen, die vollständige Ausgliederung der Bio-Kontrollregelungen aus den Bio-Fachrecht, die geplante Vielzahl delegierter Rechtsakte sowie zahlreiche inhaltliche Mängel lassen befürchten, dass vor allem kleine und mittlere Betriebe aus dem Ökolandbau aussteigen müssten, weil sie die überzogenen Anforderungen der Verordnung nicht mehr erfüllen könnten. Dies wäre auch

nicht im Sinne von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die regional erzeugte Biolebensmittel bevorzugen.

2. Agrarmarktkrise

2.1. Agrarmarktkrise seit 2014

Die Landwirtschaft in Deutschland und in Europa steht derzeit vor einer Fülle an agrarpolitischen, gesellschaftlichen und unternehmerischen Herausforderungen.

Zu diesen Herausforderungen gehören:

- die Bewältigung zunehmend volatiler Agrarmärkte,
- der Beitrag zum Erhalt von Zukunftsperspektiven für die ländlichen Räume durch zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und den ihr vor- und nachgelagerten Sektoren,
- Verbesserung der Akzeptanz der Landwirtschaft in Teilen der Gesellschaft im Hinblick u. a. auf Fragen des Tierwohls oder moderner Technologien,
- Umwelt- und Naturschutz in den Agrarlandschaften, insbesondere Biodiversität, Wasser- und Bodenschutz,
- Anpassung an den Klimawandel und Minderung von Treibhausgasemissionen als Beitrag zur Umsetzung des Klimaabkommens von Paris (COP 21),
- Beitrag zur Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrung, erneuerbarer Energie und Rohstoffen.

Gleichzeitig ist die Landwirtschaft seit dem Spätherbst 2014 mit einer einschneidenden und unerwartet langanhaltenden Agrarmarktkrise konfrontiert, deren Ursachen stichwortartig wie folgt zusammengefasst werden können: Lebensmittelimportembargo Russlands vom 6. August 2014 - inzwischen verlängert bis 31.12.2017; Importrückgang Chinas sowie des Nahen und Mittleren Ostens; Ölpreisbaisse; zunehmender Abbau der Agrarmarktregulierung, z. B. Wegfall der Milchquotenregelung zum 1. April 2015; Produktionssteigerung in Mitteleuropa infolge guter Ernte 2014; Dürre und Trockenheit 2015 mit besonderer Betroffenheit der tierhaltenden Betriebe.

Für die Krise auf nahezu allen wichtigen Agrarmärkten tragen die Bäuerinnen und Bauern keineswegs die Hauptverantwortung, allerdings bekommen sie die Folgen am meisten – ja fast ausschließlich – zu spüren. Viele Betriebe sind in existenzielle Bedrängnis geraten.

Der Strukturwandel hat sich mit rd. 5 v. H. jährlichen Betriebsaufgaben auf ein Besorgnis erregendes Maß beschleunigt. Besonders betroffen sind vor allem die Tierhalter, die im vergangenen Jahr zusätzlich eine extreme Hitze und Dürre mit zusätzlichen Futterkosten verkraften mussten. Die Wertschöpfungsverluste des Sektors, die der Deutsche Bauernverband auf bisher rund sechs Milliarden Euro veranschlagt, sind verheerend.

Zur Lage der Landwirtschaft

Zur Mitte des Jahres 2016 hat sich die Situation auf dem Schweinefleischmarkt deutlich entspannt. Die Erzeugerpreise haben sich in diesem Sektor deutlich erholt und die Grenze von 1,60 €/kg Schlachtgewicht in Deutschland überschritten, in Spanien gar 1,70 €/kg SG.

Nach wie vor ernst große Sorgenbereitet aber der Milchmarkt. Die Produktionsmenge ist nach dem Ende der Milchquote zum 1.4.2015 im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 % angestiegen. Entsprechend hoch bleibt daher der Druck auf die Auszahlungspreise (Mitte 2016 unter 25 Ct/kg; „Kieler Rohstoffwert“ Ende Juli 2016 bei 25,1 Ct/kg Rohmilch). Kostendeckend wären mind. 40 Ct/kg.

Der Übergang von der staatlichen Mengenregulierung zu einem durch die Marktteilnehmer verantwortungsbewusst gestalteten freien Marktmechanismus im Milchsektor verläuft schwieriger als erwartet.¹³ Die Rahmenbedingungen der Kapitalmärkte sowie die hohen Preise unter dem Schutz der Mengenregulierung in den Jahren 2013 und 2014 verleiteten bei Annahme der Fortschreibung des Preisniveaus zu Investitionen, die bei anhaltend niedrigen Erzeugerpreisen viele Betriebe in wirtschaftliche Schieflage bringen. Dies wiederum führt tendenziell zur Ausweitung der Milchproduktion, um zu versuchen, über einen erhöhten Umsatz einzelbetriebliche Liquidität zu sichern und die gefallenen Preise zu kompensieren;¹⁴ damit verschärfte sich der Angebotsüberhang. Zunehmend verharret der Milchmarkt in der Situation eines „Angebotsmarktes“: Die zurückhaltende Nachfrage des Weltmarkts, z. B. in China und auf anderen asiatischen Märkten, und Handelsbeschränkungen, wie etwa das russische Einfuhrverbot für viele europäische Lebensmittel, sind weitere verschärfende Faktoren der Marktlage. Diese Rahmenbedingungen gelten auch für andere Produktbereiche, z. B. Schweinefleisch: Dieser Sektor ist zwar an derartige Marktvolatilitäten besser angepasst, erfuhr aber bis Mitte 2016 ebenfalls eine schon lang anhaltende Niedrigpreisphase.

Bei einem Anhalten derart schwieriger Marktsituationen entsteht dahingehend Handlungsbedarf, die Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern und die Auswirkungen über ein Sicherheitsnetz zu mildern. Die Direktzahlungen sind ein wesentliches Element dieses Sicherheitsnetzes. Insbesondere die Basisprämie im Direktzahlungssystem dient der Risikoabsicherung und Einkommensstabilisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Flankierende Maßnahmen enthält darüber hinaus auch die 2. Säule der GAP.

Eine multifunktionale Landwirtschaft mit vielfältiger Struktur braucht gerade in schwieriger Zeit einen stabilen und verlässlichen agrarpolitischen Rahmen auf EU-Ebene. Der

¹³ Vgl. hierzu und den nachfolgenden Ausführungen Council of the European Union, Note from the German Delegation, Subject: Market Situation, Brussels, 4 March 2016 (OR. en, de) 6484/16 ADD 25 AGRI 93, AGRIFIN 17, AGRIORG 12.

¹⁴ Inverses Produktionsverhalten.

Mehrfährige Finanzrahmen muss diese Stabilität weiterhin gewährleisten, um die Zukunftsfähigkeit ländlicher Regionen für die junge Generation zu erhalten.

Stärkung der Liquidität von landwirtschaftlichen Betrieben - Hilfspakete auf EU-Ebene

Die Liquiditätssituation ist in vielen Betrieben – größeren, aber vor allem kleineren und mittleren – so schwierig, dass Strukturveränderungen, die eine flächendeckende Landbewirtschaftung in Frage stellen, nicht auszuschließen sind. Deswegen wurden im Laufe der Jahre 2015 und 2016 Liquiditätshilfen und einkommensverbessernde Maßnahmen erforderlich in Gestalt der EU-Pakete vom 14. September 2015, 14. März 2016 sowie 18. Juli 2016. Die Mittel sollen die bäuerlichen Betriebe dabei unterstützen, ihre aktuellen Liquiditätsprobleme infolge der starken Preisrückgänge zu lösen.

Die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen sollte aus Umschichtungen im Agrarhaushalt erfolgen, da eine Kürzung der Direktzahlungen angesichts der anhaltend schwierigen Einkommenslage der europäischen Landwirtschaft nicht vertretbar ist.

Bei der Umsetzung ist auf unbürokratische Regelungen zu achten, die den Mitgliedstaaten eine zügige Umsetzung von gezielten Maßnahmen ermöglicht.

Funktionierende Märkte – Verantwortung aller Marktteilnehmer

Der Weg zur Marktorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss mit flankierenden Maßnahmen begleitet werden. Nachdem unter den Bedingungen globalisierter Märkte und internationaler Verflechtungen eine Rückkehr zu einer schwerfälligen und unflexiblen staatlichen Mengenregulierung in der EU nicht umsetzbar und faktisch nicht preiswirksam wäre, ist marktkonformes, verantwortungsvolles Handeln aller Marktteilnehmer das Mittel der Wahl. Der Markt muss für alle Beteiligten eine wirtschaftlich auskömmliche Teilnahme ermöglichen.

Dies heißt, dass marktwirksame und marktverantwortliche Entscheidungen zur Mengensteuerung und zur Preisfindung von allen Beteiligten mit Blick auf die Wirkung für alle Glieder der Wertschöpfungskette getroffen werden müssen. Das Marktrisiko muss in diesem Sinne durch geeignete Maßnahmen von allen Wirtschaftsbeteiligten gleichermaßen getragen und darf nicht allein auf die Landwirtschaft abgewälzt werden.

Im Hochrangigen Forum zur Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette müssen dazu nachhaltig wirksame Maßnahmen zur Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeuger in der Kette erarbeitet werden. Die von Kommissar Hogan eingerichtete Task Force muss weitergehende Maßnahmenvorschläge machen, die zur Verbesserung der Wertschöpfung in der gesamten Lebensmittelkette beitragen und der Landwirtschaft einen angemessenen Anteil daran mit den Erzeugerpreisen sichern.

Die Überlegungen der Kommission zum vorgezogenen Bericht über das Milchpaket müssen unter Berücksichtigung der kartellrechtlichen Aspekte in die Beratungen einfließen. Agrarpolitisch muss dabei die „Augenhöhe“ der Erzeuger der Maßstab sein. Es müssen Szenarien erarbeitet werden, die Rahmenbedingungen skizzieren, damit Erzeugerorganisationen und Branchenverbände die Marktstellung von Land- und Ernährungswirtschaft verbessern und sie so die Märkte im Sinne der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe besser beeinflussen können. Die verarbeitenden Unternehmen haben daher mit dem Handel eine Schlüsselstellung, um Angebot und Nachfrage in ein ausgewogenes Gleichgewicht zu bringen.

Sicherheitsnetz – schlagkräftigere und wirksamere Maßnahmen

Intervention und private Lagerhaltung sind als Sicherheitsnetz gegen außergewöhnliche und schwerwiegende Marktstörungen unverzichtbar. Ihre nahtlose Fortführung für den Milchsektor bis März 2017 bestätigt dies. Eine Anhebung von Interventionspreisen würde dagegen am Markt die falschen Preissignale setzen: auf der Erzeugerseite das Signal, die Produktion weiter zu steigern; auf der Abnehmerseite das Signal, die Preise auf dem niedrigen Niveau der Intervention festzuschreiben. Die Perspektive auf bessere Marktpreise würde damit untergraben.

Damit das Sicherheitsnetz seine Rolle bei der Stabilisierung der Märkte schlagkräftiger und durchsetzungsfähiger erfüllen kann, muss die Kommission Vorschläge für eine effektivere Anwendung und Ausgestaltung der Krisenmaßnahmen vorlegen. Dazu müssen sowohl die bestehenden Beschränkungen auf den Prüfstand gestellt als auch der vorhandene rechtliche Spielraum genutzt werden. Hierbei könnten in einer besonders schwierigen Marktsituation auch Möglichkeiten kurzfristiger, unangekündigter EU-weiter oder regionaler Maßnahmen geprüft werden.

Weitere Maßnahmen der Eingrenzung von Preisschwankungen als mögliche Instrumente der Marktpolitik müssen intensiv diskutiert werden. So müsste beispielsweise die rechtliche Ausgestaltung von Warentermingeschäften, Absicherungsfonds etc. geprüft werden, auch wenn solche Maßnahmen kurzfristig keine Wirkung entfalten können.

Zusätzliche Belastungen der Wirtschaft müssen unbedingt vermieden werden. So sind Marktstörungen bei der Auslagerung von Waren aus der Intervention oder der privaten Lagerhaltung, Störungen des freien Warenverkehrs im Binnenmarkt und Beeinträchtigungen des Wettbewerbs zu vermeiden.

Weitere Maßnahmen auf EU-Ebene

Die Absatzförderung sollte weiterentwickelt, stärker auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet und insbesondere in der administrativen Umsetzung vereinfacht werden. Im Bereich der nationalen Beihilfen sollte die De-minimis-Schwelle für die Primärerzeugung

landwirtschaftlicher Erzeugnisse angehoben werden, um Spielräume nutzen zu können (von derzeit 15.000 Euro in einem Zeitraum von drei Steuerjahren auf 30.000 Euro). Die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen der Ernährungswirtschaft sowie der Landwirtschaft müssen durch Investitionsanreize gestärkt werden. Die Europäische Investitionsbank soll hierzu praktikable Vorschläge vorlegen, und diese sollten dann im Agrarrat diskutiert werden. Auch hierfür ist eine Anhebung der De-minimis-Schwellen hilfreich, um einzelstaatliche Unterstützungsmaßnahmen gezielt durchführen zu können.

Die Abschaffung nicht-tarifärer Marktzugangshemmnisse ist ein zentrales Element, um in der akuten Krise des Milch- und Schweinefleischsektors zu helfen. Die Kommission sollte in einem intensiven Dialog mit Russland auf die Aufhebung der veterinär- und pflanzenschutzrechtlichen Einfuhrbeschränkungen hinwirken. Gleichzeitig ist es notwendig, neue Absatzmärkte zu erschließen, um die Abhängigkeit von einzelnen Exportmärkten zu verringern. Auch hier ist die Abschaffung nicht-tarifärer Marktzugangshemmnisse ein zentrales Element. Bei allen Maßnahmen sollte der Fokus auf der Erschließung von hochpreisigen Absatzmärkten für europäische Qualitätsprodukte mit hoher Wertschöpfung liegen. Dabei müssen negative Auswirkungen auf den Märkten von Entwicklungsländern vermieden werden.

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Land- und Ernährungswirtschaft ist ein dynamischer und offener Binnenmarkt unverzichtbar. Direkte und indirekte Behinderungen des gegenseitigen Marktzugangs und Marktfragmentierung sind mit den Zielen des Binnenmarktes nicht vereinbar und verhindern die Entwicklung wettbewerbsfähiger Strukturen.

Weitere von der Krise erfasste Märkte

Bei Wein machen die um 50 % gesunkenen Fassweinpreise und bei Obst und Gemüse insbesondere der sehr geringe Preis bei Äpfeln Sorgen.

Seit Herbst 2015 sind die Fassweinpreise in Deutschland deutlich gefallen und unterschreiten seither im Regelfall die Erzeugungskosten von ca. 90 Euro/hl in der Flachlage. Derzeit werden für Riesling Qualitätsweine rund 80 Euro/hl gezahlt. Für Silvaner und Müller-Thurgau liegen die Preise nur bei rund 40 Euro/hl. Für Moselriesling wird ca. 90 bis 100 Euro/hl gezahlt, wobei die Produktionskosten in der Steillage deutlich über diesen Preisen liegen. Da das Angebot über der Nachfrage liegt, besteht weiter Preisdruck. Ursachen für die schlechten Preise sind Exportschwäche (rund -10%) und die Verdrängung von Deutschwein durch Importweine im deutschen Lebensmitteleinzelhandel (rund -5%). Die aktuelle Situation am Fassweinmarkt wird von allen Teilnehmern als sehr unbefriedigend beurteilt. Die Unsicherheit der Marktteilnehmer ist groß. Kellereien kaufen nur sehr zurückhaltend ein und Winzer befürchten bis zum Herbst nicht ausreichend Lagerkapazität im Keller frei zu bekommen. In der Folge ist der Druck auf die Fassweinpreise gestiegen. Ein

großes Problem am Markt ist, dass sich die Kellereien nur wenigen Einkäufern des Lebensmittelhandels gegenüber sehen, die Liefermengen und –preise diktieren. Mit der Übernahme von Tengemann durch EDEKA steht eine weitere Konzentration an. Die klassischen "Ventilprodukte" für Fassweine (wie z.B. Liebfrauenmilch) und Exportmärkte (wie Russland) verlieren an Bedeutung. Alternative neue Markenprodukte stehen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. So wächst der Druck auf den Fassweinpreis. Die Qualitätswein-Anstellungsmengen - vor allem der Kellereien – sinken seit Jahren. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen.

Fassweinmarkt

Die Situation am Fassweinmarkt hat sich aus Sicht der Erzeugerbetriebe gegenüber den Vorjahren deutlich verschlechtert. Trotz einer qualitativ guten und mengenmäßig unterdurchschnittlichen Weinernte im Jahr 2015 ist die Nachfrage nach Fassweinen durch die Handelskellereien bis zum jetzigen Zeitpunkt sehr zurückhaltend, was sich unter anderem auf die Preisbildung negativ auswirkt.

Der Deutsche Weinbauverband hat die Erntemenge 2015 für die rheinland-pfälzischen Anbaugebiete auf 5.9 Mio. hl beziffert. Gegenüber dem langjährigen Mittelwert wären das knapp 3 % weniger. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Abnahme ebenfalls knapp 3 %.

Fassweinpreise

Zwar liegen optimistische Ertragsdaten vor, am Fassweinmarkt zeichnet sich jedoch ein eher düsteres Bild ab. Die Preise für Fassweine bzw. Moste sind bereits vor und im Verlauf des Herbstes zum Teil deutlich gesunken und verharren seitdem auf einem niedrigen Niveau. An der Mosel wird derzeit (Berichterstattung vom Mai 2016) kaum Fasswein nachgefragt, die Preise für Riesling-Qualitätswein liegen mit 90-100 Euro/Hektoliter auf nicht kostendeckendem Niveau. Ähnlich ist die Situation an der Nahe. Hier ist ebenfalls keine Nachfrage zu verzeichnen. Der Preis für Riesling-Qualitätswein liegt bei 80 Euro/hl. In Rheinhessen nimmt der Handel mit Fassweinen etwas an Fahrt auf doch das Angebot ist größer als die Nachfrage. Die Preise für Riesling- und Dornfelder-Qualitätswein in Rheinhessen liegen bei 80 Euro/hl auf ebenfalls niedrigem Niveau. Standardsorten wie Müller-Thurgau und Silvaner werden zu 40 €/hl nachgefragt. In der Pfalz ist ein vergleichbares Marktgeschehen zu beobachten.

Ein stabilisierender Faktor sind Flaschenwein vermarktende Weingüter, was die Zahlen der Qualitätsweinprüfung belegen. Hier haben sich in den letzten Jahren auch neue Geschäftsmodelle (z.B. Zukauf von Trauben, Most oder Wein) entwickelt, die sich jedoch in der Statistik der Landwirtschaftskammer nicht ohne weiteres ablesen lassen.

Der Wein- und Sektmarkt in Deutschland sowie der Export deutscher Weine waren im letzten Jahr weiter rückläufig. Der Handel klagte bereits 2014 über ein schlechtes

Weihnachtsgeschäft sowie über den Ausfall des Liebfrauenmilchgeschäfts in Osteuropa, vor allem Russland.

2.2. Maßnahmen zur Krisenbewältigung

Die Landwirtschaft ist der am weitesten gehende „vergemeinschaftete“ und somit durch EU-Recht geregelte Wirtschaftssektor. Mit rd. 38 v. H. des Gemeinschaftshaushaltes bzw. rd. 58 Mrd. € jährlich resp. rd. 420 Mrd. € des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020 entfällt neben den Kohäsionsfonds der größte Teil des EU-Budgets auf diesen Sektor. Die Agrarmärkte sind mit der „Einheitlichen Gemeinsamen Marktorganisation“ (EGMO) nach der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 vom 17.12.2013 durch eine einheitliche europäische Rechtsgrundlage geregelt. Maßnahmen der Krisenbewältigung müssen daher prioritär auf EU-Ebene ansetzen. (Bezug zum jeweiligen EU-Fonds; EU-Maßnahme; Envelope-Maßnahme mit nationaler Kofinanzierungsmöglichkeit) erfolgt eine Beteiligung des Bundes und/oder der Länder resp. nach Notifizierung auch Maßnahmen aus deren ausschließlicher Zuständigkeit. Die Agrarministerkonferenz (AMK) hatte im Übrigen bereits frühzeitig und wiederholt seit der Frühjahrs-AMK in Bad Homburg (2015) auf die Notwendigkeit von Hilfen für die bäuerlichen Milchviehhalter und die Notwendigkeit des Marktgleichgewichts auf dem Milchmarkt hingewiesen und das BMEL zu entsprechenden Initiativen in Brüssel aufgefordert.

Maßnahmen zur Agrarkrisenbewältigung auf EU-Ebene

Auf EU-Ebene wurden inzwischen drei Hilfspakete – davon zwei Liquiditätshilfepakete - vor dem Hintergrund einer großen Zahl von Vorschlägen aus den Mitgliedstaaten eingerichtet und in Teilen auch bereits umgesetzt. Es handelt sich um die Maßnahmen vom 14.09.2015 (überwiegend Liquiditätshilfe von rd. 500 Mio. €), vom 14.03.2016 sowie vom 18.07.2016 (ebenfalls Liquiditätshilfe im Volumen von 500 Mio. €). Um den Rahmen dieses Berichtes nicht zu sprengen, werden zu allen EU-, Bundes- und Landesmaßnahmen lediglich die wichtigsten Eckpunkte erwähnt.¹⁵

Das Hilfspaket vom 14.09.2015 umfasst Maßnahmen in vier Bereichen:

- a) Verbesserung der Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe,
- b) Marktstabilisierung,
- c) Verbesserung der Funktionsfähigkeit der gesamten Wertschöpfungskette,
- d) Nahrungsmittelhilfe für Bedürftige (u. a. Migranten).

Zur Verbesserung der Liquidität der Landwirte hat die Kommission vor, den Mitgliedstaaten Finanzmittel für zielgerichtete Maßnahmen zur Verfügung gestellt (420 Mio. €; davon für Deutschland: 69,23 Mio. €: Abwicklung in 2 Antragsverfahren über die BLE; in Rheinland-

¹⁵ Maßnahmenkatalog: Siehe unter 4.3; Drucksache 11022/16 der EU-Kommission, 12.07.2016

Pfalz haben 170 Betriebe an der Maßnahme teilgenommen und 1,3 Mio. € erhalten. Zur Stabilisierung der Märkte hatte die Kommission die Verbesserung und Ausweitung der privaten Lagerhaltung bei Milchprodukten und Schweinefleisch vorgenommen. Für diese Produkte wurden auch mehr Mittel für Förder- und Werbezwecke innerhalb und außerhalb der EU zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wurden die Bemühungen zur Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse intensiviert. Außerdem soll die EU-Milchmarktbeobachtungsstelle fokussiert Informationen frühzeitiger zur Verfügung stellen.

Das **Paket vom 14.03.2016** umfasst 13 Punkte aus nachstehenden Bereichen, die überwiegend auf die Produktionsplanung ausgerichtet sind, z.B. durch die Einführung einer freiwilligen koordinierten Planung der Milcherzeugung und die zeitweise Lockerung der Vorschriften über staatliche Beihilfen, um die Verringerung oder das Einfrieren der Milcherzeugung zu unterstützen, sowie durch weitere, in der Anlage aufgeführte Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen insbesondere haushaltsneutral sein. Stellvertretend für das Paket sind zu nennen:

Freiwillige Angebotssteuerung (Artikel 222 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013): Die Kommission hat Erzeugerorganisationen, Branchenverbänden und Genossenschaften im Milchsektor für einen begrenzten Zeitraum und angesichts der schweren Ungleichgewichte auf dem Markt die Möglichkeit eingeräumt, freiwillige Erzeugungs- und Liefervereinbarungen zu schließen (vom 13.04. bis 12.10.2016). Dabei handelt es sich um eine Sondermaßnahme, die auch dem Schutz des EU-Binnenmarkts dienen muss und die von den gesetzgebenden Organen im Rahmen der GAP-Reform 2013 eingeführt, bislang jedoch noch nicht genutzt wurde.

Deutliche Anhebung der Interventionshöchstmengen für Magermilchpulver und Butter: Die Kommission hat die Höchstmengen für Magermilchpulver und Butter, die zur Intervention angeboten werden, von 109 000 Tonnen bzw. 60 000 Tonnen auf 218 000 Tonnen bzw. 100 000 Tonnen angehoben.

Stärkung der Erzeuger in der Versorgungskette: Die Rolle und Position der Erzeuger in der Lebensmittelversorgungskette gibt weiterhin Anlass zu großer Sorge. Die Taskforce für Agrarmärkte, die als Teil des mit 500 Mio. EUR ausgestatteten Hilfspakets vom September 2015 eingerichtet wurde, wird im Herbst 2016 Schlussfolgerungen und gesetzgeberische Empfehlungen für mehr Ausgewogenheit in der Versorgungskette vorlegen.

Einrichtung einer Beobachtungsstelle für den Fleischmarkt: Die Milchmarktüberwachungsstelle liefert bereits seit 2014 wertvolle Informationen über Markttendenzen. Dem Beispiel dieser Beobachtungsstelle für den Milchmarkt folgend wurde im Mai 2016 eine Beobachtungsstelle für den Rind- und Schweinefleischmarkt eingesetzt.

Absatzförderung: Absatzförderungskampagnen sind bedeutsam zur Erschließung neuer Märkte, und allein für die Förderung von EU-Agrarerzeugnissen innerhalb der EU und in

Drittländern stehen im Jahr 2016 mehr als 110 Mio. EUR zur Verfügung. Davon sind gemäß einer Verpflichtung vom 14. September 2014 (1. Hilfspaket) mehr als 30 Mio. € speziell für den Schweinefleisch- und den Milchsektor vorgesehen. Um den Marktstörungen in diesen Sektoren zu begegnen, sollen diese 30 Mio. € heute weiter aufgestockt werden.

Russisches Einfuhrverbot/gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Einfuhrbeschränkungen: Die Kommission als Ganzes setzt sich weiterhin unermüdlich für die Aufhebung der von Russland ausgesprochenen pflanzenschutzrechtlichen Einfuhrbeschränkungen ein. Trotz unserer Bemühungen um eine rasche Wiederaufnahme des Handels zwischen der EU und Russland hat sich bislang sehr wenig bewegt. Allerdings wurden große Fortschritte bei der Aufhebung ungerechtfertigter oder unverhältnismäßiger pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen durch Drittländer erzielt, was zu einer wesentlichen Zunahme der Handelsströme führen wird. Hier gibt es auch Fortschritte auf den Märkten der USA, Japans, Brasiliens und der Ukraine.

Finanzinstrumente/Europäische Investitionsbank/Europäischer Fonds für strategische Investitionen: Die Kommission wird ihre Zusammenarbeit mit der EIB verstärken, um geeignete Finanzierungsinstrumente zu entwickeln, mit denen Landwirte und Verarbeitungsbetriebe bei Investitionen in ihre Unternehmen unterstützt werden können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern oder notwendige strukturelle Anpassungen vorzunehmen. Die Mitgliedstaaten werden zudem aufgerufen, die Möglichkeiten des Europäischen Fonds für strategische Investitionen im Bereich von Investitionen im Agrarsektor umfassend zu nutzen und zu prüfen, inwieweit sie spezielle Plattformen für eine EFSI-Finanzierung einrichten können.

Obst- und Gemüsesektor: Die Kommission hat die am 30. Juni 2016 ursprünglich auslaufenden Sondermaßnahmen für Obst und Gemüse angesichts des bis Ende 2017 ausgedehnten russischen Einfuhrverbots verlängert.

Entwicklung des ländlichen Raums: In diesem Bereich wird die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten prüfen, wo und wie die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums angepasst werden können, um besser auf die gegenwärtige Krise reagieren zu können.

Das **Hilfspaket vom 18.07.2016** umfasst **folgende zwei Maßnahmen** mit einem Finanzvolumen von insgesamt 500 Mio. €-EU-Mitteln (das „Envelope-Programm von 350 Mio. € kann von den Mitgliedstaaten (MS) um bis zu 100 v. H. aufgestockt werden, sodass ein Finanzvolumen bis 850 Mio. € möglich wäre; auf Deutschland entfallen 57.955.101 € EU-Mittel. Durch eine nationale Aufstockung, die Deutschland vornehmen wird, werden in Deutschland 116 Mio. € zur Verfügung stehen).

- a) Ein EU-weites Programm mit einem EU-Mittelbudget von 150 Mio. € zur Reduzierung der Milchmenge: der Ausgleichsbetrag beträgt 14Ct/kg für 50 v. H. (dabei

Mindestmenge von 3.000 kg) Rohmilch-Minderlieferung im Zeitraum Oktober bis Dezember 2016 im Vergleich zur Referenzperiode Oktober bis Dezember 2015.

- b) Ein weiteres Programm als Anpassungsmaßnahme („an Bedingungen geknüpfte Anpassungshilfe“) mit einem EU-Mittelbudget von 350 Mio. € (mit der erwähnten Aufstockungsmöglichkeit durch die MS) und mit der Maßgabe des Einfrierens oder der Absenkung der Milcherzeugung gegenüber dem vg. Referenzzeitraum. Die Mitgliedstaaten werden die Maßnahme oder Maßnahmenkombination für ihre Landwirte flexibel festlegen können, z. B. extensive Produktionsmethoden, Unterstützung für kleine Betriebe, Kooperationsprojekte, weitere Maßnahmen zur Förderung einer Produktionsverringerung. Auch andere Tierhaltungssektoren können einbezogen werden. Die näheren Förderbedingungen werden derzeit auf EU- sowie Bund-Länder-Ebene abgestimmt. Der Bund verdoppelt den auf Deutschland entfallenden Plafonds von rd. 58 Mio. € auf 116 Mio. €. Dies entspricht einem rechnerischen Ausgleichsbetrag von 0,36 Ct/kg Milch bei 32,5 Mio. t Anlieferungsmenge (soweit das gesamt Budget antragsmäßig belegt wird).

Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf Bundesebene

Neben ihrem Engagement im Europäischen Rat und im EU-Agrarministerrat hat die Bundesregierung auch in den Formaten deutsch-französischer Positionen und des „Weimarer Formats“ – zuletzt am 9. Juni 2016 – unterstützende Position zu den Hilfen an die bäuerlichen Erzeuger sowie zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Milchmarkt bezogen. Mit weiteren Kostenentlastungen in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung von jeweils 78 Mio. € in den Jahren 2016 und 2017 werden unmittelbar wirksame Beiträge zur Stabilisierung der Betriebe geleistet.

Auf einem Milchgipfel am 30. Mai 2016 in Berlin wurden weitere Hilfen erörtert, die von steuerlichen Gewinnglättungen bis hin zur Einrichtung eines „Branchendialogs Milch“ reichen, durch den die Milchbranche selbst an der notwendigen Strukturverbesserung in der Branche arbeiten soll.

Es ist Aufgabe der Molkereien mit den Landwirten über Produktions- und Absatzmengen zu entscheiden. Das bereits geänderte Agrarmarktstrukturgesetz soll bei der Lösung helfen. Dieses erlaubt, eine Absprache über Produktionsmengen zwischen Erzeugergemeinschaften und Molkereien zu treffen.

Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf Landesebene

Nicht zuletzt wurden vielfältige Hilfen auf Landesebene zusammengestellt und den betroffenen Betrieben angeboten: sie reichen von einem steuerlichen Entlastungspaket über die Zulassung der Nutzung brachliegender Ackerflächen und Feldränder durch Beweidung mit Tieren oder durch Schnittnutzung zu Futterzwecken bis hin zu einer Beratungsinitiative bestehend aus einem Beratungsprojekt zur Unterstützung der vom Milchpreisverfall betroffenen Milchviehbetriebe sowie einer Intensivierung der privaten Beratung

Im Übrigen sieht die Landesregierung als wichtigste Liquiditätshilfe für die Landwirte, dass die flächenbezogenen Beihilfezahlungen sowohl für die Agrarumweltmaßnahmen von 34 Mio. € noch im November dieses Jahres sowie die rd. 190 Mio. € Direktzahlungen aus der 1. Säule der GAP bis Ende dieses Jahres ausgezahlt werden.

3. Agrarpolitischer Ausblick

Das Jahr 2015 war das erste Jahr der vollständigen Umsetzung der Reform der GAP für die Jahre 2014 bis 2020 und damit auch des Paradigmenwechsels zu „mehr Nachhaltigkeit“ sowohl in der 1. wie in der 2. Säule der GAP (Greening einerseits und einem umfassenden Agrarumwelt- und Klimaschutzpaket in der 2. Säule andererseits) mit EU-Budgets von jeweils mindestens 30 v. H. beider Säulen. Während somit für die Landwirte sowie die mit der Umsetzung befassten Behörden die GAP-Reform 2014 bis 2020 erstmals Wirklichkeit wurde, zeichnen sich in den Fachministerkonferenzen, im Informellen EU-Agrarrat¹⁶, wissenschaftlichen Kreisen und den Strategieberatern der EU-Kommission¹⁷ schon die ersten Diskussionen über die nächste anstehende Agrarreform ab. Dies ist zum einen der Vereinbarung zur Überprüfung der Maßnahmen 2016/17 (Greening/Umverteilung 1./2. Säule) und der Vereinfachungsagenda des amtierenden EU-Agrarkommissars geschuldet. Zum anderen positionieren sich verschiedene Akteure aber auch schon im Hinblick auf den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der spätestens 2019 verabschiedet werden soll.

In diesem Bericht soll der „zweite Schritt jedoch nicht vor dem ersten“ getan werden. Deshalb soll im vorliegenden Bericht zunächst und insbesondere auf den Einstieg in das ländliche Entwicklungsprogramm „EULLE“ eingegangen werden. Der Agrarbericht des kommenden Jahres soll sich dann voraussichtlich schon der Diskussion um die GAP 2012 bis 2017 erstmals annehmen.

3.1 EULLE-Umsetzung

Das rheinland-pfälzische Entwicklungsprogramm EULLE wurde am 26. Mai 2015 seitens der EU-Kommission mit einem EU-Mittelvolumen von rd. 300 Mio. € (einschl. der nationalen Kofinanzierungsmittel rd. 663 Mio. €) genehmigt. Mit dem Programm sollen Zukunftsperspektiven und Innovationen für die Landwirtschaft, die Biodiversität, Natur und Umwelt geschaffen und die Vielfalt unserer ländlichen Räume gesichert werden.

¹⁶ Vgl. hierzu der Informelle EU-Agrarrat unter NL-EU-Ratspräsidentschaft in Amsterdam vom 31.05. bis 01.06.2016 zum Thema „Food for the future“.

¹⁷ Vgl. Europäische Kommission, European Political Strategy Centre (EPSC), Sustainability Now! A European Vision for Sustainability, Brüssel, 20. Juli 2016.

Bei EULLE ist der Name Programm, denn **EULLE** heißt:

- E** ntwicklungsprogramm
- U** mweltmaßnahmen für Agrarumweltmaßnahmen, Ökologischer Landbau, Vertragsnaturschutz
- L** ändliche Entwicklung für landwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen, LEADER einschließlich Förderprogramm lokale ländliche Entwicklung (FLLE)
- L** andwirtschaft für Förderung der Agrarstrukturverbesserung (Agrarinvestitionsförderung, Diversifizierung, Europäische Innovationspartnerschaften...)
- E** rnährung für Förderung regionaler Wertschöpfungsketten, Cluster, Qualifizierung/Sensibilisierung der Akteure

Auf europäischer Ebene leistet das Programm einen Beitrag zur Implementierung der Europa 2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Zudem sollen die Reformen der ersten Säule der GAP flankiert werden.

Auf nationaler Ebene zeigt die Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und Deutschland die strategischen Rahmenbedingungen auf und dient der Abstimmung und Koordinierung der einzelnen ESI-Fonds. Weiterhin sind die Zielsetzungen des Nationalen Reformprogramms und der Nationalen Rahmenregelung (NRR) maßgeblich.

Ausgehend vom Leitbild einer integriert-nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume erfolgt die Schwerpunktsetzung und Maßnahmenauswahl für „EULLE“ unter Berücksichtigung der für das Land Rheinland-Pfalz erstellten sozioökonomischen Analyse und SWOT¹⁸-Analyse sowie der Erfahrungen aus der vergangenen Förderperiode einschließlich der Evaluierungsergebnisse.

Im Rahmen von „EULLE“ werden bis Ende 2023¹⁹ rund 663 Millionen Euro an EU-, Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln (davon ELER-Mittel in Höhe von ca. 299,8 Millionen Euro) in die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und der ländlichen Räume fließen. Für „EULLE“ wurden vier strategische Handlungsschwerpunkte formuliert, die in über zehn Maßnahmen mit insgesamt 40 Teilmaßnahmen umgesetzt werden.

¹⁸ SWOT= Strength-Weakness-Opportunities-Threats (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiko).

¹⁹ Für die Auszahlungen gilt die „n + 3“-Regelung, d. h. 2020 + 3 Jahre.

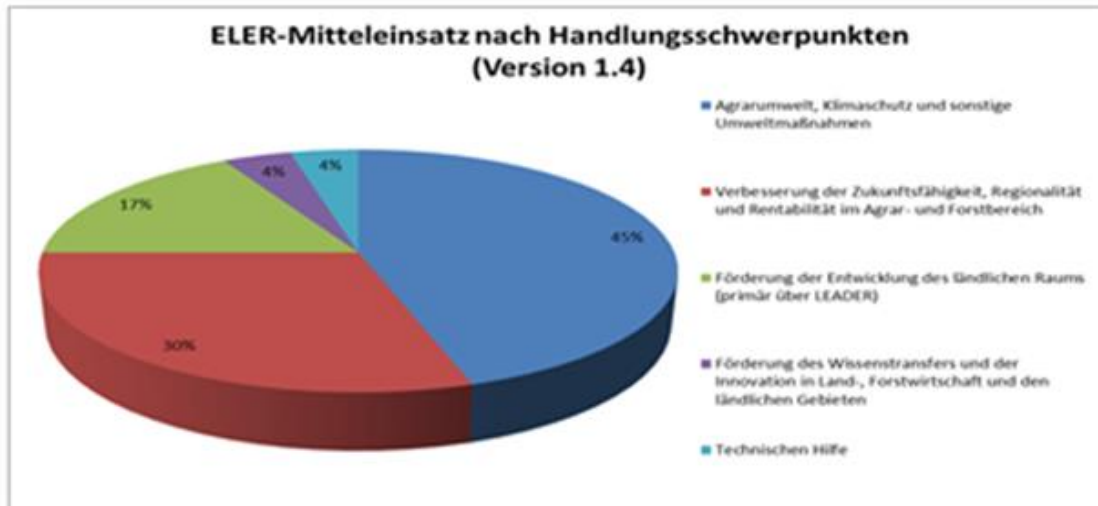


Abbildung 9: ELER-Mitteinsatz nach Handlungsschwerpunkten und technischer Hilfe (Version 1.4)
(Quelle: Eigene Darstellung)

Tabelle 8: ELER - Mittelansatz der Maßnahmen des EPLR EULLE

Summe der ELER-Mittel in Mio. €		299,80
Art. 14	Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen	3,00
Art. 15	Beratungs-, Betriebsführungs- und Vertretungsdienste	4,00
Art. 17	Investitionen in materielle Vermögenswerte (AFP, Marktstrukturverbesserung, Infrastrukturen)	62,30
Art. 18	Wiederaufbau von... landwirtschaftlichem Produktionspotenzial –Hochwasserschutz	13,00
Art. 19	Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und sonstiger Unternehmen	5,50
Art. 20	Basisdienstleistungen und Dorferneuerung in ländlichen Gebieten (Breitband, Natura2000)	8,80
Art. 28	Agrarumwelt- und Klimamaßnahme	76,00
Art. 29	Ökologischer/biologischer Landbau	59,00
Art. 35	Zusammenarbeit (EIP...9	5,50
[ESI]	LEADER	50,90
Art. 51-54	Technische Hilfe	11,80

Allgemeine Informationen sowie konkrete Angaben zu den Fördertatbeständen des „EULLE“ sind auf der Webseite des Landes (www.eler-eulle.rlp.de) sowie auf einer gemeinsamen Homepage aller rheinland-pfälzischen ESI-Fonds (www.eu-fonds.rlp.de) bereitgestellt.

3.1.1 Definition des ländlichen Raums für das EPLR EULLE

„EULLE“ definiert für die Förderung den ländlichen Raum für Rheinland-Pfalz ohne die sieben Städte mit mehr als 60.000 Einwohnern²⁰. In begründeten Fällen kommen Randgebiete von Städten mit mehr als 60.000 Einwohnern, die sich ihren dörflichen Charakter (u.a. ehemals eigenständige Orte; nicht mehr als 150 Einwohner pro Quadratkilometer oder Anteil landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzter Fläche in Höhe von mindestens zwei Dritteln der Gesamtfläche des Ortes) bewahrt haben und für die eine funktionale Verbindung zum angrenzenden ländlichen Gebiet besteht, als Förderkulisse in Frage.

²⁰ Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Worms und Neuwied.

Die vorstehende Definition ist für alle Maßnahmen (bspw. M 7.6 b) - Erhaltungs-, Wiederherstellungs- und Verbesserungsmaßnahmen von Gebieten mit hohem Naturschutzwert (Natura 2000 Gebiete) relevant, die eine Förderung außerhalb des Agrarbereich anbieten. Auf die maßnahmenspezifische Abgrenzung des ländlichen Raums, gebietsspezifische Angebote bzw. entsprechende regionale Abgrenzungen wird gesondert in den jeweiligen Maßnahmenbeschreibungen eingegangen. Für den LEADER-Ansatz wurde die Grenze für die Städte auf 30.000 Einwohner begrenzt. Für die Breitbandförderung liegt sie bei 20.000 Einwohnern.

3.1.2 Durchführung in den Jahren 2014 und 2015

Die Umsetzung der Mehrzahl der (Teil)-Maßnahmen des Entwicklungsprogramms EULLE ist erst nach der Genehmigung am 26. Mai 2015 schrittweise angelaufen. Das Jahr 2015 war noch durch die Umsetzung des Entwicklungsprogramms PAUL bestimmt. Die nichtflächenbezogenen Maßnahmen konnten bis zum 15. Oktober 2015²¹ bewilligt und bis 31. Dezember 2015 ausgezahlt werden.

Lediglich mit der Umsetzung der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (M10) und der Förderung des ökologischen Landbaus (M11) sowie mit dem Verfahren zur Anerkennung der LEADER-Aktionsgruppen wurde bereits 2014 begonnen.

Zur Umsetzung der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (M10) und der Förderung des ökologischen Landbaus (M11) wurden jeweils in den Jahren 2014, 2015 und 2016²² Neuantragstellungen zugelassen. Die erste Auszahlung für die abgeschlossenen Fünfjahresverträge erfolgte Ende 2015 in Höhe von rd. 28,08 Mio. Euro (ELER: 14,97 Mio. Euro) für 6.668 teilnehmende Betriebe (1.095 Betriebe des ökologischen Landbaus) mit 157.366 ha LF, davon 49.184 ha LF im ökologischen Landbau.

²¹ Code 123 sogar bis Ende 2015!

²² Antragszeitraum vom 04.07. bis 12.08.2016. Über Einzelheiten zu den Programmteilen informiert die Internetseite www.eler-eulle.rlp.de bzw. www.agrarumwelt.rlp.de.

Tabelle 9: Auszahlungen im Programm „Entwicklung von Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft“ (EULLa) in 2015

ELLER Code	Programmteil	Anzahl Antragsteller	Auszahlung (Euro)	EU-Kofinanzierung (Euro)	förderfähige Fläche (ha)
EULLa 2015 insgesamt					
M10 + M11	EULLa (einschließlich Altverpflichtungen)	6.668	28.087.551	14.974.992	157.366
M10	Agrarumwelt- und Klimamaßnahme (einschließlich Altverpflichtungen)				
M10.1a	Umweltschonende Grünlandbewirtschaftung im Unternehmen	479	2.854.848,91	2.339.605,01	23.522
M10.1b	Vielfältige Fruchtfolge	200	1.721.086,51	860.543,26	22.286
M10.1c	Beibehaltung von Untersaaten und Zwischenfrüchten über Winter	107	151.948,23	75.974,12	2.093
M10.1d	Gewässerrandstreifen	14	5.879,89	2.939,95	9
M10.1e	Steil- und Steillagenförderung	914	2.743.498,00	1.371.749,00	2.879
M10.1f	Saum- und Bandstrukturen	470	678.301,32	339.150,66	1.361
M10.1g	Umwandlung einzelner Ackerflächen	120	421.527,74	210.763,87	1.056
M10.1h	Talauen	43	89.776,85	44.888,43	646
M10.1i	Alternative Pflanzenschutzverfahren	42	58.158,41	29.079,21	950
M10.1j	Vertragsnaturschutz Grünland	2.084	2.926.911,67	1.463.455,84	11.941
M10.1k	Vertragsnaturschutz Kennarten	221	713.512,85	375.795,55	2.680
M10.1l	Vertragsnaturschutz Streuobst	477	184.284,00	92.142,00	470
M10.1m	Vertragsnaturschutz Acker	82	302.212,46	151.106,23	346
M10.1n	Vertragsnaturschutz Weinberg	39	48.867,88	24.433,94	109
M10.1o	Biotechnischer Pflanzenschutz	184	1.841.632,37	920.816,19	37.039
Summe EULLa-AUKM		5.476	14.742.447,09	8.302.443,23	107.387
Altverfahren					
214	Mulchverfahren im Ackerbau	37	62.136,56	31.068,28	536
214	20/10j. Ökostilllegung	60	108.960,03	54.480,02	260
M10 insgesamt		5.573	14.913.544	8.387.992	108.182
M11	Ökologischer/biologischer Landbau (einschließlich Altverpflichtungen)				
M11.1	Ökolandbau Einführung EULLa	138	1.940.701,18	970.350,22	5.950
M11.2	Ökolandbau Beibehaltung EULLa	957	11.233.305,84	5.616.650,48	43.234
M11 insgesamt		1.095	13.174.007	6.587.001	49.184

3.1.3 LEADER-Ansatz im Entwicklungsprogramm EULLE

Rheinland-Pfalz fördert die Umsetzung lokaler integrierter ländlicher Entwicklungsstrategien (LILE) nach dem LEADER-Ansatz der ELER-Verordnung, um angesichts der bestehenden Herausforderungen (demografischer Wandel, Globalisierung, ...) die eigenverantwortliche Entwicklung ländlicher Regionen im Rahmen zu stärken.

Es geht dabei weniger um sektorenspezifische Planungen und Förderangebote, sondern die Aktivierung des eigenen Potenzials der Regionen. Dies soll nach dem partizipativen Ansatz mit den Akteuren vor Ort aus allen gesellschaftlichen Bereichen (Vereine, Wirtschaft, Tourismus, Naturschutz und Landwirtschaft, ...) geschehen.

Die LILE stellte die Grundlage der Bewerbungsunterlagen der Lokalen Aktionsgruppen (LAG) dar, ist aber auch Basis für die konkrete Förderung. Dabei wird sowohl für die Erstellung dieser LILE als auch für deren Umsetzung von der EU ein partizipativer Ansatz vorgeschrieben. Die LAG sind Träger der LILE und für deren Umsetzung verantwortlich. Dazu gehört auch, dass sie die Höhe der Förderung festlegen und die Projekte auswählen. Rheinland-Pfalz hat von den Möglichkeiten nicht Gebrauch gemacht, auch Mittel der anderen ESI-Fonds (EFRE, ESF) für den so genannten CLLD-Ansatz zu verwenden.

Für die Förderperiode 2014–2020 wurden in Rheinland-Pfalz 20 lokale öffentliche-private Partnerschaften ausgewählt. Diese haben lokale integrierte ländliche Entwicklungsstrategien (LILE) für abgegrenzte ländliche Gebiete (Ausschluss von Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern) erstellt und sind für die Projektauswahl zuständig. Förderfähig sind auch gebietsübergreifende und transnationale Kooperationsprojekte.

Die Übersicht listet die für die Förderperiode 2014–2020 anerkannten LEADER-Regionen und die aktuell den LAG zur Verfügung stehenden Fördermitteln auf. Die LAG Miselerland (Luxemburg) und die LAG Moselfranken haben durch die gemeinsame LILE die erste grenzüberschreitende LEADER-Region in der EU definiert.

Tabelle 10: Mittelausstattung der Lokalen Aktionsgruppen im Entwicklungsprogramm EULLE

Name der LAG	Öffentliche Mittel insgesamt (Mio. €)	Landesmittel (Mio. €)	Kommunale projektunabhängige Mittel (Mio. €)	ELER-Mittel		
				Gesamt-plafond (Mio. €)	davon Zuschläge für Bevölkerung über 70.000 Einwohner (Mio. €)	davon Zuschläge für Nationalparkregion (Mio. €)
Bitburg-Prüm	2,87	0,70	0,20	1,98	0,23	0,00
Donnersberger und Lautrer Land	3,12	0,70	0,22	2,20	0,45	0,00
Erbeskopf	5,32	0,70	0,42	4,20	0,38	2,07
Hunsrück	3,23	0,70	0,23	2,30	0,38	0,18
Lahn-Taunus	2,79	0,70	0,19	1,90	0,15	0,00
Mosel	3,04	0,70	0,21	2,13	0,38	0,00
Moselfranken	2,71	0,70	0,18	1,83	0,08	0,00
Pfälzerwald Plus	3,37	0,70	0,24	2,43	0,68	0,00
Raiffeisen-Region	2,63	0,70	0,18	1,75	0,00	0,00
Region Rhein-Eifel	2,71	0,70	0,18	1,83	0,08	0,00
Rhein-Haardt	2,63	0,70	0,18	1,75	0,00	0,00
Rheinessen	3,45	0,70	0,25	2,50	0,75	0,00
Region Rhein-Wied	2,63	0,70	0,18	1,75	0,00	0,00
Soonwald-Nahe	2,87	0,70	0,20	1,98	0,23	0,00
Südpfalz	2,87	0,70	0,20	1,98	0,23	0,00
Vulkaneifel	3,12	0,70	0,22	2,20	0,45	0,00
Welterbe Oberes Mittelrheintal	2,96	0,70	0,21	2,05	0,30	0,00
Westerwald	3,29	0,70	0,24	2,35	0,60	0,00
Westerwald-Sieg	2,87	0,70	0,20	1,98	0,23	0,00
Westrich-Glantal	2,71	0,70	0,18	1,83	0,08	0,00
Insgesamt	61,16	14,00	4,29	42,88	5,63	2,25

In den Verhandlungen mit der Kommission konnte erreicht werden, dass die finanzielle Mindestausstattung einer LAG nicht – wie von der KOM gefordert - bei 3 Mio. € liegen muss, sondern ausgehend von 2,625 Mio. € (ELER, Land, Kommunen) der rheinland-pfälzische Ansatz der Staffelung nach Größe der LAG und der LEADER-Reserve für Aufrufe der Verwaltungsbehörde (bspw. Nationalparkregion, transnationale Kooperationen) akzeptiert wird. Es erfolgte eine Aufstockung der ELER-Mittel ab 70.000 Einwohnern pro angefangene

10.000 Einwohner 75.000 Euro und um insgesamt 2,25 Mio. Euro für die beiden LAG in der Nationalparkregion für die Förderperiode.

Das Land muss hierbei jeder LAG 0,7 Mio. € an Landesmittel in der Förderperiode zur Verfügung stellen. Für zusätzliche transnationale Projekte sowie Projekte von überregionaler Bedeutung, Initiativen und die von der EU vorgegebene Leistungsreserve hat die ELER-Verwaltungsbehörde ELER-Mittel zurückbehalten. Der EULLE-Begleitausschuss sowie der LEADER-Lenkungsausschuss bestimmen hier die Zuteilung auf Vorschlag der ELER-Verwaltungsbehörde.

3.2 Novellierung der EU-Öko-Verordnung und der Dünge-VO

Novelle der EU-Öko-Verordnung

Auch zweieinhalb Jahre nach der am 24.03.2014 erfolgten Vorlage des Entwurfs einer vollständigen Revision der EU-Öko-Verordnung durch die europäische Kommission ist das Gesetzgebungsverfahren im Rahmen des sogenannten Trilogs von Europäischem Parlament, Europäischem Rat und Europäischer Kommission nicht abgeschlossen. Trotz der engagierten Verhandlungen seitens des EPs und des Rates unter der niederländischen Ratspräsidentschaft kamen die Verhandlungen im ersten Halbjahr 2016 nur schleppend voran und werden nun unter slowakischer EU-Ratspräsidentschaft fortgesetzt. Die Landesregierung hat sich in der Vergangenheit auch im Rahmen von Beschlüssen des Bundesrates und der Agrarministerkonferenz intensiv für einen verlässlichen Rechtsrahmen für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft eingesetzt. In diesem Zusammenhang hatte sich Rheinland-Pfalz gegen eine Totalrevision der EU-Öko-Verordnung und für die zielgerichtete Weiterentwicklung der bestehenden Verordnung ausgesprochen. Die aktuelle Rechtsunsicherheit führt dazu, dass Landwirte und Unternehmen die Entscheidung über eine Umstellung oder für notwendige Investitionen zurückstellen. Angesichts der steigenden Nachfrage nach Bioprodukten gehen so Marktchancen für unsere heimische Land- und Lebensmittelwirtschaft verloren. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wird sich die Landesregierung auch weiterhin in das Beratungsverfahren einbringen, um die Verhandlungen über die EU-Öko-VO im Sinne der rheinland-pfälzischen Öko-Betriebe und Öko-Unternehmen erfolgreich zu Ende zu bringen.

Novelle der Dünge-Verordnung

Die Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung – DüV) regelt:

1. die gute fachliche Praxis bei der Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln auf landwirtschaftlich genutzten Flächen,
2. das Vermindern von stofflichen Risiken durch die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln auf landwirtschaftlich

genutzten Flächen und auf anderen Flächen, soweit diese Verordnung dies ausdrücklich bestimmt.

Die Änderung der bestehenden Verordnung ist notwendig, um die Vorgaben der EG-Nitratrichtlinie (Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12. Dezember 1991) zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen umzusetzen. Weiterhin soll den aktuellen wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen sowie Erfahrungen aus der Vollzugspraxis Rechnung getragen werden. Auch spielen die Verminderung der Freisetzung reaktiver Stickstoffverbindungen an die Atmosphäre und die Verminderung der P-Belastung der Gewässer bei der Novelle eine Rolle.

Die Grundsätzlichen Forderungen der EU-Kommission nach einer bundesweit einheitlichen Ermittlung des Düngedarfs und der Reduktion der unvermeidbaren Überschüsse werden von allen Betroffenen akzeptiert. Gleiches gilt auch für den Einbezug der pflanzlichen organischen Düngemittel in die 170 kg N-Obergrenze.

Für Diskussion sorgen zurzeit die Stellungnahmen der wissenschaftlichen Beiräte für Umwelt, Agrarpolitik und Düngung sowie der Deutschen Gesellschaft für Pflanzenernährung. Auch sie sprechen sich für eine sofortige Einführung der Hoftorbilanz aus.

Ihre Kernpunkte:

- Die unvermeidlichen N-Verluste beim Ausbringen von Wirtschaftsdüngern seien problematisch.
- Es solle keine P-Überschüsse auf hoch versorgten Böden mehr geben. Dazu werden Übergangsregelungen vorgeschlagen.
- Bei der Ermittlung des Düngedarfs seien die P-Vorgaben zu vage.
- Ammoniumhaltige Wirtschaftsdünger solle man künftig direkt einarbeiten.
- Eine Derogationsregelung für Gärreste aus Biogasanlagen lehnt man ab.
- Auch für Gärreste soll es Lagerkapazitäts- Regelungen in der DüV geben.

Im Rahmen der Notifizierung des Verordnungsentwurfs zur Novellierung der DüV hat die EU-KOM am 22. März 2016 eine ausführliche Stellungnahme zum Verordnungsentwurf übermittelt. Ergänzend zu den sehr konkreten Hinweisen zum Nachbesserungsbedarf hat die KOM eine Klage vor dem EU-GH initiiert. Dies weist darauf hin, dass der Nachbesserungsbedarf sehr ernst zu nehmen ist und die KOM davon ausgeht, dass im Falle der Nichterfüllung Deutschland mit empfindlichen Strafen zu rechnen hat.

Die Forderungen treffen insbesondere Betriebe mit organischen Düngemitteln. Das BMEL hat angekündigt, dass mögliche Nachbesserungen im Nachgang zur Offenlegung der SUP (erfolgt ab Juni) gemeinsam mit den dort eingehenden Änderungen erfolgen sollen.

Aufgrund der Verlängerung der Stillhaltefrist, der gewünschten Behandlung von DüV, DüG und Bundesanlagenverordnung „im Paket“ und der sich abzeichnenden Notifizierungspflicht des DüG wird der Bundesrat frühestens im Herbst 2016 über dieses „Paket“ entscheiden. Für Rheinland-Pfalz ist insbesondere in Gebieten mit Sonderkulturen und einigen Regionen

mit einer höheren Dichte an Viehhaltung gekoppelt mit Biogasanlagen mit verschärften Bewirtschaftungsauflagen zu rechnen.

3.3 Bürokratieabbau in der reformierten GAP 2014 bis 2020

Bürokratische Entlastungen für Landwirte und Verwaltungen sind dringend erforderlich und auch möglich, ohne die politisch beschlossene Grundausrichtung der GAP-Reform in Frage zu stellen.

Das Thema ist von hoher politischer Bedeutung. Allerdings reichen Änderungen des Kommissionsrechtes nicht aus. Deutschland fordert weiterhin, auch das Basisrecht zum Zweck der Vereinfachung der GAP zu ändern.

Die EU-Kommission hat dazu jedoch noch keinen konkreten Zeitplan vorgelegt. Vereinfachungen durch Änderung des Basisrechts sollten insbesondere bei den Regelungen zum „aktiven Betriebsinhaber“ erfolgen. Hier steht der Nutzen ganz offensichtlich in keinem angemessenen Verhältnis zum bürokratischen Aufwand. Mittelfristig sollte in Mitgliedstaaten mit regional einheitlichen Direktzahlungen auf das System der Zahlungsansprüche verzichtet werden.

Deutschland setzt sich intensiv für einen Abbau unnötiger Bürokratie ein.

Zur **Umsetzung der GAP** in Deutschland wurde zwischen Bund und Ländern der politische Kompromiss getroffen, dass eine Umschichtung der EU-Mittel in Höhe von 4,5 % aus der sog. 1. Säule in die 2. Säule erfolgt. Ob es zu weiteren Umschichtungen angesichts der schwierigen Einkommenslage in der Landwirtschaft kommen wird, erscheint derzeit offen. Weitere wichtige Elemente im Hinblick auf die nur eingeschränkt möglichen Änderungen in der GAP bis 2020 sind:

- Im September 2016 legt die EU-KOM voraussichtlich ihren Bericht zum Greening vor.
- Bis Ende 2016 erscheint ein Bericht zum Greening des Thünen-Instituts, Braunschweig.
- Bis zum 31.03.2017 muss gemäß Art. 46 der VO (EU) Nr. 1307/2003 der Bewertungsbericht zur Frage der Erhöhung des Greening-Anteils von 5 % auf 7 % einschl. eines entsprechenden VO-Vorschlags seitens der EU-KOM vorliegen (dann wäre das Basisrecht in diesem Teil der 1. Säule auch für weitere Änderungen geöffnet).
- Bis zum 31.08.2017 muss seitens der Mitgliedstaaten die Mitteilung an die EU-KOM gerichtet sein, ob weitere Mittelumschichtungen von der 1. in die 2. Säule vorgenommen werden.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik steht der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR), der die Budgetausstattung für die derzeitige siebenjährige EU-Förderperiode 2014 bis 2020 – somit auch für die GAP - enthält. Die Halbzeitbewertung des MFR 2014 bis 2020 steht für Ende 2016 an. Dabei wird auch das britische Referendum vom 23.06.2016 zum „Brexit“ mit Blick auf die Zukunft der EU zu berücksichtigen sein.

Aus Sicht der Bundesländer stehen angesichts der besonderen Bedeutung des MFR bereits zeitnah erste Positionierungen an. Für die Länder dürften bewährte „Leitlinien“ wie beispielweise die Bedeutung eines ergebnisorientierten und am europäischen Mehrwert orientierten EU-Haushalts ebenso wichtige Belange und Forderungen sein wie die Ausrichtung des MFR an politischen Langfriststrategien und den damit verbundenen zentralen europäischen Zielsetzungen.

Von besonderer Bedeutung ist die Laufzeit des künftigen MFR. Die Länder betonen die Notwendigkeit einer möglichst hohen Planungssicherheit und werden voraussichtlich deshalb dafür votieren, die siebenjährige Laufzeit auch nach 2020 beizubehalten und nicht an die fünfjährige Legislaturperiode des Europäischen Parlaments anzupassen, was einer deutlichen Verkürzung der EU-Förderperioden gleichkäme. Vielmehr sollte die Kongruenz von MFR und Laufzeiten der EU-Fondsprogramme erhalten bleiben.

Für die GAP ist besonders bedeutsam sind auch künftig eine finanzstarke GAP sowie die Beibehaltung der Zwei-Säulen-Architektur. Der Bürokratieabbau im Bereich der Verwaltungs- und Kontrollsysteme bleibt dabei ebenso eine wichtige Herausforderung.

4. Anhang

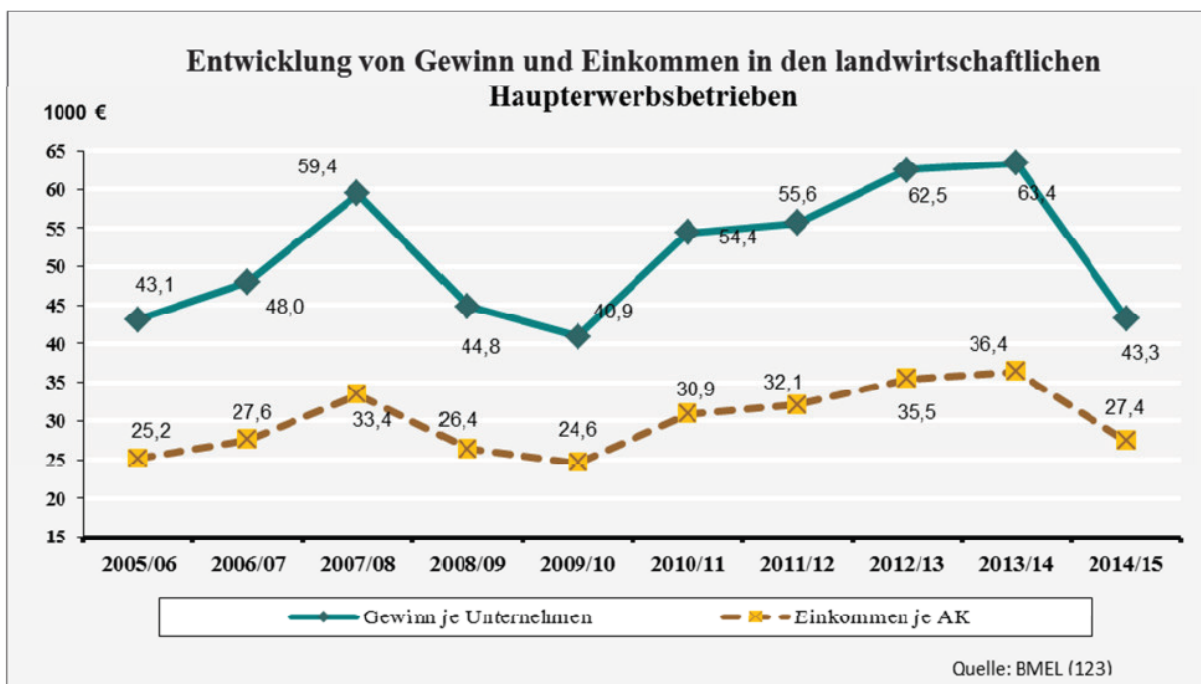
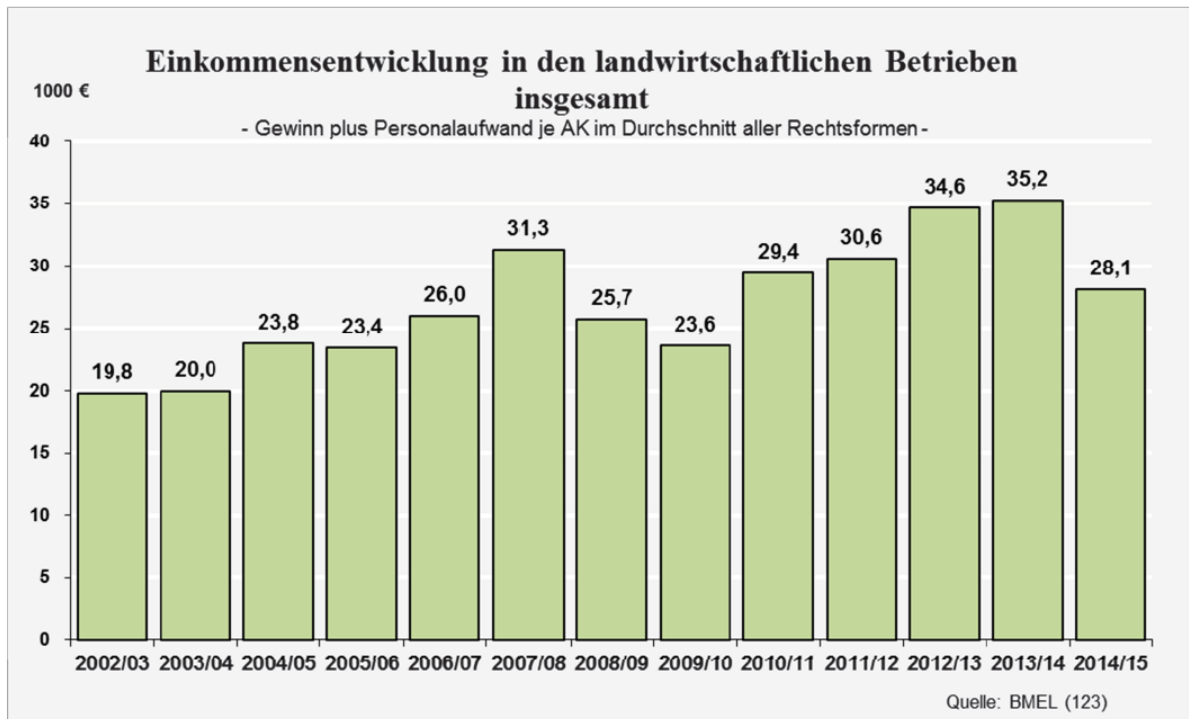
4.1 Verzeichnis der Abkürzungen

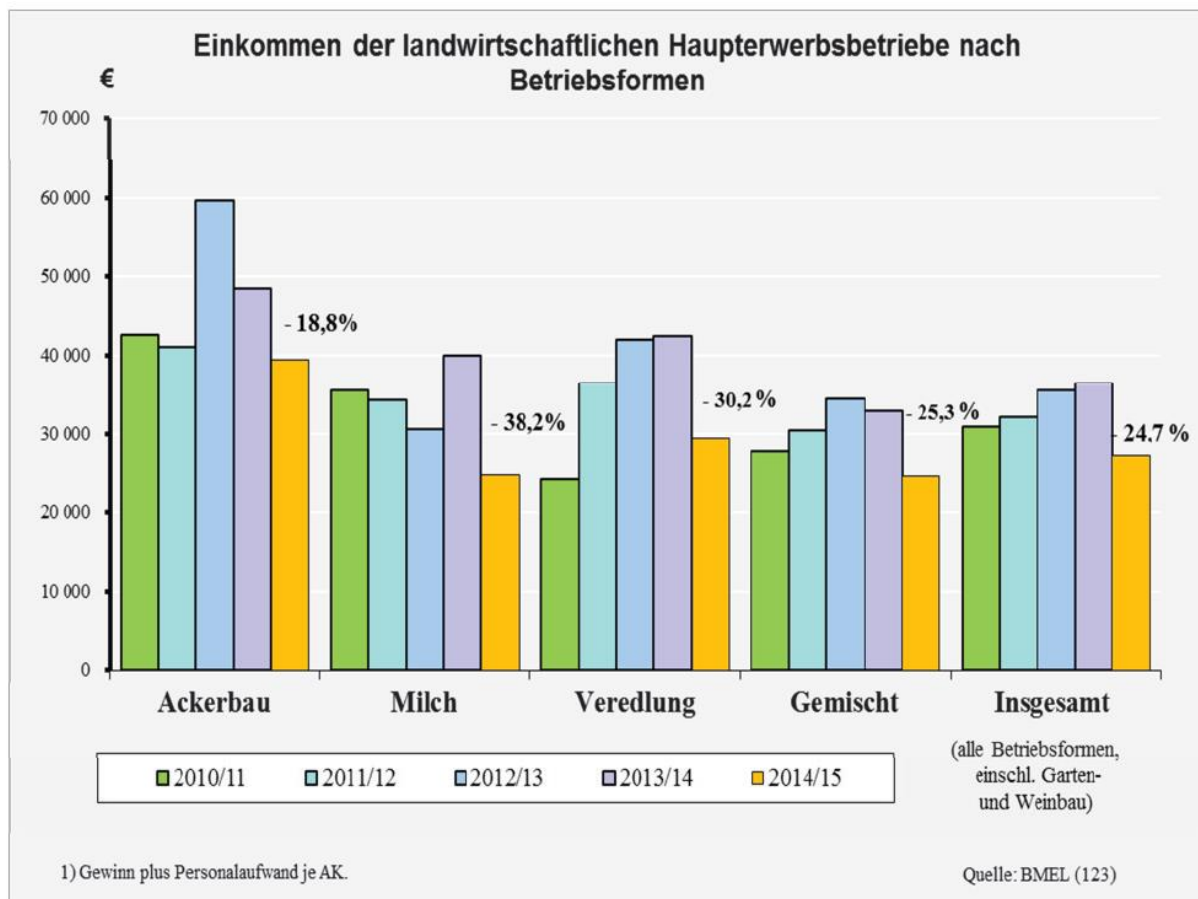
AMI	Agrarmarkt-Informationsgesellschaft mbH
BfR	Bundesamt für Risikobewertung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMUB	Bundesministerium für Umwelt und Bauwesen
BVE	Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
COP 21	Weltklimakonferenz in Paris (2015)
DLR	Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum
ECHA	Europäische Chemikalienagentur
EFSA	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (European Food Safety Authority)
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums
EULLE	Entwicklungsprogramm Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft, Ernährung
GAK	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
IACR	International Association of Cancer Registries
JMPR	Joint Meeting on Pesticide Residues
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale
LILE	Lokale Integrierte Ländliche Entwicklungsstrategie
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
MWVLW	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
OIV	Internationale Organisation für Rebe und Wein
RF	Rebfläche
SWOT	Strength-Weakness-Opportunities-Threats (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiko).
USDA	US Department of Agriculture
WHO	World Health Organisation

4.2 Literatur- und Quellenverzeichnis

- MWVLW:** https://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Landwirtschaft/Agrar-und_Ernaehrungsbericht_2015.pdf
https://mueef.rlp.de/fileadmin/mulewf/Publikationen/Agrar-_und_Ernaehrungsbericht_2014.pdf
https://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mulewf/Themen/Landwirtschaft/Agrar-und_ErnAhrungsbericht_2013.pdf
- Hilgers, Hans-Josef:** Megatrends in der Landwirtschaft – aus Sicht der Agrarhandelsunternehmen, Köln 2015. Vortrag anlässlich der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz am 18.11.2015, Bad Kreuznach.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL):** Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse WJ 2014/15, Berlin/Bonn 2016.
 Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, WJ 2014/15, Berlin/Bonn 2016.
- Testbuchführung Rheinland-Pfalz:**
 LWK, identische Haupterwerbsbetriebe
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder:**
 Agrarstrukturen in Deutschland, Einheit in Vielfalt, Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszahlung 2010, Stuttgart 2011, S. 10
www.destatis.de
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz:**
 Bad Ems, 2014, 2016
- AMI 2016:** AMI-informiert.de
- Licht, F.O.:** Weltzuckererzeugung, Weltzuckerbilanz, Rübenverarbeitung und Zuckererzeugung in Deutschland
- EU-Kommission:** Preise Weltzuckermarkt
- Wirtschaftliche Vereinigung Zucker:**
 Zuckererzeugung in der EU 2015/16
- Council of the European Union,**
 Note from the German Delegation, Subject: Market Situation, Brussels, 4 March 2016 (OR. en, de) 6484/16 ADD 25 AGRI 93, AGRIFIN 17, AGRIORG 12.
- EU-Agrarrat, informell:**
 unter NL-EU-Ratspräsidentschaft in Amsterdam vom 31.05. bis 01.06.2016 zum Thema „Food for the future“.

4.3 Tabellen und Übersichten





Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Wirtschaftsjahr	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
	€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
2003/04	34 686	.	21 092	.
2004/05	43 011	+ 24,0	24 970	+ 18,4
2005/06	43 105	+ 0,2	25 165	+ 0,8
2006/07	47 981	+ 11,3	27 582	+ 9,6
2007/08	59 433	+ 23,9	33 424	+ 21,2
2008/09	44 834	- 24,6	26 406	- 21,0
2009/10	40 870	- 8,8	24 576	- 6,9
2010/11	54 375	+ 33,0	30 892	+ 25,7
2011/12	55 572	+ 2,2	32 142	+ 4,0
2012/13	62 535	+ 12,5	35 548	+ 10,6
2013/14	63 380	+ 1,4	36 390	+ 2,4
2014/15	43 271	- 31,7	27 405	- 24,7
Ø 2009/10 bis 2013/14	55 346	.	31 910	.

Quelle: BMEL (123)

Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen

- 2014/15 -

Betriebs- form	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personal- aufwand je AK	
		€	Verände- rung gegen Vorjahr in %	€	Verände- rung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	15,2	67 663	-24,5	39 378	-18,8
Gartenbau	5,0	50 660	- 3,8	25 158	+ 3,4
Dauerkulturen ¹⁾	6,0	54 276	- 7,9	25 939	- 3,0
Weinbau	4,2	63 335	+ 5,4	28 883	+ 6,7
Obstbau	1,6	32 874	-43,0	20 645	-21,0
Futterbau	46,5	34 888	-40,4	24 010	-35,7
Milch	37,3	36 583	-42,7	24 697	-38,2
Sonstiger Futterbau	9,2	28 051	-25,0	20 958	-20,3
Veredlung	11,1	45 199	-34,4	29 549	-30,2
Gemischt (Verbund)	16,2	36 774	-31,6	24 579	-25,3
Pflanzenbauverbund	1,3	42 422	-34,0	21 988	-21,2
Viehhaltungsverbund	4,8	26 745	-40,9	18 819	-35,9
Pflanzenbau- Viehhaltung	10,1	40 813	-27,6	27 801	-22,1
Insgesamt	100,0	43 271	-31,7	27 405	-24,7

1) Einschließlich sonstige Dauerkulturen.

Quelle: BMEL (123)

Gewinn und Einkommen der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Ländern

- 2014/15 -

Land	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Verände- rung gegen Vorjahr in %	€	Verände- rung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	6,2	35 773	- 48,7	26 881	- 38,9
Niedersachsen	19,3	41 219	- 45,9	27 809	- 37,7
Nordrhein-Westfalen	13,7	41 544	- 39,3	27 954	- 29,1
Hessen	4,3	40 504	- 30,0	25 360	- 24,7
Rheinland-Pfalz	6,6	51 571	- 26,6	24 461	- 20,2
Baden-Württemberg	12,5	38 090	- 21,0	25 225	- 14,3
Bayern	30,9	40 888	- 20,3	26 457	- 17,8
Saarland	0,3	29 209	- 42,4	18 943	- 36,1
Brandenburg	1,2	70 452	- 16,9	28 518	- 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	100 470	- 20,7	47 572	- 17,0
Sachsen	1,4	52 588	- 11,8	28 043	- 2,2
Sachsen-Anhalt	1,3	102 981	- 21,2	44 150	- 17,9
Thüringen	0,8	56 396	- 5,8	31 598	- 5,1
Deutschland	100,0	43 271	- 31,7	27 405	- 24,7

Quelle: BMEL (123)

Stundenlohn in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft im WJ 2013/14:

BMELV-Testbetriebsnetz (Buchführungsergebnisse 2014/15)	
Gewinn + Personalaufwand je AK	27.405 €
AK-Besatz/Unternehmen	-
AKh/AK	2.300 per annum
Summe AKh / Unternehmen	-
€ : 2.300 AKh →	11,92 €/AKh.

Der Stundenlohn in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft beträgt 11,92 €/AKh.

Eigenkapitalveränderung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen und Größenklassen

Jahr Betriebsform	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15
Betriebsgröße in 1 000 € Standard-Output (SO)	€/Unternehmen				
Ackerbau	20 550	17 981	42 255	23 268	11 409
Gartenbau	4 366	7 615	4 494	5 383	5 043
Dauerkulturen	5 767	9 461	17 144	3 091	9 154
Weinbau	2 314	12 312	16 547	3 736	13 568
Obstbau	11 737	3 849	20 628	647	-2 261
Futterbau	10 598	10 147	6 480	12 927	-4 794
Milch	12 501	11 046	6 236	15 188	-5 185
Sonst. Futterbau	3 099	6 539	7 446	4 018	-3 218
Veredlung	-1 643	15 284	15 629	16 797	-2 328
Gemischt (Verbund)	11 259	12 592	14 418	14 345	593
Pflanzenbauverbund	16 161	13 425	24 079	13 299	8 278
Viehhaltungsverbund	6 244	12 418	7 679	6 100	-3 694
Pflanzenbau-Viehhaltung	12 945	12 564	16 228	18 396	1 620
Kleinere (50 - 100 SO)	2 174	2 804	4 701	2 586	1 132
Mittlere (100 - 250 SO)	9 160	11 635	11 910	11 128	- 59
Größere (250 und mehr SO)	21 346	23 578	31 007	32 433	- 642
Insgesamt	10 256	12 125	14 757	14 191	142

Quelle: BMEL (123)

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus¹⁾

	Einheit	2013/14	2014/15
Betriebe	Zahl	420	433
Repräsentierte Betriebe	Zahl	7 827	8 055
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	139	141
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	87,1	82,7
Vergleichswert	€/ha LF	614	608
Arbeitskräfte	AK	2,0	2,0
Nicht entlohnte AK (Fam.)	nAK	1,4	1,4
Viehbesatz	VE/100 ha	76,5	84,9
Weizenertrag	dt/ha	37,2	37,3
Kartoffelertrag	dt/ha	210,4	203,4
Milchleistung	kg/Kuh	5 871	5 938
Weizenpreis	€/dt	40,69	45,74
Kartoffelpreis	€/dt	50,48	33,80
Milchpreis	€/100 kg	48,47	48,23
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2 792	2 935
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	439	402
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1 369	1 528
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	597	594
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	300	305
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	26	25
Agrardieselvergütung	€/ha LF	21	22
Ausgleichszulage	€/ha LF	36	36
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	193	197
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	21	9
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	2 074	2 190
dar.: Düngemittel	€/ha LF	21	23
Pflanzenschutz	€/ha LF	2	3
Tierzukauf	€/ha LF	101	121
Futtermittel	€/ha LF	256	274
Personal	€/ha LF	150	165
Gewinn	€/ha LF	651	681
Gewinn	€/Untern.	56 688	56 331
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/AK	34 732	34 791
Veränderung gegen Vorjahr	%	+ 8,3	+ 0,2

1) Hochgerechnete Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe).

Quelle: BMEL (123)

Haupterwerbsbetriebe des ökologischen Landbaus im Vergleich¹⁾

- 2014/15 -

	Einheit	Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe
Betriebe	Zahl	433	7 217
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	141	220
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	82,7	82,4
Vergleichswert	€/ha LF	608	678
Arbeitskräfte	AK	2,0	1,9
Viehbesatz	VE/100 ha	84,9	150,5
Weizenertrag	dt/ha	37,3	83,8
Kartoffelertrag	dt/ha	203,4	437,8
Milchleistung	kg/Kuh	5 938	7 558
Weizenpreis	€/dt	45,74	16,69
Kartoffelpreis	€/dt	33,80	8,96
Milchpreis	€/100 kg	48,23	33,68
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2 935	3 822
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	402	826
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1 528	2 078
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	594	398
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	305	310
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	25	13
Agrardieselvergütung	€/ha LF	22	29
Ausgleichszulage	€/ha LF	36	14
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	197	23
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	9	9
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	2 190	3 246
dar.: Düngemittel	€/ha LF	23	163
Pflanzenschutz	€/ha LF	3	116
Tierzukauf	€/ha LF	121	335
Futtermittel	€/ha LF	274	566
Personal	€/ha LF	165	120
Gewinn	€/ha LF	681	499
Gewinn	€/Untem.	56 331	41 130
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/A K	34 791	27 405
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,2	-31,1

1) Hochgerechnete Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe).

Quelle: BMEL (123)

Bio-Betriebe und -Flächen in Deutschland 2015 nach Bundesländern

Bundesland	Betriebe insgesamt	Landwirtschaftliche Betriebe	Anzahl der Betriebe nach Betriebsformen								ökologisch bewirt. Flächen 2015 (in ha)	Vergleich zum Vorjahr (in %)	Relative Anteile an landwirtschaftlichen Betrieben			Deutschland insgesamt	
			A	B	C	E	H	AB	ABC	BC			Betrieben (in %)	Nutzflächen (in %)	2015, landw. Betriebe Anzahl	2015, bewirt. Fläche (in ha)	
Baden-Württemberg	9.484	7.130	6.312	1.669	62	23	415	812	6	185	130.436	4,7%	17,2%	9,2%	41.400	1.424.100	
Bayern	10.747	7.460	6.606	2.215	62	73	704	844	10	233	229.881	7,4%	8,1%	7,3%	91.600	3.153.600	
Berlin	578	39	27	381	14	2	85	12	0	57	394	1,3%	39,0%	19,7%	100	2.000	
Brandenburg	1.101	787	682	249	1	3	47	105	0	14	135.942	0,9%	15,1%	10,3%	5.200	1.321.700	
Bremen	176	19	16	81	8	2	31	3	0	35	1.268	26,9%	9,5%	14,9%	200	8.500	
Hamburg	579	40	26	244	71	1	84	14	0	139	1.189	9,1%	5,7%	8,3%	700	14.400	
Hessen	2.729	1.862	1.593	572	23	5	207	267	2	60	87.921	2,4%	11,4%	11,0%	16.300	796.500	
Mecklenburg-Vorp.	1.089	812	731	227	0	2	39	80	1	9	125.512	5,4%	17,7%	9,3%	4.600	1.346.200	
Niedersachsen	2.662	1.505	1.163	852	13	22	179	341	1	91	72.497	1,7%	4,0%	2,8%	37.900	2.604.700	
Nordrhein-Westfalen	3.562	1.823	1.546	1.150	36	21	388	273	4	144	69.330	-1,1%	5,7%	4,8%	32.100	1.457.100	
Rheinland-Pfalz	2.044	1.312	810	510	5	5	176	499	3	36	56.767	5,1%	7,3%	8,0%	18.000	705.400	
Saarland	320	183	159	90	5	2	34	24	0	6	10.130	9,5%	15,3%	13,1%	1.200	77.200	
Sachsen	935	556	491	282	2	8	74	65	0	13	37.424	2,1%	9,1%	4,1%	6.100	903.200	
Sachsen-Anhalt	587	387	338	159	0	4	27	49	0	10	57.034	2,6%	9,2%	4,9%	4.200	1.173.400	
Schleswig-Holstein	1.104	520	376	416	22	6	84	143	1	56	40.549	9,3%	4,0%	4,1%	12.900	989.400	
Thüringen	562	301	256	214	3	6	23	45	0	15	32.564	-1,0%	8,9%	4,2%	3.400	780.300	
Bundesgebiet insge	38.259	24.736	21.132	9.311	327	185	2.597	3.576	28	1.103	1.088.838	3,9%	9,0%	6,5%	275.900	16.730.700	

Anmerkung: A = erzeugende Betriebe, B = verarbeitende Betriebe, C = Importeure, E = Futtermittel,

Mischfuttermittel und Futtermittel-Ausgangserzeugnisse aufbereitende Betriebe, H= reine Handelsunternehmen.

Bei den jeweiligen Unternehmensformen sind auch die Betriebe enthalten, die einzelne oder mehrere Tätigkeiten der Bereiche A, B, C oder E ganz oder teilweise an Dritte vergeben.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), 2016;

BMEL (www.bmel-statistik.de) nach Statistischem Bundesamt und BMEL, 2016.

© AMI GmbH 07/2016. Alle Rechte vorbehalten.

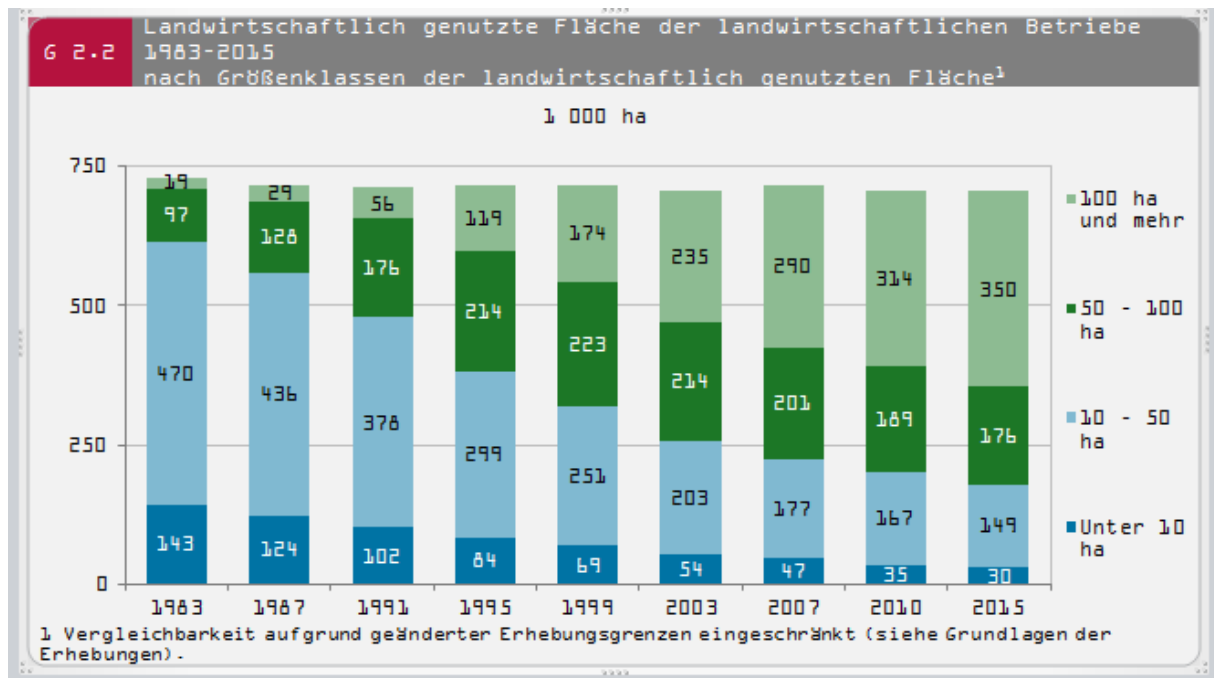
Stand: 11. Juli 2016

Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben nach Betriebsformen

- Ergebnisse des Testbetriebsnetzes 2014/15 -

	Ackerbau	Gartenbau	Weinbau	Obstbau	Milch	Sonstiger Futterbau	Veredlung	Gemischt-(Verbund) insgesamt	Insgesamt
Strukturdaten									
Betriebe Anteil %	15,2	5,0	4,2	1,6	37,3	9,2	11,1	16,2	100,0
Betriebsgröße Standard-Output (SO) 1 000 €	228,5	403,2	144,5	194,4	180,7	153,6	341,6	224,3	220,0
Ldw. genutzte Fläche (LF) ha	140,0	7,9	15,7	20,6	63,6	79,9	64,3	85,2	74,8
Arbeitskräfte (AK)	2,2	5,3	2,8	3,9	1,8	1,6	1,8	1,9	2,1
€/Unternehmen									
EU-Direktzahlungen	42 452	1 835	1 707	5 259	20 077	24 987	20 524	26 139	23 028
Zins- und Investitionszuschüsse	252	810	435	341	1 873	1 158	555	590	1 065
Agrardieselvergütung	3 493	402	625	993	2 108	1 997	1 887	2 449	2 171
Ausgleichszulage	449	9	14	13	1 919	1 892	273	818	1 123
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	3 081	258	1 017	1 203	2 588	5 682	1 284	3 057	2 673
sonstige Zahlungen	894	334	1 558	1 553	617	674	633	613	710
Zahlungen insgesamt									
€/Unternehmen	50 619	3 647	5 356	9 363	29 182	36 390	25 156	33 665	30 770
€/ha LF	362	463	341	455	459	455	391	395	411
€/AK	22 777	692	1 888	2 404	16 486	22 640	13 631	17 374	14 569
in % der betrieblichen Erträge	14,6	1,0	2,4	4,2	11,8	15,3	5,1	10,0	10,0
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand) €/AK	39 378	25 158	28 883	20 645	24 697	20 958	29 549	24 579	27 405
Anteil der Zahlungen insgesamt am Einkommen in %	57,8	2,8	6,5	11,6	66,8	108,0	46,1	70,7	53,2

Quelle: BMEL (Referat 123)



T 2.30 Unternehmensergebnisse (Gewinn) testbuchführender landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe¹ 2009/10 bis 2014/15² nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Wirtschaftsjahr (Landwirtschaft)							Veränderung 2014/15 zu 2013/14
	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15		
	EUR					Anzahl	EUR	
Landwirtschaft (ohne Dauerkultur)	37 619	60 376	50 430	63 701	73 617	365	39 658	-46,1
darunter								
Ackerbau	33 661	64 478	48 156	75 510	72 263	113	38 908	-46,2
Futterbau	34 937	58 897	52 064	50 216	77 338	123	38 311	-50,5
darunter								
Milchvieh	38 624	64 984	56 029	53 373	84 346	108	40 260	-52,3
Gemischtbetrieb	44 349	64 728	50 397	67 006	68 818	105	42 009	-39,0
Dauerkultur	45 871	63 272	69 708	78 073	72 327	312	78 500	8,5
darunter								
Weinbau	44 035	59 848	64 438	71 474	66 427	255	74 187	11,7
Öko-Betriebe	31 157	52 876	53 829	57 437	53 464	53	51 401	-3,9

¹ Nachweis erfolgt für Betriebe, für die auch im Vorjahr ein Abschluss vorlag (identische Betriebe). – ² Ab dem Wirtschaftsjahr 2010/11 werden die Betriebe nach der neuen betriebswirtschaftlichen Ausrichtung auf der Basis des Standardoutputs klassifiziert. Bis zum Wirtschaftsjahr 2009/10 erfolgte die Klassifizierung mit Hilfe des Standarddeckungsbeitrages. Die Vergleichbarkeit ist daher erheblich eingeschränkt.

Quelle: Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz

Öko-Unternehmen* und Ökofläche in den Bundesländern

*Öko-Unternehmen: Erzeugende und verarbeitende Betriebe, Importeure und Handelsunternehmen.

Bundesland	Anzahl Betriebe	Ökofläche (Hektar)
Baden-Württemberg	9.484	130.436
Bayern	10.747	229.881
Berlin	578	394
Brandenburg	1.101	135.942
Bremen	176	1.268
Hamburg	579	1.189
Hessen	2.729	87.921
Mecklenburg-Vorpommern	1.089	125.512
Niedersachsen	2.662	72.497
Nordrhein-Westfalen	3.562	69.330
Rheinland-Pfalz	2.044	56.767
Saarland	320	10.130
Sachsen	935	37.424
Sachsen-Anhalt	587	57.034
Schleswig-Holstein	1.104	40.549
Thüringen	562	32.564
Summe	38.259	1.088.838

Quelle: BLE-Strukturdaten, Stand: 31.12.2015

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1949-2014
 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Jahr ¹	Insgesamt		Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
			unter 5		5-10		10-20	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1949	211 017	887 970	152 478	328 847	42 240	292 572	13 795	180 633
1960	168 128	846 650	109 866	226 599	35 355	253 728	19 476	261 257
1965	143 920	842 989	87 659	176 907	28 803	207 395	22 110	304 695
1966	141 465	845 298	86 036	172 183	27 585	198 438	21 989	304 967
1967	138 057	841 337	83 615	167 486	26 375	189 806	21 876	305 259
1968	135 370	836 553	81 748	162 688	25 472	183 280	21 602	302 951
1969	130 378	835 648	77 812	154 303	24 039	172 517	21 147	298 152
1970	114 017	817 308	63 618	129 103	21 797	156 289	19 996	284 398
1971	106 358	814 536	57 961	117 117	20 035	143 469	18 596	265 639
1972	103 222	814 238	56 109	113 135	19 161	137 041	17 489	250 054
1973	99 153	808 983	53 849	107 800	17 931	128 266	16 426	235 528
1974	90 878	795 974	47 472	95 355	16 693	119 279	15 295	219 640
1975	86 627	786 906	44 506	89 805	15 855	113 484	14 666	210 589
1976	82 974	781 287	41 864	84 748	15 244	109 216	14 018	201 461
1977	81 555	777 256	41 321	82 177	14 590	104 487	13 617	195 129
1978	79 517	771 889	40 296	80 672	14 055	100 593	13 073	187 315
1979	74 792	760 527	36 841	71 426	13 148	94 182	12 514	178 856
1980	72 870	756 026	35 847	70 223	12 655	90 832	12 124	173 685
1981	70 368	746 709	34 368	67 174	12 100	86 987	11 708	167 816
1982	68 688	736 526	33 750	66 003	11 616	83 449	11 252	161 253
1983	67 528	730 005	33 542	64 089	11 044	79 363	10 916	156 206
1984	65 963	727 197	32 638	62 757	10 752	77 232	10 532	150 713
1985	64 270	724 683	31 707	61 434	10 340	74 390	10 197	146 016
1986	62 465	722 739	30 677	59 820	9 960	71 680	9 817	140 811
1987	60 415	716 418	29 752	56 259	9 389	67 628	9 340	134 111
1988	58 551	714 878	28 759	55 035	8 994	64 809	8 877	127 283
1989	57 683	716 472	28 781	54 027	8 663	62 282	8 374	120 167
1990	54 383	711 151	26 685	50 586	8 124	58 479	7 862	112 764
1991	51 506	711 858	24 824	46 867	7 638	54 756	7 426	106 273
1992	49 693	710 296	24 115	45 692	7 315	52 415	6 863	97 991
1993	47 893	718 290	23 225	43 580	7 035	50 381	6 411	91 472
1994	45 864	718 071	22 145	41 701	6 669	47 469	6 041	86 185
1995	43 694	715 930	21 072	39 902	6 242	44 442	5 651	80 543
1996	41 721	711 729	20 033	38 027	5 863	41 659	5 314	75 671
1997	40 250	717 357	19 277	36 783	5 629	40 112	4 986	71 039
1998	39 229	719 437	18 689	36 180	5 450	38 901	4 873	69 502
1999	35 475	715 831	15 357	30 960	5 307	37 804	4 949	71 251
2000 ²	33 900	715 800	14 600	29 600	4 800	35 000	5 000	73 200
2001	32 678	712 896	13 963	27 859	4 748	33 964	4 772	69 870
2002 ²	30 400	707 000	12 400	24 900	4 500	32 600	4 500	65 900
2003	29 330	706 537	11 965	24 406	4 193	29 996	4 380	63 990
2004 ²	27 900	709 800	11 200	23 200	3 900	28 400	4 100	60 100
2005	27 347	718 883	10 773	22 149	3 864	27 694	4 090	59 695
2006 ²	25 900	708 400	9 800	20 400	3 600	25 500	4 000	58 000
2007	25 529	715 356	9 568	20 498	3 746	26 878	3 871	56 443
2008 ²	24 700	719 400	9 000	19 300	3 600	25 600	3 900	57 700
2009 ²	23 800	704 800	8 600	18 400	3 400	24 500	3 800	54 900
2010	20 564	705 223	5 494	11 387	3 331	24 066	3 719	54 235
2011 ²	20 000	703 000	5 200	10 900	3 300	23 900	3 600	52 900
2012 ²	19 200	698 000	4 800	10 000	3 100	22 000	3 400	49 900
2013 ²	19 100	707 000	4 600	9 900	3 100	22 400	3 500	51 000
2014 ²	18 800	703 500	4 600	9 600	2 900	21 400	3 400	49 300

T 2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1949-2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche								
Jahr ¹	Insgesamt		Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
			unter 5		5 - 10		10 - 20	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1949	211 017	887 970	152 478	328 847	42 240	292 572	13 795	180 633
1960	168 128	846 650	109 866	226 599	35 355	253 728	19 476	261 257
1965	143 920	842 989	87 659	176 907	28 803	207 395	22 110	304 695
1966	141 465	845 298	86 036	172 183	27 585	198 438	21 989	304 967
1967	138 057	841 337	83 615	167 486	26 375	189 806	21 876	305 259
1968	135 370	836 553	81 748	162 688	25 472	183 280	21 602	302 951
1969	130 378	835 648	77 812	154 303	24 039	172 517	21 147	298 152
1970	114 017	817 308	63 618	129 103	21 797	156 289	19 996	284 398
1971	106 358	814 536	57 961	117 117	20 035	143 469	18 596	265 639
1972	103 222	814 238	56 109	113 135	19 161	137 041	17 489	250 054
1973	99 153	808 983	53 849	107 800	17 931	128 266	16 426	235 528
1974	90 878	795 974	47 472	95 355	16 693	119 279	15 295	219 640
1975	86 627	786 906	44 506	89 805	15 855	113 484	14 666	210 589
1976	82 974	781 287	41 864	84 748	15 244	109 216	14 018	201 461
1977	81 555	777 256	41 321	82 177	14 590	104 487	13 617	195 129
1978	79 517	771 889	40 296	80 672	14 055	100 593	13 073	187 315
1979	74 792	760 527	36 841	71 426	13 148	94 182	12 514	178 856
1980	72 870	756 026	35 847	70 223	12 655	90 832	12 124	173 685
1981	70 368	746 709	34 368	67 174	12 100	86 987	11 708	167 816
1982	68 688	736 526	33 750	66 003	11 616	83 449	11 252	161 253
1983	67 528	730 005	33 542	64 089	11 044	79 363	10 916	156 206
1984	65 963	727 197	32 638	62 757	10 752	77 232	10 532	150 713
1985	64 270	724 683	31 707	61 434	10 340	74 390	10 197	146 016
1986	62 465	722 739	30 677	59 820	9 960	71 680	9 817	140 811
1987	60 415	716 418	29 752	56 259	9 389	67 628	9 340	134 111
1988	58 551	714 878	28 759	55 035	8 994	64 809	8 877	127 283
1989	57 683	716 472	28 781	54 027	8 663	62 282	8 374	120 167
1990	54 383	711 151	26 685	50 586	8 124	58 479	7 862	112 764
1991	51 506	711 858	24 824	46 867	7 638	54 756	7 426	106 273
1992	49 693	710 296	24 115	45 692	7 315	52 415	6 863	97 991
1993	47 893	718 290	23 225	43 580	7 035	50 381	6 411	91 472
1994	45 864	718 071	22 145	41 701	6 669	47 469	6 041	86 185
1995	43 694	715 930	21 072	39 902	6 242	44 442	5 651	80 543
1996	41 721	711 729	20 033	38 027	5 863	41 659	5 314	75 671
1997	40 250	717 357	19 277	36 783	5 629	40 112	4 986	71 039
1998	39 229	719 437	18 689	36 180	5 450	38 901	4 873	69 502
1999	35 475	715 831	15 357	30 960	5 307	37 804	4 949	71 251
2000 ²	33 900	715 800	14 600	29 600	4 800	35 000	5 000	73 200
2001	32 678	712 896	13 963	27 859	4 748	33 964	4 772	69 870
2002 ²	30 400	707 000	12 400	24 900	4 500	32 600	4 500	65 900
2003	29 330	706 537	11 965	24 406	4 193	29 996	4 380	63 990
2004 ²	27 900	709 800	11 200	23 200	3 900	28 400	4 100	60 100
2005	27 347	718 883	10 773	22 149	3 864	27 694	4 090	59 695
2006 ²	25 900	708 400	9 800	20 400	3 600	25 500	4 000	58 000
2007	25 529	715 356	9 568	20 498	3 746	26 878	3 871	56 443
2008 ²	24 700	719 400	9 000	19 300	3 600	25 600	3 900	57 700
2009 ²	23 800	704 800	8 600	18 400	3 400	24 500	3 800	54 900
2010	20 564	705 223	5 494	11 387	3 331	24 066	3 719	54 235
2011 ²	20 000	703 000	5 200	10 900	3 300	23 900	3 600	52 900
2012 ²	19 200	698 000	4 800	10 000	3 100	22 000	3 400	49 900
2013 ²	19 100	707 000	4 600	9 900	3 100	22 400	3 500	51 000
2014 ²	18 800	703 500	4 600	9 600	2 900	21 400	3 400	49 300
2015 ²	18 100	705 400	4 300	9 000	2 900	20 800	3 300	48 900

noch:
T 2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1949-
2015
nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Jahr ¹	noch: davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
	20 - 50		50 - 100		100 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1949	2 194	60 190	245	16 754	65	8 974
1960	3 147	82 666	240	16 155	44	6 245
1965	5 056	131 059	243	16 071	49	6 862
1966	5 532	143 686	262	17 244	61	8 780
1967	5 879	153 212	253	16 746	59	8 828
1968	6 245	162 904	248	16 528	55	8 202
1969	7 058	184 881	265	17 578	57	8 217
1970	8 238	218 978	310	20 211	58	8 329
1971	9 296	252 748	402	25 544	68	10 018
1972	9 924	274 127	470	29 650	69	10 231
1973	10 292	289 617	577	36 399	78	11 373
1974	10 615	303 692	714	44 876	89	13 132
1975	10 715	309 042	793	49 857	92	14 129
1976	10 894	316 599	857	53 877	97	15 386
1977	10 987	320 736	944	59 127	96	15 600
1978	10 966	322 748	1 023	64 227	104	16 334
1979	11 021	326 493	1 166	73 351	102	16 215
1980	10 875	324 717	1 260	79 684	109	16 882
1981	10 737	322 269	1 349	85 783	106	16 688
1982	10 518	317 072	1 439	91 542	113	17 207
1983	10 373	314 047	1 526	97 324	127	18 972
1984	10 277	312 309	1 613	103 016	151	21 174
1985	10 132	309 419	1 736	111 217	158	22 208
1986	10 002	307 603	1 837	118 820	172	23 995
1987	9 745	301 518	1 981	128 349	208	28 550
1988	9 592	298 551	2 086	136 066	243	33 126
1989	9 295	291 218	2 278	149 160	292	39 626
1990	8 927	281 911	2 439	161 334	346	46 081

¹ Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aus methodischen Gründen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 2 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

noch: T 2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 1949-2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Jahr ¹	noch: davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha					
	20 - 50		50 - 100		100 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
1991	8 557	272 091	2 639	175 772	422	56 093
1992	8 121	260 517	2 778	187 265	501	66 426
1993	7 565	243 233	3 025	204 773	632	84 849
1994	7 142	229 859	3 115	211 767	752	101 098
1995	6 743	218 367	3 112	213 571	874	119 101
1996	6 439	209 081	3 107	215 080	965	132 213
1997	6 122	199 083	3 155	220 031	1 081	150 308
1998	5 913	192 848	3 143	220 202	1 161	161 805
1999	5 462	179 638	3 165	222 583	1 235	173 596
2000 ²	5 000	164 100	3 100	222 000	1 400	191 900
2001	4 621	153 350	3 137	221 833	1 437	206 020
2002 ²	4 400	144 400	3 100	222 100	1 500	217 100
2003	4 175	138 738	3 013	214 189	1 604	235 218
2004 ²	4 100	135 100	3 000	210 700	1 700	252 300
2005	3 882	128 191	2 953	210 304	1 785	270 849
2006 ²	3 800	125 700	2 900	206 000	1 800	272 800
2007	3 650	120 822	2 820	200 820	1 874	289 894
2008 ²	3 500	116 500	2 800	197 600	1 900	302 800
2009 ²	3 400	115 000	2 700	190 200	1 900	301 800
2010	3 411	112 930	2 629	188 680	1 980	313 925
2011 ²	3 400	111 200	2 500	178 300	2 100	325 900
2012 ²	3 300	110 500	2 600	183 300	2 000	322 400
2013 ²	3 300	108 400	2 500	178 100	2 100	337 200
2014 ²	3 300	109 000	2 600	184 900	2 000	329 200
2015 ²	3 100	100 400	2 400	175 900	2 100	350 400

¹ Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aus methodischen Gründen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – ² Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

T 2.2 Landwirtschaftliche Betriebe 1949-2015 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1949	1960	1971	1979	1991	1999	2010	2015 ¹	Durchschnittliche jährliche Veränderungs
Betriebe (Anzahl)									
Unter 5 ¹	152 478	109 866	57 961	36 841	24 824	15 357	5 494	4 300	-7,7
5 - 10	42 240	35 355	20 035	13 148	7 638	5 307	3 331	2 900	-3,8
10 - 20	13 795	19 476	18 596	12 514	7 426	4 949	3 719	3 300	-2,4
20 - 50	2 194	3 147	9 296	11 021	8 557	5 462	3 411	3 100	-3,5
50 - 100	245	240	402	1 166	2 639	3 165	2 629	2 400	-1,6
100 - 200	62	39	60	83	391	1 134	1 624	1 600	2,3
200 und mehr	3	5	8	19	31	101	356	500	9,9
Insgesamt	211 017	168 128	106 358	74 792	51 506	35 475	20 564	18 100	-4,1
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha)									
Unter 5 ¹	328 847	226 599	117 117	71 426	46 867	30 960	11 387	9 000	-7,4
5 - 10	292 572	253 728	143 469	94 182	54 756	37 804	24 066	20 800	-3,7
10 - 20	180 633	261 257	265 639	178 856	106 273	71 251	54 235	48 900	-2,3
20 - 50	60 190	82 666	252 748	326 493	272 091	179 638	112 930	100 400	-3,6
50 - 100	16 754	16 155	25 544	73 351	175 772	222 583	188 680	175 900	-1,5
100 - 200	7 987	5 080	7 920	10 453	47 867	148 223	219 409	223 600	2,6
200 und mehr	987	1 165	2 098	5 762	8 226	25 373	94 516	126 800	10,6
Insgesamt	887 970	846 650	814 536	760 527	711 858	715 831	705 223	705 400	-0,1

¹ Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – ² Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund mehrfach geänderter unterer Erhebungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen).

Viehbestände 1950-2014 nach Tierarten

Jahr ^{1, 2}	Rinder		Schweine		Schafe	Ziegen	Hühner		Einhufer ³
	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter	
		Milchkühe		Zuchtsauen				Legehennen 1/2 Jahr und	
1950	678 204	366 000	628 053	44 082	79 253	166 072	2 827 746	2 574 623	87 783
1951	697 982	372 126	732 859	40 138	82 190	156 856	3 166 683	2 904 127	85 657
1952	702 684	371 401	645 624	34 645	78 580	135 504	3 282 130	3 040 544	81 941
1953	689 265	367 484	607 774	38 151	64 932	114 133	3 543 480	3 301 195	77 826
1954	665 557	357 593	732 876	47 224	52 490	93 626	3 568 653	3 340 463	72 775
1955	672 135	345 574	732 492	43 031	48 263	75 561	3 401 016	3 189 076	68 875
1956	696 322	344 355	727 287	46 351	47 780	61 181	3 434 870	3 228 345	65 676
1957	697 196	336 244	738 955	48 676	50 315	48 812	3 582 697	3 380 729	62 156
1958	693 804	326 828	659 284	41 768	54 456	38 327	3 561 082	3 363 734	59 711
1959	704 261	326 025	668 201	46 379	54 673	29 340	3 580 953	3 390 102	55 093
1960	733 861	334 569	711 296	51 875	53 300	22 758	3 505 913	3 321 479	50 570
1961	762 585	336 943	768 690	58 408	52 871	17 415	3 574 840	3 234 504	45 293
1962	737 215	326 679	705 504	50 503	49 950	12 575	3 587 583	3 251 938	40 108
1963	718 312	311 980	711 679	55 958	50 003	8 879	3 789 759	3 404 778	35 482
1964	704 559	302 324	747 276	55 337	47 323	6 400	3 986 618	3 513 347	30 926
1965	739 233	298 432	721 814	55 643	41 312	4 582	4 289 860	3 638 838	27 142
1966	759 748	298 190	738 908	61 577	44 529	3 439	4 716 995	3 956 837	23 643
1967	760 705	296 936	821 951	68 109	46 571	2 810	4 946 713	4 165 706	21 330
1968	755 331	293 783	786 885	64 559	47 269	2 136	5 018 379	4 309 837	19 508
1969	753 702	288 452	757 932	70 238	49 401	1 735	5 161 643	4 330 057	17 581
1970	725 734	265 755	827 395	76 533	55 198	1 432	5 075 975	4 011 888	16 642
1971	685 616	252 398	741 454	68 849	61 744	1 312	5 095 953	4 000 511	16 547
1972	678 039	250 933	743 565	69 548	62 822	1 112	4 937 964	3 837 334	16 829
1973	693 164	250 365	737 213	70 833	75 278	1 238	4 595 194	3 615 639	17 981
1974	685 706	242 132	712 597	69 588	75 226	.	4 509 457	3 383 951	19 368
1975	674 790	238 689	677 019	72 904	77 649	.	4 295 803	3 169 664	20 239
1976	653 996	232 831	683 137	74 676	82 997	.	4 312 502	2 930 531	20 990
1977	672 289	237 281	699 199	79 112	89 083	1 499	4 242 525	2 347 252	21 608
1978	682 292	238 423	729 319	80 747	85 578	.	3 755 677	2 083 670	21 525
1979	678 215	235 806	687 333	78 509	87 614	.	3 626 645	1 995 057	21 836
1980	672 930	234 610	695 202	77 934	99 706	.	3 520 323	2 006 802	21 290
1981	654 784	228 359	646 433	74 616	88 748	.	3 319 078	1 944 431	21 818
1982	638 387	227 983	658 352	75 203	95 007	.	3 290 640	1 918 178	20 946
1983	638 156	230 306	676 994	76 079	92 279	.	3 298 731	1 802 085	19 455
1984	637 259	227 428	639 542	75 097	99 719	.	3 297 145	1 812 095	19 135
1985	631 833	219 960	666 891	79 626	101 207	.	2 858 082	1 793 022	.
1986	604 321	216 081	639 312	76 075	113 124	.	2 870 106	1 687 914	19 927
1987	578 933	201 649	592 034	68 135	117 879
1988	564 311	198 871	544 654	60 296	125 254	.	3 106 631	1 441 550	20 946
1989	551 655	191 809	533 277	59 989	132 427

1 Erhebungsstichtag 1950-1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998, 2011, 2012 und 2014: November; Erhebungsstichtag 1999-2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010 und 2013: März; - 2 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). - 3 Bis 1999 nur Pferde.

noch: T 7.1 Viehbestände 1950-2015 nach Tierarten										
Jahr ^{1, 2}	Rinder			Schweine		Schafe	Ziegen	Hühner		Einhufer ³
	insgesamt	darunter	insgesamt	darunter	insgesamt			darunter		
		Milchkühe		Zuchtsauen				Legehennen	1/2 Jahr	
1990	542 268	180 420	509 562	58 607	144 180	.	2 861 573	1 343 471	21 264	
1991	520 200	166 096	488 209	55 996	139 942	
1992	497 253	155 398	485 946	56 847	141 926	.	2 669 441	1 186 332	24 247	
1993	491 011	154 610	465 705	51 377	138 248	
1994	488 061	150 866	435 270	45 496	137 032	.	2 125 578	1 059 440	27 712	
1995	489 450	148 500	396 831	41 973	138 498	
1996	487 366	148 461	396 519	40 605	132 377	.	1 837 704	1 094 730	29 857	
1997	470 255	141 953	399 736	41 625	126 657	
1998	456 637	136 019	418 876	41 908	
1999	457 228	136 392	379 274	38 574	144 943	.	1 798 739	916 455	22 011	
2000	451 282	130 451	374 698	35 951	142 595	
2001	446 182	131 903	361 945	34 029	138 178	.	1 706 150	843 043	23 920	
2002	433 652	130 012	355 436	32 280	127 236	
2003	410 455	126 587	340 809	30 948	130 156	.	1 642 579	723 753	23 371	
2004	397 443	125 179	324 047	28 895	128 777	
2005	389 677	122 377	315 942	28 172	121 886	.	1 552 530	612 774	23 817	
2006	383 749	118 067	301 323	27 848	112 946	
2007	382 801	117 284	297 589	26 589	114 646	.	1 648 446	656 450	25 179	
2008	391 580	119 265	285 740	25 009	107 951	
2009	384 051	118 398	268 536	21 875	100 900	
2010	368 880	118 501	258 166	21 228	89 229	5 145	1 519 812	749 804	19 639	
2011 ⁴	363 060	117 783	242 500	16 800	70 900	
2012 ⁴	355 364	116 758	215 800	15 400	69 100	
2013 ⁵	344 900	117 200	214 400	17 100	83 800	6 500	1 467 500	900 800	19 000	
2014 ⁴	368 229	119 947	203 900	14 400	62 900	
2015 ⁴	359 555	118 107	192 000	13 000	66 200	

1 Erhebungsstichtag 1950-1997: Dezember; Erhebungsstichtag 1998, 2011, 2012, 2014 und 2015: November; Erhebungsstichtag 1999-2009: Mai; Erhebungsstichtag 2010 und 2013: März. – 2 Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund geänderter unterer Erfassungsgrenzen eingeschränkt (siehe Grundlagen der Erhebungen). – 3 Bis 1999 nur Pferde. – 4 Schweine und Schafe Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet. – 5 Stichprobenerhebung; Ergebnis der Hochrechnung auf 100 gerundet.

T 10.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Bundesländern

Bundesland	Insgesamt	Davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5	5 - 10	10 - 20	20 - 50	50 - 100	100 - 200	200 und mehr
Betriebe (1 000)								
Baden-Württemberg	41,6	6,7	7,3	8,7	9,6	6,2	2,6	0,5
Bayern	92,2	4,1	16,5	24,7	27,9	14,1	4,1	0,7
Berlin ¹	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	5,3	0,3	0,6	0,8	0,9	0,6	0,5	1,6
Bremen ¹	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg ¹	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	.
Hessen	16,4	1,0	2,6	3,5	4,2	2,9	1,7	0,4
Mecklenburg-Vorpom	4,7	0,3	0,5	0,5	0,6	0,4	0,5	1,8
Niedersachsen	39,5	3,2	4,5	5,5	8,3	9,8	6,2	1,9
Nordrhein-Westfale	33,9	3,9	4,4	5,9	9,0	7,5	2,8	0,4
Rheinland-Pfalz	18,1	4,3	2,9	3,3	3,1	2,4	1,6	0,5
Saarland	1,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,3	0,7	1,3	1,2	1,1	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	1,6
Schleswig-Holstein	13,0	0,8	1,7	1,7	2,3	3,1	2,4	0,9
Thüringen	3,5	0,3	0,6	0,6	0,5	0,3	0,3	0,8
Deutschland	280,8	26,4	43,8	57,1	68,6	48,8	24,1	12,1
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (1 000 ha)								
Baden-Württemberg	1 424,1	11,7	54,2	127,9	317,0	433,5	353,1	126,8
Bayern	3 153,6	8,7	117,7	379,5	931,5	968,0	532,1	216,1
Berlin ¹	2,0	0,0	0,1	0,1	0,4	0,3	0,8	0,3
Brandenburg	1 321,7	0,5	4,6	11,1	30,1	41,5	79,1	1 154,7
Bremen ¹	8,5	0,0	0,2	0,4	1,0	3,1	3,0	0,9
Hamburg ¹	14,4	0,5	0,5	1,3	3,3	2,9	3,1	.
Hessen	769,5	2,0	19,5	52,4	138,6	205,1	225,6	126,3
Mecklenburg-Vorpom	1 346,2	0,5	3,9	8,0	21,2	30,4	75,9	1 206,4
Niedersachsen	2 604,7	4,0	33,4	82,0	283,7	714,2	837,5	650,1
Nordrhein-Westfale	1 457,1	4,5	32,7	87,8	306,0	524,5	368,5	133,0
Rheinland-Pfalz	705,4	9,0	20,8	48,9	100,4	175,9	223,6	126,8
Saarland	77,2	0,1	1,3	3,2	7,8	15,9	30,8	18,1
Sachsen	903,2	1,0	9,0	16,8	33,9	42,0	81,7	718,8
Sachsen-Anhalt	1 173,4	0,5	3,3	6,7	20,2	31,1	70,4	1 041,2
Schleswig-Holstein	989,4	1,7	12,3	24,2	79,3	231,1	332,4	308,5
Thüringen	780,3	0,5	4,7	8,5	16,1	21,6	43,6	685,5
Deutschland	16 730,7	45,4	318,2	858,6	2 290,7	3 440,8	3 261,2	6 515,9

1) 2013.

T 10.24 Bodenfläche 2014¹ nach Nutzungsarten und Bundesländern

Bundesland	Bodenfläche insgesamt	Gebäude- und Freifläche			Betriebsfläche		Erholungsfläche	Verkehrsfläche	
		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Abbauland		insgesamt	darunter Straße, Weg, Platz
			Wohnen	Gewerbe und Industrie					
ha									
Baden-Württemberg	3 575 135	277 144	149 218	47 757	11 175	6 751	31 359	197 371	183 280
Bayern	7 055 012	430 273	210 470	45 001	35 575	15 493	50 796	329 848	307 841
Berlin	89 169	37 038	21 389	3 449	529	5	10 674	13 294	10 736
Brandenburg	2 965 434	130 799	62 467	31 804	43 044	33 753	26 796	110 064	93 918
Bremen	41 939	13 894	6 484	2 529	955	7	3 457	4 966	3 766
Hamburg	75 522	28 481	16 362	4 101	628	22	5 854	9 400	7 247
Hessen	2 111 490	157 165	91 036	16 959	11 534	4 334	20 903	143 285	132 223
Mecklenburg-Vorpommern	2 321 270	82 385	34 176	12 070	8 367	4 610	31 829	69 071	57 908
Niedersachsen	4 761 482	355 159	200 012	43 168	33 791	24 623	46 380	247 549	204 625
Nordrhein-Westfalen	3 411 040	437 342	229 950	54 160	39 631	18 974	68 747	244 490	198 384
Rheinland-Pfalz ²	1 985 436	118 678	61 592	14 578	10 840	4 590	34 360	122 708	98 011
Saarland ²	256 976	32 204	11 834	4 383	2 801	577	2 596	16 055	14 307
Sachsen	1 842 026	131 887	73 400	21 321	34 375	28 614	25 146	80 002	67 582
Sachsen-Anhalt	2 045 168	88 101	36 357	18 331	13 776	10 479	52 135	79 266	70 284
Schleswig-Holstein	1 580 299	110 031	67 145	10 864	8 867	4 505	17 709	69 769	61 713
Thüringen	1 620 214	71 989	40 597	13 211	8 458	4 611	10 956	69 931	63 041
Deutschland	35 737 612	#####	#####	343 685	264 346	161 947	439 695	#####	#####

Bodenfläche 2013¹ nach Nutzungsarten und Bundesländern

Land	Landwirtschaftsfläche	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen anderer Nutzung		Siedlungs- und Verkehrsfläche
				insgesamt	darunter Friedhof	
Baden-Württemberg	1 627 203	1 369 506	38 980	23 528	3 708	512 944
Bayern	3 456 858	2 476 636	144 258	146 041	3 206	818 864
Berlin	3 882	16 323	5 961	1 464	1 091	62 625
Brandenburg	1 461 923	1 053 061	102 248	38 422	2 346	278 236
Bremen	11 851	821	5 182	892	347	23 534
Hamburg	18 559	4 807	6 078	1 505	807	45 350
Hessen	886 712	847 954	29 379	15 862	2 934	330 194
Mecklenburg-Vorpommern	1 447 504	507 357	141 262	34 053	1 297	187 604
Niedersachsen	2 855 159	1 047 381	110 865	69 014	4 301	658 778
Nordrhein-Westfalen	1 660 633	879 842	67 137	16 786	8 148	776 118
Rheinland-Pfalz ²	828 834	834 806	27 441	7 986	1 962	283 734
Saarland ²	110 186	87 392	2 604	3 297	646	53 564
Sachsen	1 008 847	500 380	38 164	31 600	1 700	235 706
Sachsen-Anhalt	1 257 883	504 519	47 426	2 884	1 829	223 972
Schleswig-Holstein	1 104 167	166 426	80 158	23 874	1 327	202 132
Thüringen	879 098	519 022	19 908	41 031	1 182	154 878
Deutschland	18 619 298	10 816 232	867 050	458 237	36 830	4 848 234

¹ Stichtag 31.12. - ² Fläche einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

Bodenfläche 2012¹ nach Nutzungsarten und Bundesländern

Land	Bodenfläche insgesamt	Davon								Siedlungs- und Verkehrsfläche
		Gebäude- und Freifläche	Betriebsfläche	Erholungsfläche	Verkehrsfläche	Landwirtschaft	Waldfläche	Wasserfläche	Flächen andere	
%										
Baden-Württemberg	100	7,7	0,3	0,9	5,5	45,5	38,3	1,1	0,7	14,3
Bayern	100	6,0	0,4	0,6	4,8	49,0	35,1	2,0	2,1	11,6
Berlin	100	41,5	0,6	12,0	14,9	4,4	18,3	6,7	1,6	70,2
Brandenburg	100	4,4	1,4	0,9	3,7	49,3	35,5	3,4	1,3	9,4
Bremen	100	33,2	2,3	8,1	11,7	28,3	2,0	12,4	2,1	56,1
Hamburg	100	37,8	0,9	7,8	12,5	24,6	6,4	8,0	2,0	60,0
Hessen	100	7,4	0,5	1,0	6,8	42,0	40,2	1,4	0,8	15,6
Mecklenburg-Vorpommern	100	3,5	0,4	1,4	3,0	62,4	21,9	6,1	1,5	8,1
Niedersachsen	100	7,4	0,7	1,0	5,2	60,0	22,0	2,3	1,4	13,8
Nordrhein-Westfalen	100	12,8	1,2	2,0	7,1	48,7	25,8	2,0	0,5	22,8
Rheinland-Pfalz ²	100	6,0	0,5	1,7	6,2	41,7	42,0	1,4	0,4	14,3
Saarland ²	100	12,5	1,1	1,0	6,2	42,9	34,0	1,0	1,3	20,8
Sachsen	100	6,9	1,8	1,3	4,2	54,8	27,2	2,1	1,7	12,8
Sachsen-Anhalt	100	4,3	0,7	2,6	3,8	61,5	24,7	2,3	0,1	11,0
Schleswig-Holstein	100	6,9	0,6	1,1	4,4	69,9	10,5	5,1	1,5	12,8
Thüringen	100	4,5	0,5	0,5	4,2	54,4	32,1	1,2	2,5	9,6
Deutschland	100	7,0	0,7	1,2	5,1	52,1	30,3	2,4	1,3	13,6

¹ Stichtag 31.12. - ² Fläche einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

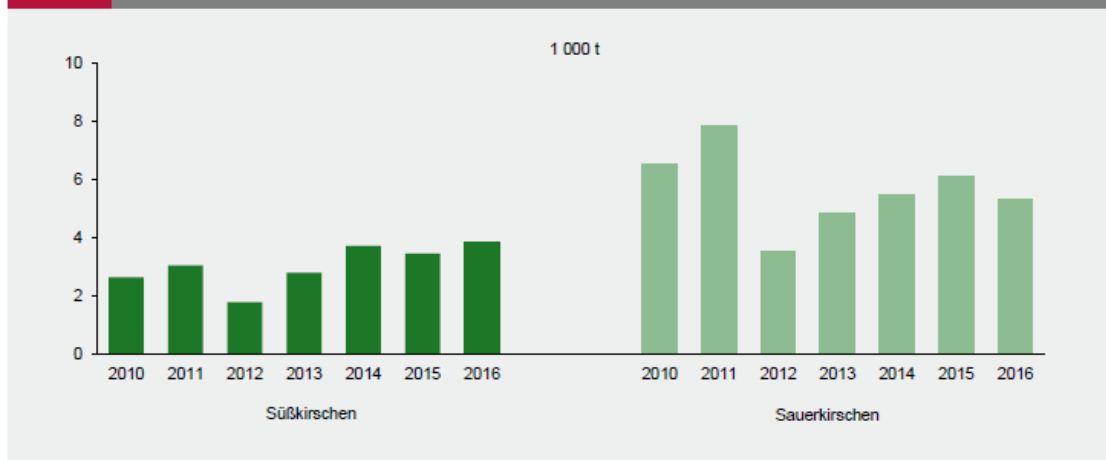
Anbau und Ernte von Gemüse auf dem Freiland 2014 und 2015

Gemüseart	2014		2015			
	Anbaufläche	Erntemenge	Anbaufläche	Veränderung zum Vorjahr	Erntemenge	Veränderung zum Vorjahr
	1.000 ha	1.000 t	1.000 ha	%	1.000 t	%
Kohl Gemüse zusammen	2,6	86,2	2,3	-11,5	87,0	0,9
darunter						
Blumenkohl	1,3	44,2	1,1	-15,4	38,3	-13,3
Blatt- und Stängelm Gemüse zusammen	6,4	145,6	6,7	4,7	142,6	-2,1
darunter						
Spargel im Ertrag	1,1	6,3	1,1	0,0	6,6	4,8
Feldsalat	1,0	7,6	1,0	0,0	5,7	-25,0
Kopfsalat	0,5	19,3	0,5	0,0	18,1	-6,2
Rucolasalat	0,5	6,6	0,6	20,0	6,7	1,5
Porree (Lauch)	0,8	44,2	0,7	-12,5	32,1	-27,4
Wurzel- und Knollengemüse zusammen	8,1	344,3	8,4	3,7	350,4	1,8
darunter						
Möhren und Karotten	1,7	94,6	1,8	5,9	92,2	-2,5
Radieschen	2,6	58,7	2,6	0,0	65,9	12,3
Bundzwiebeln (Frühlingszwiebeln)	1,7	75,9	1,8	5,9	85,9	13,2
Speisezwiebeln (Trockenzwiebeln einschl. Schalotten)	1,4	67,3	1,5	7,1	68,0	1,0
Fruchtgemüse zusammen	1,2	33,1	1,2	0,0	33,4	0,9
Speisekürbisse (z.B. Hokkaido, Butternut, Riesen Kürbis)	0,5	12,3	0,5	0,0	12,5	1,6
Hülsenfrüchte zusammen	0,4	3,4	0,5	25,0	3,7	8,8
Sonstige Gemüsearten	0,4	10,6	0,4	0,0	11,0	3,8
Insgesamt	19,2	623,2	19,5	1,6	628,1	0,8

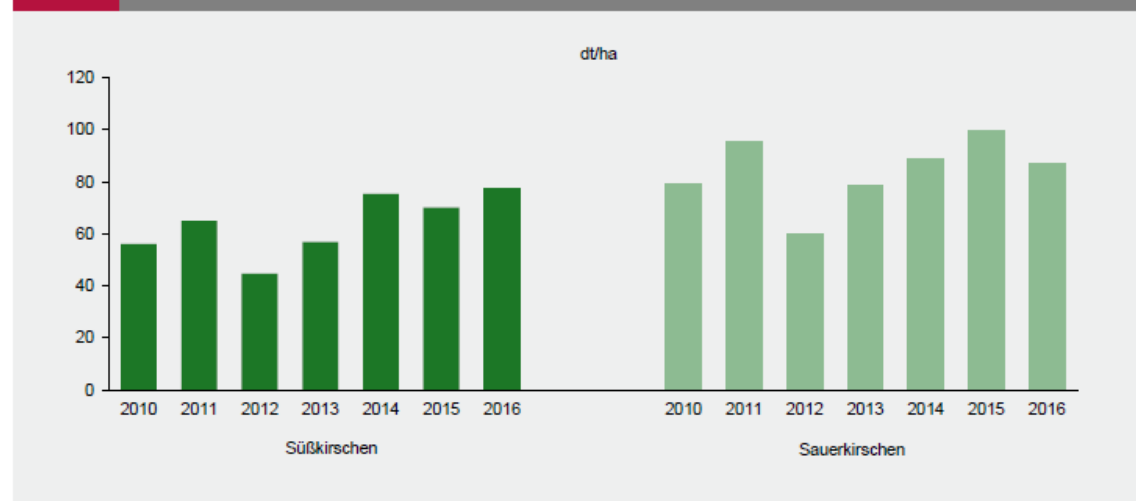
T 1 Erntevorschätzung für Süß- und Sauerkirschen 2015 und 2016 im Markttobstbau

Obstart	Fläche ¹ ha	Hektarertrag				Erntemenge			
		D 2010/2015	endgültiges Ergebnis	Vorschätzung Juni		D 2010/2015	endgültiges Ergebnis	Vorschätzung Juni	
				2015	2016			2015	2016
		dt/ha				dt			
Süßkirschen	496	60,0	70,1	76,4	77,5	29 287	34 764	37 900	38 445
Sauerkirschen	617	83,6	99,7	106,9	86,8	57 396	61 557	65 998	53 589

1 Obstanbauerhebung 2012.

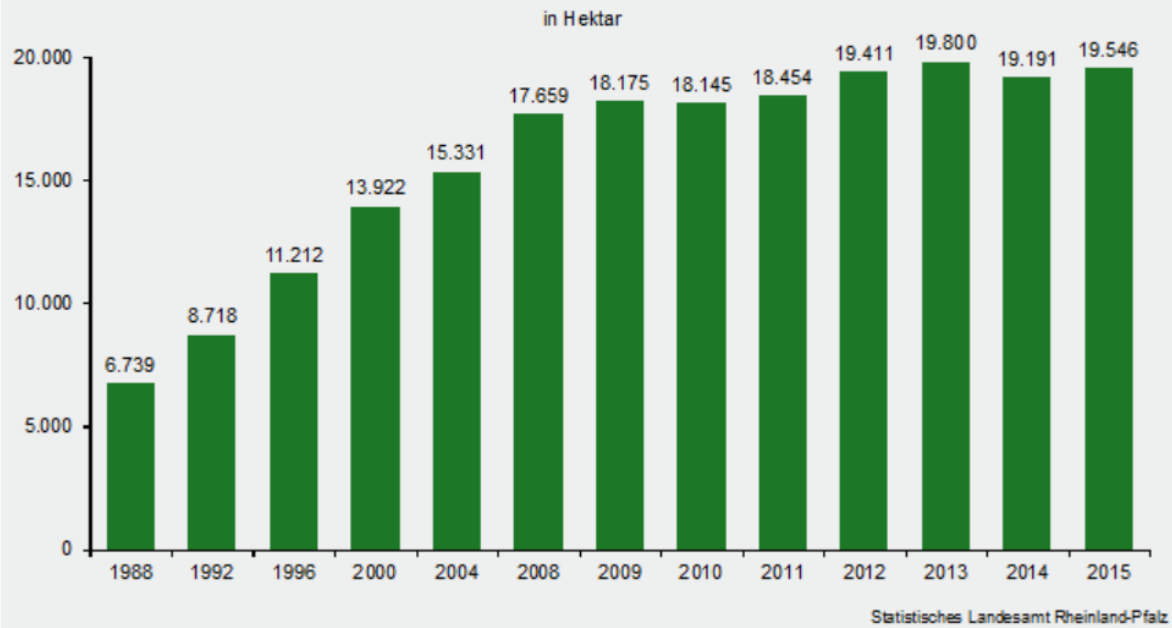
G 1 Erntemengen von Süß- und Sauerkirschen 2010–2016¹

1 2016: vorläufig.

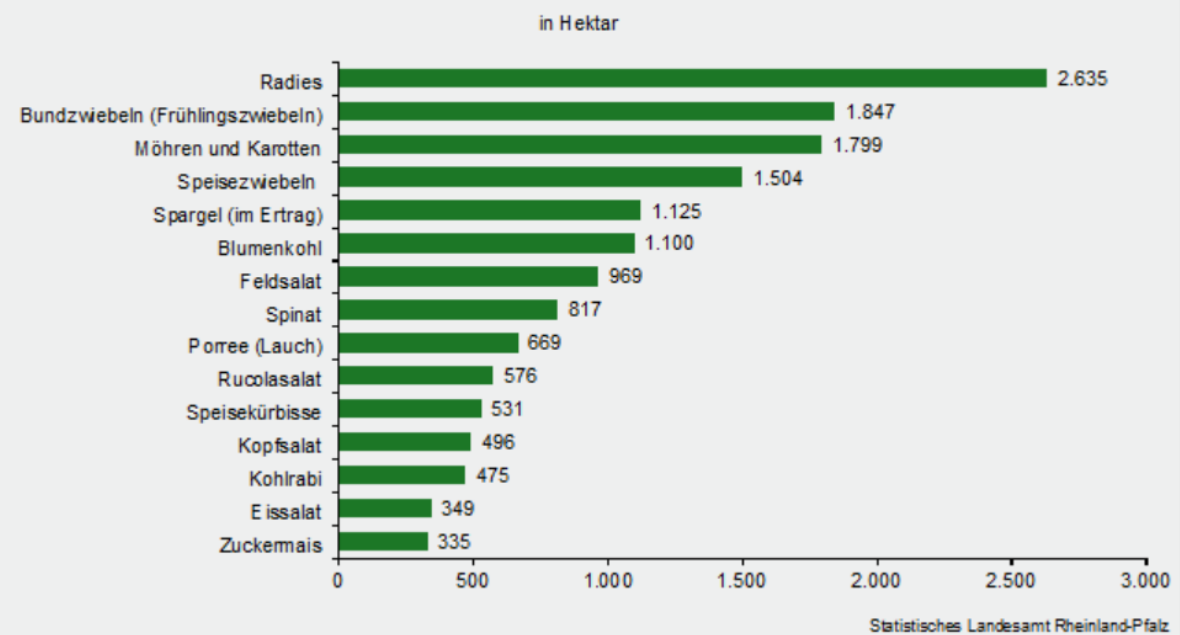
G 2 Hektarerträge von Süß- und Sauerkirschen 2010–2016¹

1 2016: vorläufig.

Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 1988 bis 2015



Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 2015 nach Arten (Top 15)



Maßnahmenübersicht zu Kapitel 2.2 – Krisenbewältigung

Follow-up zur Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 14. März 2016			
	<i>Thema</i>	<i>Folgemaßnahmen</i>	<i>Indikativer Zeitplan</i>
1	Freiwillige Angebotssteuerung im Milchsektor	<ul style="list-style-type: none"> • Durchführungsverordnung zur Aktivierung des Artikels 222 GMO • Dringende Delegierte Verordnung auf der Grundlage von Artikel 219 GMO zur Ausweitung der Anwendung der Durchführungsverordnung auf der Grundlage von Artikel 222 auf Genossenschaften und andere Formen von Erzeugerorganisationen. 	Im April angenommen und in Kraft getreten. Läuft am 12. Oktober 2016 aus
2	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Schweinefleisch	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche Beihilferegelung für die private Lagerhaltung von Schweinefleisch 	Noch festzulegen, auf der Grundlage der Entwicklung der Marktlage
3	Verdoppelung der Interventionshöchstmengen für Magermilchpulver und Butter	<ul style="list-style-type: none"> • Vorschlag für eine Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1370/2013 des Rates, mit der für 2016 die Obergrenzen für eine Intervention zu Festpreisen auf 100 000 t für Butter und auf 218 000 t für Magermilchpulver angehoben werden 	Vom Rat am 15. April angenommen und in Kraft getreten
3a	Weitere Anhebung der Obergrenze für den Ankauf von Magermilchpulver zu Festpreisen	<ul style="list-style-type: none"> • Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1370/2013 des Rates im Hinblick auf die weitere Anhebung der Obergrenze 2016 für den Ankauf von Magermilchpulver zu Festpreisen (350 000 t) 	Vom Rat am 24. Juni angenommen und in Kraft getreten
4	Beobachtungsstelle für den Fleischmarkt	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung einer Beobachtungsstelle für Rind- und Schweinefleisch • Aufforderung zur Interessenbekundung für Fleischmarktexperten am 14. April veröffentlicht • Nach der Aufforderung und dem anschließenden Auswahlverfahren wurden die Organisationen, die Mitglieder der Beobachtungsstelle werden, am 31. Mai ausgewählt und ernannt. 	Erste Sitzung und Start der eigenen Website für den 15. Juli 2016 geplant

5	Hochrangiges Treffen zum Thema Milch	<ul style="list-style-type: none"> • Treffen zum Thema Milch zwischen der Task Force "Agrarmärkte" und hochrangigen Vertretern aller Mitgliedstaaten • Berücksichtigung struktureller Probleme im Milchsektor im Hinblick auf die Ausarbeitung von Empfehlungen 	16. September 2016
6	Absatzförderung	<ul style="list-style-type: none"> • Aufstockung der im Haushaltsplan 2016 vorgesehenen Mittel für Absatzförderungsprojekte für Milch und Milcherzeugnisse sowie für Schweinefleischerzeugnisse auf dem Binnenmarkt (Punkt 3) angesichts der Marktlage als Teil der laufenden Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Frist 28. April 2016). 	Sofort
7	Internationaler Handel	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Interessen der EU mittels Verhandlungen über Freihandelsabkommen durch die Erschließung neuer Märkte für Erzeugnisse aus der EU und das Aushandeln einer differenzierten Behandlung empfindlicher Waren. 	Fortlaufend
8	EIB	<ul style="list-style-type: none"> • Die Kommission räumt der Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank Vorrang ein. 	Sofort
9	Exportkredite	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung, ob eine Ausfuhrkreditregelung für Lebensmittel eingeführt werden kann • Mögliche Maßnahmen der EU in Ergänzung zu einzelstaatlichen Regelungen • Auf der Grundlage weiterer Kontakte, auch mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Investitionsbank 	<p>Erste Bewertung wurde dem SAL am 20. Juni vorgelegt.</p> <p>Fragebogen wurde den Delegationen am 21. Juni übermittelt.</p>
10	Russisches / gesundheitspolizeiliches und pflanzenschutzrechtliches Einfuhrverbot	<ul style="list-style-type: none"> • Anhaltende Bemühungen der Kommission zur Aufhebung des russischen Einfuhrverbots, einschließlich des gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Einfuhrverbots • Anhaltende Bemühungen zur Aufhebung ungerechtfertigter oder unverhältnismäßiger gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Handelshemmnisse in weiteren Drittländern 	Fortlaufend

11	Sonderbeihilfen für Obst & Gemüse	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Sondermaßnahmen für den Obst- und Gemüsektor über den 30. Juni 2016 hinaus. 	Gemäß dem Dringlichkeitsverfahren am 10. Juni angenommener delegierter Rechtsakt.
12	Unterstützung für den Obst- und Gemüsektor	<ul style="list-style-type: none"> • Mögliche Verbesserungen der Funktionsweise der Rücknahmeregelung für Obst und Gemüse gegebenenfalls im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von neuen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten für die Stützungsregelung für diesen Sektor, die kurz vor dem Abschluss stehen. 	Zweites Halbjahr 2016
13	Überprüfung des Milchpakets	<ul style="list-style-type: none"> • Der Bericht über die Funktionsweise des Milchpakets wurde von 2018 auf 2016 vorgezogen. 	Herbst 2016
14	Staatliche Beihilfen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Beihilferegulung für Landwirte, die freiwillig ihre Produktion auf dem gleichen Stand halten oder senken (im Vergleich zu einem Bezugszeitraum), bis zu 15.000 EUR jährlich pro landwirtschaftlichem Betrieb (ohne nationale Obergrenze) in Form von Finanzhilfen, Darlehen oder Garantien (für den Milch-, den Schweinefleisch- und den Obst- und Gemüsektor, auf der Grundlage einer Meldung nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV). • Staatliche Beihilferegulung für den Zugang zu Finanzmitteln zur Überbrückung einer Liquiditätslücke in Form von Darlehen oder Garantien (für den Milch-, den Schweine- und den Obst- und Gemüsektor, auf der Grundlage einer Meldung nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV). • Rettungs- und Umstrukturierungshilfen (nach den horizontalen Leitlinien für staatliche Beihilfen) • Staatliche Beihilfen zur Stilllegung von Produktionskapazität 	Sofort (jedoch vorbehaltlich der Fristen nach den Meldeverfahren für staatliche Beihilfen)

15	Beihilfen für die private Lagerhaltung von Milcherzeugnissen	<ul style="list-style-type: none"> • Derzeit bestehen vier Beihilferegelungen für die private Lagerhaltung im Milchsektor, zwei für Magermilchpulver (MMP), eine für Butter und eine für Käse. • Diese Regelungen bieten hinreichende Flexibilität für die Wirtschaftsteilnehmer, auch in Kombination mit der Möglichkeit eines Verkaufs bestimmter Mengen im Rahmen der öffentlichen Intervention. 	–
16	Vorschusszahlungen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Frage, ob hinsichtlich der Zahlung möglicher Vorschüsse auf Direktzahlungen im Herbst 2016 Flexibilität erforderlich ist, wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft. 	Sommer 2016
17	Entwicklung des ländlichen Raums	<ul style="list-style-type: none"> • Die Kommission sollte mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um herauszufinden, wo und wie die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes angepasst werden können, um besser auf die derzeitige Krise zu reagieren. 	Sofort

Quelle: Drucksache 11022/16 Rat der Europäischen Union v. 12.07.2016